

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4508. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4508

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellselle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonellselle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Entspannung in Oberschlesien. Das Räumungsabkommen beschlossen — ein Erfolg des Kabinetts Wirth.

Die Bemühungen der interalliierten Kommission, den polnischen Aufstand und die Gegenaktion des deutschen Selbstschutzes zu liquidieren und ihre Autorität im Abstimmungsgebiet wiederherzustellen, die bisher immer an der Disziplinlosigkeit der Insurgenten und den militärischen Gelüsten des Selbstschutzes scheitert sind, scheinen endlich von Erfolg begleitet zu sein. Es ist ein Räumungsabkommen getroffen worden, über dessen Inhalt uns unser Berliner Korrespondent folgendes mitteilt:

Berlin, 24. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. Z.) Wie unser Berliner Korrespondent erzählt, ist die parlamentarische Kommission, die nach Oberschlesien gereist war, wieder zurückgekehrt und hat dem Kabinett Bericht erstattet. Zwischen dem englischen General Henniker und dem deutschen General Höfer ist ein Abkommen geschlossen worden. Danach soll die Räumung innerhalb sieben Tagen durchgeführt werden. Innerhalb der ersten zwei Tage räumen die Polen das von ihnen besetzte Gebiet westlich von Gleiwitz. Nachdem diese Linie erreicht ist, schwenkt der deutsche Selbstschutz nach beiden Flügeln hin auseinander, so daß rechts und links der Oder zwei getrennte Formationen des deutschen Selbstschutzes, die etwa eine Halbregimentsstärke annehmen, gebildet werden. Nach dieser Bewegung des deutschen Selbstschutzes gehen die polnischen Insurgenten weiter, zunächst bis hinter Königshütte und Weuthen und schließlich bis an die Grenze zurück. Sobald Oberschlesien von den polnischen Insurgenten völlig geräumt ist, löst der deutsche Selbstschutz sich völlig auf. Die interalliierten Truppen rücken jeweils sofort in die geräumten Gebiete nach. Man hofft, daß innerhalb von sieben Tagen es gelungen sein wird, die Ordnung in Oberschlesien wieder herzustellen.

Was sich hinter den Auslöser der Beistandungsaktion abspielt hat, ist noch nicht bekannt. Soviel scheint aber festzustellen zu können, daß die Verständigung zustande kam, erst die heftigsten Widerstände innerhalb der Selbstschutzhorganisationen, die sich höchst militäristisch gebärdeten und keine Neigung zeigten, mit dem Kriegsspielchen auszufahren, zu überwinden waren, und daß an der Überwindung dieser Widerstände der Reichsführer Wirth einen großen Anteil hat. Es soll ihm die Anerkennung dafür nicht verweigert werden, daß es ihm gelungen ist, die Selbstschutzeinheiten zur Raison zu bringen und ihnen klar zu machen, daß die zur Aufrechterhaltung Deutschlands notwendige Politik der Erfüllung der Ententebedingungen nicht durch die alldeutschen Kriegsgelüste, die sich in Oberschlesien breit machen, durchkreuzt werden dürfe.

Sollte das Räumungsabkommen sich nunmehr kläglich abwischen — was bei der Auflösung der Disziplin unter den polnischen Insurgententruppen und der Mentalität der deutschen Selbstschutzeinheiten noch immer zweifelhaft ist —, so wäre damit nicht nur die Ordnung in Oberschlesien wieder hergestellt und die Grundbedingungen für eine den Interessen Deutschlands an der Erhaltung des Industriegebiets gerecht werdende Lösung der ober-schlesischen Frage gegeben, sondern auch eine große innerpolitische Gefahr gebannt, die Gefahr des Wiederauflebens militäristischer Putschversuche der Reaktion. Darum ist die Opposition der Deutschnationalen gegen die Regierungssaktion in Oberschlesien zu verstehen, um so erfreulicher aber ist es, daß sie eine gründliche Abfuhr damit erfahren haben: die Regierung hat im Parlament einen vollen Erfolg errungen, der sich darin ausdrückt, daß die Besprechung der deutschnationalen Interpellation über Oberschlesien vertagt wurde.

Darüber berichtet unser Berliner Korrespondent:
Berlin, 24. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. Z.) Die russische Zeitung behauptet, daß in den letzten Tagen die Stellung des Kabinetts Wirth im Zusammenhang mit der ober-schlesischen Frage unter den Parteiführern ernsthaft erörtert worden ist. Es ist bezeichnend, daß diese Mitteilung noch dazu in äußerst ernstem Ton gerade von der russischen Zeitung ausgeht, die ja schon lange versucht, Anschluß an die Deutsche Volkspartei zu gewinnen. Es ist richtig, daß man im Parlament immer wieder von einer bevorstehenden Krise des Kabinetts Wirth faßelt und dabei auf die ober-schlesische Angelegenheit hinweist. Zunächst aber steht einmal fest, daß die Vertagung der deutschnationalen Interpellation über Oberschlesien auf unbestimmte Zeit einen politischen Erfolg des Kabinetts Wirth gerade in dieser Frage darstellt. Weiter steht fest, daß die Tatsache, daß die Proletarische Politik, die sowohl bei General Höfer als auch dem Zwölferausschuß unter Führung von Ullrich dem deutschen Interesse schwer schadet hat, nun von der Regierung erfolgreich bekämpft worden ist. Die Regierung hat also bisher in Oberschlesien mit ihrer Verdunns politik nur Erfolge zu verzeichnen, während die nationalpolitischen Phrasenhelden längst die Katastrophe vollzogen haben würden. Es sind also lediglich die Rechtsparteien, die allerdings gerne die ober-schlesische Frage zum Sturz des Kabinetts Wirth benützen würden.

Ein italienischer Teilungsplan.

Rom, 24. Juni. (I. Z.) Die italienische Regierung vertritt den Standpunkt, daß die Zuteilung Oberschlesiens nach dem Räumungsabkommen erfolgen soll; daß also Polen 40 Prozent zu-

fallen soll. Das Zentralindustriegebiet soll jedoch bei Deutschland verbleiben und Polen außer den Kreisen Pleß und Rybnik Teile von Lublinitz und Rosenberg erhalten.

Das Ergebnis der Staatsmännerberatungen über Oberschlesien.

London, 23. Juni. Chamberlain erklärte im Unterhaus über die Konferenz zwischen Lord Curzon und Briand, die Lage in Oberschlesien sei erschöpfend geprüft worden. Dem Briand, der eine progressive Zurückziehung der Insurgenten und des deutschen Selbstschutzes aus den strittigen Gebieten vorschle, sei zugestimmt worden. Die alliierten Streitkräfte, deren Zahl sich auf etwa 20.000 beläuft, sollen für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den geräumten Gebieten so lange verantwortlich sein, als die Entscheidung des Obersten Rats über die künftige Grenze noch in der Schwebe sei. Es sei beschlossen worden, der interalliierten Kommission in Oberschlesien jede mögliche Unterstützung sowohl am Ort selbst als auch durch Vorstellungen bei den Regierungen in Berlin und Warschau zu gewähren. Um die endgültige Lösung der ober-schlesischen Frage zu beschleunigen, sei ferner beschlossen worden, die Kommission zu fragen, ob sie nicht mit Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse innerhalb angemessener Zeit einen gemeinsamen Bericht anstelle der vor einigen Wochen abgegebenen Teilberichte erstatten könnte. Falls eine Unterstützung durch technische Beamte gewünscht werde, werde eine solche zur Verfügung gestellt werden. Falls keiner dieser Wege als praktisch und gangbar angesehen werde, seien die alliierten Regierungen bereit, die Angelegenheit einem in London oder Paris tagenden technischen Ausschuss zu überweisen, um dem Obersten Rat bei seiner Entscheidung behilflich zu sein. Es sei festgestellt worden, daß der Oberste Rat im nächsten Monat in Boulogne zusammenzutreten solle, wo dieser sowie andre Gegenstände behandelt würden.

Polnische Munitionswaggons explodiert.

Rybnik, 23. Juni. Auf dem hiesigen Bahnhof sind gestern zwei polnische Munitionswaggons auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise explodiert. Nach vorläufiger Schätzung beläuft sich der entstandene Schaden auf 35 Mill. Mark. Von dem polnischen Kommandanten wurde eine Anzahl deutscher Kaufleute der Stadt Rybnik verpflichtet, da man den Deutschen die Schuld an der Explosion in die Schuhe zu schieben versucht. Die Erregung in der Stadt ist ungeheuer. Der Kreisinspektor telegraphierte an die interalliierte Kommission, daß für ihn persönlich noch keine Gefahr bestehe.

Kein allgemeiner Streik in England.

London, 24. Juni. (I. Z.) Der Volkswirtschaftsminister Bergarbeiter ist am Donnerstag in London zu einer Sitzung zusammengetreten. Die meisten Trade Unions, an die sich die Bergleute gewandt haben, über eine gemeinsame Aktion zu verhandeln, haben den Wunsch geäußert, sich nicht auf ein solches Unternehmen einzulassen. Eine gemeinsame Sitzung der Führer der Trade Unions und der Bergleute wird am Sonnabend in London stattfinden.

London, 24. Juni. (I. Z.) Die Baumwollspinnereien in Manchester haben beschlossen, die Lohnermäßigungen anzunehmen, die in der gemeinsamen Sitzung mit den Arbeitern festgesetzt worden sind.

Die Arbeiterpartei unterstützt die Bergarbeiter.

London, 23. Juni. Die Konferenz der Arbeiterpartei faßte eine Entschliessung, die die Bewunderung für den Kampf der Bergarbeiter zum Ausdruck bringt, der im Interesse der Arbeiter als Ganzes geführt worden sei. Die Partei gelobt auch weiterhin Unterstützung. Eine weitere Entschliessung der Konferenz verlangt eine Revision aller Friedensverträge.

London, 23. Juni. (Reuter.) Zu der von der Arbeiterpartei angenommenen Entschliessung über eine Unterstützung der Bergarbeiter teilt Reuter mit, aus den auf der Konferenz gehaltenen Reden gehe hervor, daß damit eine finanzielle Unterstützung gemeint sei.

Bei der Abstimmung über den Antrag der kommunistischen Partei über den Beitritt zur Labour Party wurden 244.000 Stimmen für und 411.500 Stimmen dagegen abgegeben.

Die Angst der bayerischen Reaktionen vor der sozialistischen Kritik.

Keine Haftentlassung der sozialistischen Abgeordneten.
München, 23. Juni. Der Geschäftsordnungsausschuß des Bayerischen Landtages lehnte heute den Antrag der USPD, auf Haftentlassung der Abgeordneten Toller, Reiffsch, Eisenberger, Sauer, Sagmeister und Schmidt mit den Stimmen der bürgerlichen gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien ab. Abgeordneter Dr. Silvert (Mittelpartei) betonte dabei, daß der Landtag sich selbst aufgeben würde, wenn er diese Leute, die dem Parlament das Lebenslicht ausbläsen wollten, in die Molkerei versetzen würde, ihre verbrecherische (! D. Red.) Tätigkeit fortzusetzen.

Die Sowjetregierung drängt auf Anerkennung durch England.

London, 23. Juni. Daily Telegraph meldet, daß Krassin um eine persönliche Unterredung mit Lord George nachgesucht hat. Die Käteregierung in Rußland wird ansehend ungeduldig wegen der Verzögerung der endgültigen Friedensregelung. Krassin habe jetzt den Auftrag erhalten, darauf zu bestehen, daß der Sowjetregierung die endgültige Anerkennung einer gleichberechtigenden souveränen Macht zuteil werde.

Hölz als „Vorkämpfer des Proletariats“.

Der Sensationsprozeß in Berlin ist zu Ende. Das Ausnahmegericht hat Max Hölz für den Rest seines Lebens ins Zuchthaus geschickt. Die Hölzdiade hat damit ihren vorläufigen Abschluß gefunden.

Max Hölz, der „Oberbefehlshaber der mitteldeutschen roten Armee“, hat vor dem Gericht mit Solz erklärt, wie er in Mitteldeutschland gegen die Bourgeoisie „Krieg“ geführt hat. Er hat Krieg geführt, wie er es als deutscher Husar im Weltkrieg gelernt hat. Er hat seine Armee gebildet, hat seine Leute kommandiert und stramm stehen lassen, hat Brücken gesprengt und Eisenbahnen zerstört, hat die Häuser seiner Feinde angezündet und den Bourgeois Kontributionen auferlegt und hat „requisitiert“ ganz wie es im Kriege so Brauch ist. Er hat eben den Krieg auf eigene Faust weitergeführt.

Es ist eine alte Erfahrung, daß jeder Krieg zu einer Verwilderung der Sitten führt, daß er noch jahrelang in vielen Einzelkriegen nachhittert. Die jahrelang herrschende Gesetzlosigkeit, die maßlose Verherrlichung der Gewalt und die offen gepredigte Mißachtung von Leben und Gut des Feindes üben noch auf lange Jahre hinaus ihre Wirkungen aus, besonders dann, wenn der Krieg die Massen des Volkes dem schlimmsten Elend überantwortet. Auch unter den Millionen, die während des vierzehnjährigen Völkermordens Kriegsdienste leisteten, hat es selbstverständlich eine Menge von Elementen gegeben, denen das Kriegesleben gefiel. Der Krieg hat solche Soldaten- und Kriegernaturen geradezu gezüchtet. Die Tatsache, daß nach dem Krieg jedes militärische Unternehmen, bei dem ein sorgen- und arbeitsfreies Leben und hoher Sold winkten, Tausende und aber Tausende anlockte, beweist das zur Genüge. Die meisten von diesen Elementen suchten und fanden den Anschluß nach rechts hin. Einzelne fielen auch — meist durch irgendwelche besondere Zufälle — nach der andern Seite. Zu ihnen gehört Max Hölz, der sich nach seinen eigenen Worten „beim Ausbruch des Krieges begeistert als Freiwilliger gemeldet hatte“. Er war während des Krieges ein tapferer „Streiter für Deutschlands Macht und Ehre“, und wenn Hölz jetzt sagt, daß er „nie eine sogenannte bürgerliche Ehre“ besessen habe, so ist das nur einer der vielen Beweise dafür, wie dieser großwahnsinnige Mensch mit Phrasen und Schlagworten um sich wirft. Mit Politik hat Hölz' Treiben an sich gar nichts zu tun. Und vom Sozialismus und Kommunismus versteht er ungefähr genau so viel, wie etwa der Oberst Bauer und der Hauptmann Pabst, die ja einst auch mit dem Gedanken gespielt haben, gegebenenfalls die Rolle als militärische Führer der Linken zu übernehmen.

Hölz ist also insofern durchaus keine originelle Erscheinung. Er hat in Deutschland Hunderte seinesgleichen. Der Unterschied zwischen diesen und ihm besteht nur darin, daß sich die andern eben ein andres Betätigungsfeld gesucht haben, sei es als Wahlkampfkämpfer, als Freikorpsführer oder als Häupter irgendeiner andern, militärisch organisierten Bande. Das Besondere des Falles Hölz, das für die Arbeiterschaft Besondere ist nur, daß dieser geistig befehlte Wirtkopf und Abenteuerer, Phrasendrescher und Gewaltmensch zugleich, einen so gewaltigen Einfluß auf einen immerhin nicht kleinen Teil von Arbeitern — wenn auch nur auf politisch Ungeübte und durch den Krieg gezüchtete wilde Arbeiter der Gewalt — gewinnen konnte. Hunderte und Tausende gutgläubiger Arbeiter haben ihren Irrtum schwer büßen müssen. Schier zahllos ist die Masse der Opfer, die das von Hölz geleitete militärische Unternehmen gefordert hat. Der Schaden, den die Hölz- und Konsorten, diese kommunistischen Ludendorffe, der Arbeiterbewegung zugefügt haben, ist unermesslich. Lange noch wird die deutsche Arbeiterschaft unter dieser Pferdekur, die ihr die kommunistischen Eisenbarthe von Schlage der Hölz, Lemel und Schneider verordnet haben, leiden müssen. Sie würde die schlimmste Krise gewiß schnell überwinden, wenn überall die Arbeiterschaft und alle ihre Führer die richtige Lehre aus der Hölzdiade ziehen würden und einmütig gelobten: So etwas darf nie wieder geschehen! Leider aber hat sich diese Erkenntnis durchaus nicht überall Bahn gebrochen, und das ist das Schlimmste an der ganzen Tragödie.

Als in den ersten Tagen des Märzpußches gemeldet wurde, daß Hölz in Mitteldeutschland tätig sei, schrieb der Leipziger Rote Kurier, es sei nicht wahr, daß Hölz dort sei und beschalt seien alle Nachrichten über Räubereien und Plünderungen erlogen. Das Kommunistenblatt gab damit zu, daß dort, wo Hölz auftritt, auch Räubereien selbstverständlich seien, und es rückte damit von Hölz ab. Das war damals auch durchaus verständlich, hatte doch die USPD, Hölz in aller Form aus der Partei ausgeschlossen und in der kommunistischen Internationale war geschrieben worden: „Weil wir aber nicht Dichter sind, und nicht ein junges Mädchen, weil wir Politiker sind, müssen wir sagen: Ein Rom-

munst war Mag Hölz nicht und ein Rückfall in Utopien bedeutet für die Revolution keinen Fortschritt, sondern einen Schaden."

Als aber die Märzaktion vorbei war, konnte der Leipziger KAPD-Mann Meyer in Leipzig unter der Zustimmung der anwesenden Kommunisten erklären: Hölz ist zwar kein Marxist, aber er hat dem Proletariat den Weg gezeigt, den es gehen muß. Vor dem Gericht verteidigt sich der Kommunist Dr. Broh als Verteidiger zu der Bemerkung: Hölz stehe ihm als wirklicher Kämpfer höher als Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, ja selbst als Lenin und Trotski. Und jetzt müssen wir erleben, daß die KAPD ganz offen für Hölz Partei ergreift. Man könnte das noch verstehen, wenn sich die Kommunisten vom rein menschlichen Standpunkt aus für Hölz ins Zeug setzten. Aber sie gehen viel weiter. In der Morgenausgabe der Roten Fahne vom 14. Juni wird geschrieben:

Hölz ist ein echter Revolutionär und es stände gut um die Sache des Proletariats, wenn Charaktere von der Entschlossenheit und Opferbereitschaft eines Hölz nicht allzu selten wären. Hölz hat mit klarem Bewußtsein des Proletariats aus der Schule des Gewaltkrieges die sozialistische Republik, die Diktatur des Proletariats zum Ziele gehabt.

Noch weiter gehen die Leute von der kommunistischen Arbeiterpartei. So sagt die kommunistische Arbeiterzeitung in ihrer Nummer 205 das Folgende:

Mag Hölz ist unser. Mag Hölz ist der mutigste des revolutionären Proletariats. Mag Hölz ist das revolutionäre Proletariat selbst. Wir bekennen uns zu Mag Hölz und seinen Taten. Seine Verbrechen sind unsere Verbrechen, sein Kampf ist unser Kampf. Wir begrüßen Mag Hölz und seine Taten als wahrhaft kommunistisches Handeln. Ihr müßt kämpfen, wie Mag Hölz gekämpft hat: mit allen Mitteln!

Aber auch in dem Aufruf der KAPD in der Roten Fahne, den wir bereits gestern besprochen haben, wird Hölz als Vorkämpfer des Proletariats gefeiert und sogar mit Karl Liebknecht auf eine Stufe gestellt. Das ist eine unehrliche Schändung des Andenkens Karl Liebknechts, gegen die das revolutionäre Proletariat den schärfsten Protest erheben muß. Wir erinnern nur daran, daß Liebknecht in seiner letzten Rede den Berliner Arbeitern sagte: er wisse, daß man ihn nach dem Leben trachte, aber er bitte, seinen Tod nicht mit gleichen Mitteln zu rächen. Mit dieser Neuerung Liebknechts vergleiche man die Gemütsverfassung, die ein Hölz und seine Taten offenbart hat. Diese Gegenüberstellung zeigt drastisch, wie turmhoch Karl Liebknecht über einem Hölz stand. Sie zeigt aber zugleich mit aller Deutlichkeit den sittlichen Verfall der kommunistischen Parteien Deutschlands, die jetzt auf den Hölz gekommen sind.

Die Rote Fahne sagt in ihrem Leitartikel, in dem sie zu der Demonstration für Hölz auffordert, Hölz handle nicht nach kommunistischen Prinzipien, und sie deutet damit an, daß die Kommunisten nicht auf seiner Bahn wandeln sollten. Wir haben aber gestern bereits darauf hingewiesen, daß die Rote Fahne jetzt wieder eine Sprache führt, die lebhaft an die vor dem Märzputsch übliche erinnert. In der Moskauer Pravda hat der jetzt in Moskau weilende Leiter der Roten Fahne, Thamerer, die Mobilisierung der proletarischen Massen in Deutschland zu neuen Kämpfen angekündigt. Thamerer glaubt, daß es der kommunistischen Partei jetzt gelingen werde, in Deutschland größere Massen um sich zu sammeln, als es im März der Fall gewesen ist. Es zeigt sich immer deutlicher, daß die Kommunisten Vorbereitungen treffen, um ihre glorreiche Offensive weiterzuführen. Zunächst haben sie die Arbeitslosen, die ihnen, wie immer, als Stoßtrupp dienen sollen, gegen ihre Klassengenossen in den Gewerkschaften mobilisiert. Haben sie diese Massen erst in Bewegung gebracht, dann hoffen sie nach dem berühmten Rezept die "Aktion" weiter steigern zu können. Man muß sich sehr der Veröffentlichungen Lenins erinnern, aus denen hervorgeht, daß nach der Ansicht gewisser kommunistischer Führer gegebenenfalls zur Befreiung der Aktion Zusammenkünfte mit der Sipo, mit der Orghesch usw. provoziert werden müssen. Und wer eignete sich besser zu einer dergleichen Aktion, als die erbitterten und verzweifeltsten Massen der Arbeitslosen, unter denen sich obendrein ein großer Teil unorganisiert und politisch ungeschulter Leute befindet. Man muß ferner daran erinnern, daß besonders die Radikalen von der KAPD zu solchen Aktionen drängen. Erst jetzt hat ihr Vertreter Goldstein in Moskau wieder betont, daß man die Konterrevolution provozieren müsse. Die Leute von der KAPD haben aber bekanntlich bereits in der Märzaktion die Führung an sich gerissen und sie gewinnen offenbar immer mehr Einfluß auf die KAPD. Das ist ja auch durchaus verständlich, nachdem Kadek den schlammigen Opportunisten von der KAPD, die "jeden Tag zum Loschlagen bereit KAPD" als Muster hingestellt hat.

Aus alledem ergibt sich, daß die Situation wieder einmal außerordentlich ernst ist. Die Arbeiter, besonders die Arbeitslosen, haben allen Anlaß, in ihrem ureigensten Interesse die oft recht zweifelhaften Elemente entschieden abzuweisen, die sie jetzt zu, mitunter recht harmlos scheinenden, in ihren Auswirkungen aber äußerst verhängnisvollen "Aktionen" aufzuputschen suchen. Das deutsche Proletariat muß endlich erkennen, wohin der Weg führt, den ihn Mag Hölz gezeigt hat. Die erste Hölzade hat die deutsche Arbeiterklasse dank der besonnenen Haltung der Masse der geschulden sozialistischen Arbeiter, trotz der schweren Opfer noch verhältnismäßig gut überstanden, eine zweite könnte sie leicht ins Verderben stürzen.

Die Hölz-Demonstration der Kommunisten — ein Fehlschlag.

Kindische Putschdrohungen.

Berlin, 24. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Demonstration der Kommunisten gestern muß als ein großer Fehlschlag angesehen werden. Es waren nur wenig mehr als 2000 Anhänger dem Rufe der Zentrale der KAPD und KAPD gefolgt. Der kleine Schloßplatz konnte bequem die Teilnehmer der Demonstration fassen. Die Begeisterung für irgend welche Aktionen war nicht gerade groß. Man sah es den Massen an, mit welcher Verlegenheit sie den Agitationsphrasen, die die Zentrale in diesen Tagen des Kongresses in Moskau in der Roten Fahne und durch ihre Agitationsredner verbreiten läßt, gegenüberstanden. Einer der Redner erklärte, es stehe eine große Aktion bevor. Man werde sie aber nicht vorher ankündigen, um die Sipo nicht darauf vorzubereiten. Die neue Aktion werde so schnell und so unvorherbereitet erfolgen, daß der Polizeipräsident Richter nicht in die Lage komme, seine Waffen zu gebrauchen. Unter den Demonstranten wurden von der KAPD Handzettel verbreitet, die zum

Generalstreik aufforderten. Ohne irgend welche Zwischenfälle löste sich die Demonstration auf und die einzelnen Züge begaben sich wieder nach ihren Bezirken.

Die Explosions-Katastrophe auf der Zeche Mont-Cenis.

Bis jetzt 90 Tote und 60 Verletzte.

K. O. Kaum 9 Wochen sind vergangen, seitdem eine Grubenexplosion auf der Nachbarzeche Konstantin der Große, Schacht 6 und 7, 19 Bergarbeiter dahingerafft hat, und schon wieder spielt sich daselbe Drama auf der Zeche Mont-Cenis, Schacht 1/3, ab. War das Grubenunglück am 12. April 1921 auf der Zeche Konstantin erschütternd, so stellt die Grubenexplosion auf der Zeche Mont-Cenis am Montag alle früheren Grubenkatastrophen, außer der auf der Zeche Rabbod im Jahre 1907, wo 348 Bergarbeiter getötet und 22 verletzt worden sind, in den Schatten. Auf der Zeche Mont-Cenis fanden in den früheren Jahren massenhafte kleinere Explosionen statt. Erst in den letzten Jahren hatten die Explosionen nachgelassen. Von 1875 bis zum Jahre 1908 finden nicht weniger wie 34 Explosionen auf Mont-Cenis statt, durch die 6 Bergarbeiter getötet und 63 verletzt wurden. Schon heute lassen sich die Ursachen, die zu dieser furchtbaren Katastrophe geführt haben, übersehen. Die Zeche Mont-Cenis baut die Fettkohlenflöze Gustan, Gretchen und Matzfla ab. Diese Flöze entwickeln sehr viel Kohlenstaub, der bekanntlich, wenn er durch Schlagwetter oder durch Sprengschüsse zur Explosion gebracht wird, das anrichtet, was auf den Zechen Rabbod, Vohringen, Konstantin und jetzt auf Mont-Cenis geschehen ist.

Auf der Zeche Mont-Cenis hat eine Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion stattgefunden. Auch eine sehr schwache Schlagwetterexplosion kann den gefährlichen Kohlenstaub zur Entzündung bringen und je nach dem Quantum des Kohlenstaubes bildet sich die Größe und Schwere der Explosion. Auf der Zeche Mont-Cenis lagerte sich der Kohlenstaub massenhaft auf. Der wirksamsten Bekämpfung und der Unschädlichmachung des gefährlichen Kohlenstaubes, der Wasserberieselung, hat die Verwaltung der Zeche Mont-Cenis die geringste Beachtung geschenkt. Angeblich existierte für sie die bergpolizeiliche Vorschrift nicht. Die Bergbehörde — wir nehmen an, daß sie die Zeche Mont-Cenis besahen hat — sah den Kohlenstaub nicht. Hätte sie den Kohlenstaub bei der Befahrung gesehen, so hätte sie auch für die Bekämpfung dieser Gefahr Maßnahmen treffen müssen. Es wurde also von den geschulten Bergrevierbeamten nichts bemerkt, bis eines Tages die erschütternde Nachricht kam: Auf der Zeche Mont-Cenis großes Grubenunglück — Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion —, man spricht von 130 Toten und 70 Schwerverletzten — Rettungsmannschaften haben Brände in der Grube und große Koksablagerungen festgestellt. Es gab also Koksablagerungen unter in der Grube auf der Zeche Mont-Cenis, die Bergarbeiter wurden zugleich mitverletzt. Die Feder sträubt sich, darüber zu schreiben, über all diese furchterlichen Verhältnisse in Lumpen umhüllten aus der unterirdischen Koksablagerung gebrachten Verknäppungen. Diese Trolchlagen die Zecheverwaltung und die Bergbehörde, das kapitalistische System an. Der Anklage, die die Toten gegen die Zecheverwaltung und die Aufsichtsbehörde erheben, schließen sich die Lebenden an. Sie werden gemeinsam die Klage gegen das kapitalistische System führen und gegen die, die pflichtvergessen nicht zu sehen und hören vermögen. Schon lesen wir die Berichte, ja, sogar amtliche Berichte, über Verkettung verschiedener Umstände, die dieses gräßliche Unglück verschuldet haben. Daß die Zecheverwaltung und Bergbehörde durch die Mherachklaffung der bergpolizeilichen Vorschriften den Nährboden für dieses Unglück geschaffen haben, werden wir in dem amtlichen Bericht nicht zu lesen bekommen.

Nach den letzten Grubenexplosionen, Konstantin und auch jetzt Mont-Cenis, die auf die Mherachklaffung der bergpolizeilichen Vorschriften zurückzuführen sind, wird zu prüfen sein, inwieweit die staatliche Bergbehörde heute ihre Pflicht den Zechen gegenüber gelan hat und ob es nicht an der Zeit ist, eine gründliche Reform auch hier vorzunehmen. Wird hier keine baldige Aenderung vorgenommen, so werden sich die Grubenkatastrophen wiederholen, da die Mherachklaffung, statt sie zu beseitigen, übersehen und gebudet werden. Dieses liegt im kapitalistischen Ausbeutungssystem begründet. Es ist auch ernstlich zu erwägen, ob die heutigen Betriebsräte, die bekanntlich durch das Arbeitsverhältnis an die Werke gebunden sind und somit an ihrer wirksamen Tätigkeit beeinträchtigt werden, genügen, um dem immer mehr und mehr konzentrierten und mächtigen Kapital standhalten zu können. Ob es nicht auch an der Zeit ist, nachdem die bergpolizeilichen Vorschriften fast auf allen Gebieten außer Kraft gesetzt worden sind — und zwar von den Bergbehörden selbst, wie auf der Zeche Konstantin — die Frage der Arbeiterkontrollen zu erwägen und sie an Stelle der Bergbehörden im Bergbau zu setzen. Die Toten klagen an, sie mahnen zur Einsicht und zur Beseitigung der faulen Zustände.

Ueber die Zeche Mont-Cenis wird uns ferner folgendes berichtet:

Die Gewerkschaft ist am 13. September 1874 gegründet worden. Der Sitz war ursprünglich Herne; er ist später nach Sodingen verlegt worden. Die Gewerkschaft besitzt die Steinkohlenfelder Theresia I, Eugenie, Matzfla I, Louis und Jerome, konsolidiert unter dem Namen "Mont-Cenis" mit einem Gesamtgrubenfeld von 5 105 000 Quadratmetern. Durch Pachtvertrag baut die Zeche noch einen Teil des angrenzenden Grubenfeldes Beronita ab. Die Zeche Mont-Cenis verfügt über einen gewaltigen Kohlenreichthum an Gas, namentlich aber an Fettkohlen. Von sachmännlicher Seite wird der Kohlenvorrat bis zu einer Tiefe von 1000 Meter auf 30 000 000 Tonnen Gaskohlen und 115 000 000 Tonnen Fettkohlen geschätzt. Im Jahre 1903 kaufte die Gewerkschaft die Zeche Bommerbänker Tiefbau lediglich zu dem Zweck, sie sofort zu schließen, um die Syndikatsbeteiligung von 175 000 Tonnen auf die Zeche Mont-Cenis zu übertragen. Die Gewerkschaft hat fünf Schächte, davon zwei Doppelschächte, ein einfacher Schacht und zwei Wetterschächte. Die Belegschaft auf Schacht II beträgt 1632 Mann und 54 Beamte. Auf Schacht I/III 3418 Mann und 102 Beamte. Im Jahre 1916 erwarb die Zeche den Schülchen Hof in Sodingen, bestehend aus 82 Morgen Land, Wohn- und Wirtschaftsgebäude. Der Gesamtbesitz beträgt 158 Hektar (613 Morgen). Die Arbeiterkolonie besteht aus 300 Häusern mit 1500 Wohnungen. Die Beteiligungsziffer am Rheinisch-West-

fälischen Kohlenyndikat beträgt 27 000 Tonnen Kohlen und 300 000 Tonnen Koks. Die Zahl der Jahre beläuft sich auf 1000. Der Kurs derselben bewegte sich wie folgt:

Im Jahre 1914	13 800 Mt.
" " 1917	24 700 "
" " 1918	30 000 "

Er steht jetzt auf 60 000 Mt. pro Stück. Im Jahre 1917 gingen von den 1000 Aktien für 28 000 Mt. pro Stück an die Röhling'schen Eisen- und Stahlwerke in Wülfringen über.

Der Grubenvorstand besteht aus: Vorsitzender Hüttendirektor Ernst Röhling, Wülfringen, Generaldirektor v. Rudolph, Kommerzienrat Louis Röhling, Kommerzienrat Heinrich Röhling, Mannheim, Kaufmann Eduard Röhling, Berggassefor Borns, Röhling, Saarbrücken, Fabrikdirektor Robert Röhling, Diebstahofen. Bewaltet wird die Zeche durch Direktor S. Heyer, Berggassefor Böttig, Direktor Hoffmann in Sodingen.

Die Gesamtproduktion und die Gewinne betragen:

Jahr	Kohlen Tonnen	Koks Tonnen	Gewinn
1910	893 152	74 995	1 804 377 Mt.
1911	832 073	70 586	1 083 802 "
1912	707 771	65 293	979 430 "
1913	890 890	148 409	1 285 427 "
1914	819 266	92 665	1 800 411 "
1915	718 717	125 475	2 519 423 "
1916	706 218	214 189	3 971 288 "

(In den Kriegsjahren 1917/1918 wurden die Geschäftsberichte nicht veröffentlicht.)

Welche gewaltige Mengen von Nebenprodukten auf der Zeche Mont-Cenis gewonnen werden, geht aus der folgenden Aufstellung hervor:

Jahr	Teer Tonnen	Ammoniak Tonnen	Reinbenzol Tonnen
1910	4 063 650	1 406 050	829 160
1911	3 889 420	1 412 000	746 319
1912	3 328 882	1 506 500	1 080 340
1913	5 526 290	3 011 200	1 764 282
1914	5 867 275	1 992 900	1 192 320
1915	6 670 720	1 784 400	1 228 482
1916	1 106 095	2 283 890	1 951 759

Die Geschäftsabläufe der Gesellschaft, soweit sie veröffentlicht worden sind, weisen also gewaltige, ständig steigende Gewinne auf. Die heutige Bewertung der Papiere zeigt auch mit aller Deutlichkeit, daß die Profite inzwischen nicht gesunken, sondern weiter gestiegen sind. Um so freudvoller ist es, wenn die Einrichtungen zum Schutze der Bergleute nicht vollständig in Ordnung gewesen sind. Hoffentlich bringen die Untersuchungen des eingeleiteten Ausschusses darüber volle Klarheit. Und wenn sich Unterlassungsünden herausstellen sollten, muß gefordert werden, daß gegen die Schuldigen mit rücksichtsloser Strenge eingeschritten wird.

Ein Raubzug auf die Tischen der Angestellten.

Dem Reichstage sind vom Reichsarbeitsministerium zwei Gesetzentwürfe zum Versicherungsgesetz für Angestellte zugegangen. Der eine Entwurf will den Renteneinkümpfungen aus der Angestelltenversicherung ab 1. Januar 1921 eine monatlich im voraus zahlbare Beihilfe gewähren, wie sie den Sozialrentnern der Invalidenversicherung bereits bewilligt ist. Im Ausschuss gelang es den sozialistischen Vertretern, einige Verbesserungen gegenüber der Regierungsvorlage durchzuführen. Der zweite Gesetzentwurf will die Beiträge, das Beitragsverfahren und die Renten neu regeln. Er bedeutet die Bewerigung der Angestelltenversicherung als Sonderversicherung. Aus diesem Grunde versuchen auch die deutschen nationalen Handlungsgehilfenführer und Reichstagsabgeordneten Lam bach und Thiel die Vorlage noch vor den Sommerferien des Reichstages unter Dach und Fach zu bringen. In 14 Tagen soll die umfangreiche Vorlage im Reichstag durchgeprüft werden, um die geliebte Sonderversicherung mit ihrer standstilligen, selbstherrlichen und kostspieligen Verwaltung zu retten. Nach allen Regeln der Kunst sollen die Angestellten überrumpelt und geschöpft werden.

Die Vorlage sieht 9 Beitragsklassen vor mit Beiträgen von 15,60 Mt. steigend bis 98,40 pro Monat. Die jetzigen Beiträge betragen 1,60 Mt. steigend bis 26,60 Mt. pro Monat.

Gegenüber dieser wahnwitzigen Beitragserhöhung ist die vorgeschlagene Rentenerhöhung lächerlich gering. Das Ruhegehalt soll in Zukunft für alle Gehaltsklassen aus einem gleichen Grundbetrage von 360 Mt. jährlich, also monatlich 30 Mt. bestehen. Dazu kommen Steigerungssätze für jeden entrichteten vollen Monatsbeitrag, die in Gehaltsklasse I 1,50 Mt. steigend bis zu 15 Mt. pro Jahr in Gehaltsklasse IX betragen. Als Teuerungszuschlag sollen bis zum 31. Dezember 1920 monatlich 50 Mt. gewährt werden. Wird also ein Angestellter der höchsten Klasse nach 20jähriger Beitragszahlung berufsunsfähig, so erhält er insgesamt 4560 Mt. jährlich, pro Monat also 380 Mt. Rente. An Beiträgen sind insgesamt 23.616 Mt. entrichtet, wovon der Angestellte 11.808 Mt. geleistet hat. Mit Zins und Zinseszins ist die Belastung des Angestellten mit über 20 000 Mt. zu veranschlagen. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß der Gesetzentwurf den Teuerungszuschlag nur bis zum 31. Dezember 1920 vorstreckt. Da für die Angestelltenversicherung eigentliche Rentenleistungen erst nach diesem Zeitpunkt zu gewähren sind — die erste zehnjährige Karenzzeit läuft erst im Jahre 1923 ab — so kommt der Teuerungszuschlag von 50 Mt. pro Monat in Fortfall. Wie geringfügig die gegenwärtig von der Angestelltenversicherung gewährten Ruhegehälter und Renten sind, geht daraus hervor, daß die Ausgaben dafür im Jahre 1919 noch nicht einmal 1 Million Mt. bei einer Beitragsentnahme im gleichen Jahre von über 285 Millionen Mt. betragen. Verständlich wird die ungeheure Beitragsbelastung der Angestellten, wenn man sich jene Stelle aus der Begründung der Gesetzentwürfe vergegenwärtigt, wo darauf hingewiesen wird, daß die Verwaltungskosten richtige Summen verschlingen. Bei Schaffung des Gesetzes waren hierfür 2 Prozent vorgezogen. Im Jahre 1919 betragen sie bereits 8,3 Prozent, 1920 über 13 Prozent und man rechnet mit einer Steigerung bis zu 20 Prozent. Die Angestellten sollen also für den kostspieligen Verwaltungsapparat der Angestelltenversicherung riesige Summen aufbringen, damit dem G. d. A. und dem Geben (D. H. V., Verband weiß. Handels- und Bureauangestellten) die Sonderversicherung erhalten bleibt. Ebenso verständig für die Sonderversicherung ist die Tatsache, daß sich das bisherige Beitragsverfahren als ein jämmerliches Fiasko erwiesen hat. Die Begründung des Gesetzentwurfs muß selbst zugeben, daß verschiedene Versuche, das Beitragsverfahren unter Beibehaltung der Versicherungskonten zu verbessern, nicht den gewünschten Erfolg gehabt haben. Die Verwaltung sei durch die bisherige Zahlungsweise unverhältnismäßig erschwert und verteuert worden. So bestreitet sich in allen entscheidenden Fragen, wie recht die in Afa-Bund zusammengeschlossenen Organisationen und die sozialistischen Parteien mit ihren Forderungen und ihrer Kritik hatten.

Die Sonderkassenfreunde wollen neues Unheil auf die Angestellten herabbeschwören. Unter Umgehung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, drängen sie auf eine sofortige Verabschiedung, um vollendete Tatsachen zu schaffen. Diesem Raubzug haben nur die sozialistischen Parteien Widerstand geleistet. Ihre Arbeit wird aber vergeblich sein, wenn sich die Angestellten nicht selbst aufraffen, um in machtvollen Rundungen gegen dieses Schandwerk zu protestieren und den blutigen Parteien die Gefolgschaft zu verweigern.

Proletarischer Selbstschutz gegen die Orghesch

Der Breslauer Bezirksausschuß hat eine Reihe von Verbotsbeschlüssen gegen den Orgheschverband aufgehoben. Einige Funktionäre der rechtssozialistischen Partei erlassen

deshalb einen Gegenantrag zur Gründung eines proletarischen Selbstschutzbundes. Der Antrag betont im Gegensatz zu den reaktionären und letzten Endes antirepublikanischen Zwecken der Orgeschorganisationen als Zweck des proletarischen Selbstschutzbundes die Unterjochung der Reichsregierung und den Schutz der republikanischen Verfassung. Im einzelnen formuliert er den Zweck des Verbandes in enger Anlehnung an den Wortlaut der Programmklärung der Organisation Escherich und ihres schlesischen Unterverbandes.

Wie hieraus hervorgeht, ist die Absicht bei der Bildung dieses proletarischen Selbstschutzbundes zweierlei: es sollen erstens die Rechtsbehörden entlarvt und ihre Parteilichkeit zugunsten reaktionärer Gebilde offen dargelegt werden, und zweitens die Reichsregierung, die solchen Eingriffen der Rechtsbehörden ruhig zuseh, zu Maßnahmen gezwungen werden, durch die die immer erneute Billigung von Orgeschorganisationen verhindert wird.

Vor der Aufhebung der Sanktionen?

Paris, 24. Juni. (U.) Es scheint nunmehr festzustehen, daß der Oberste Rat am 15. Juli zusammentreten wird. Die Tagesordnung dieser Sitzung ist ziemlich reichhaltig. England wird voranschicklich verlangen, daß die Frage der im März ergriffenen Sanktionen nun endlich endgültig geregelt wird. Es wird ferner verlangen, daß die kürzlich errichtete Zolllinie am Rhein wieder aufgehoben wird, und zwar schrittweise, je nach Maßgabe, wie Deutschland die ersten Bedingungen des Ultimatums erfüllen wird. Es wird zuerst Kehl, dann Duisburg und schließlich Düsseldorf geräumt werden. Man hofft, daß die Interalliierte Kommission in Oberschlesien in dem ersten Drittel des Monats Juli ihren Beschluß abgegeben hat. Die Frage wird alsdann ebenfalls der Oberste Rat zu prüfen und zu entscheiden haben.

Gemeinsames Vorgehen der Alliierten in der Kriegsbeschuldigtenfrage.

London, 23. Juni. Im Unterhaus erklärte Generalstaatsanwalt Sir P. H. Keenan, mehrere englische Zeugen aus dem Leipziger Prozeß hätten bei der englischen Regierung Vorstellungen bezüglich der Art erhoben, in der ihre Bekundungen behandelt worden seien. Sobald die gegenwärtige Reihe der Leipziger Prozesse zum Abschluß gelangt sei, sei beabsichtigt, mit den anderen Mächten in Erwägungen über das weitere Vorgehen bezüglich der Kriegsbeschuldigten einzutreten. Indessen sei einstweilen noch nicht geplant, bei der deutschen Regierung Vorstellungen zu erheben.

London, 23. Juni. Im Unterhaus erklärte der Generalstaatsanwalt in Beantwortung einer Anfrage, es bestehe nicht die Absicht, den von ihm erstatteten Bericht über die Leipziger Prozesse dem Hause vorzulegen. Dieser Bericht sei lediglich zur Information des Kabinetts bestimmt. Nach Abschluß der gegenwärtigen Reihe der Leipziger Prozesse werde dem Hause Gelegenheit zur Meinungsäußerung gegeben werden. Es sei jedoch von Wichtigkeit, daß vorzeitige Meinungsäußerungen vermieden würden, insbesondere, weil es sich um einen Gegenstand handle, bei dem die Alliierten gemeinsam vorgehen müßten. Kapitän Webbwood Benn fragte, wann die Entscheidung der Alliierten getroffen werden würde, da die bereits gefällten Urteile als Bezeichnung angesehen würden. Der Generalstaatsanwalt erwiderte, es sei ganz klar, daß, bevor die französischen Fälle nicht behandelt worden seien, eine Zusammenkunft der Alliierten keinem nützlichen Zwecke dienen könne.

Deutschland bezahlt den Gegenwert der englischen Reparationsabgabe.

Paris, 23. Juni. In Ziffer 9 des im Londoner Ultimatum angenommenen Zahlungsplans hat die deutsche Regierung die Verpflichtung übernommen, den Gegenwert der von irgendeiner alliierten Macht erhobenen Reparationsabgabe von der deutschen Einfuhr in dem betreffenden Lande dem Exporteur in deutscher Währung zu bezahlen, wobei die von den alliierten Mächten einbehaltene Beträge Deutschland auf seine jährlichen Reparationszahlungen gutgebracht werden sollen. Bei England liegen die Voraussetzungen für die Bezahlung des Gegenwerts vor, und demgemäß werden die von den englischen Behörden nach Annahme des Ultimatums ausgestellten Gutscheine von der deutschen Regierung eingelöst werden.

Bei anderen Staaten, die gleichfalls solche Reparationsabgaben erheben, ist die Abführung der erhobenen Abgabe an die Reparationskommission und die Gutscheine der einbehaltenen Summen für die deutsche Regierung noch nicht fargestellt. Die von solchen Staaten ausgestellten Gutscheine können daher erst dann eingelöst werden, wenn und soweit eine Anrechnung an die deutschen Reparationszahlungen festgestellt ist.

Die Völkerbundsentscheidung über die Verleumdung Danzigs.

Zeilweise Entscheidung über polnischen Waffenschuh — keine polnische Garnison in Danzig.
Genf, 23. Juni. In der Sitzung des Völkerbundsrats, in der über die Frage der militärischen Verteidigung des Freistaats Danzig entschieden wurde, trat der Vertreter Danzigs, Senatspräsident Dr. Sahm, vor allem gegen eine Verquickung der Verteidigung Danzigs mit der Aufrechterhaltung der Ordnung auf. Ebenso erklärte er sich dagegen, daß in Ausführung des Artikels 23 den Polen die Ausfuhr aller Waren über das Danziger Gebiet gestattet und ihnen das militärische Mandat gesichert werde. Der polnische Vertreter forderte auf Grund eines Gutachtens der ständigen Militärkommission besetzte militärische Stützpunkte und eine Garnison auf dem Gebiete der freien Stadt. Diese Forderung wurde vom Völkerbundsrat abgelehnt. Eine etwaige militärische Verteidigung Danzigs durch Polen könnte laut Beschluß des Rats nur auf Grund einer jeweiligen Entscheidung des Völkerbundsrats bzw. des Oberkommissars erfolgen. Damit ist für Danzig das Problem in dem Sinne entschieden, daß nunmehr von einer polnischen Garnison im Freistaat Danzig nicht die Rede sein kann. Die Garantie für die Unabhängigkeit der Stadt liegt danach in den Händen des Völkerbundes, worin der Danziger Vertreter das wertvollste Ergebnis der Genfer Beschlüsse sieht.

Paris, 24. Juni. (T.-U.) Der Rat des Völkerbundes hat beschlossen, Polen einen besonderen Platz am Reichsfiskus für den Transportverkehr zu bewilligen. — Ferner hat der Rat des Völkerbundes folgende Entscheidung angenommen: Die Waffenfabrikation in Dänemark muß sofort aufhören. Diese Entscheidung umfaßt auch die Fabrikation von Jagdgewehren.

Zurückstellung der Friedensresolution Vorler.

Abtritte am Flotten- und Seeresubdget.
Paris, 23. Juni. Wie die Chicago Tribune aus Washington meldet, ist in gemeinsamer Sitzung von Repräsentantenhaus und Senat gestern auf Betreiben der Mitglieder des Repräsentantenhauses die Resolution Vorler, die den Friedenszustand mit Deutschland erklärt, zurückgestellt worden. Die vereinigten

Parlamentsmitglieder haben alsdann auf Antrag des Senats Voran am dem Flottenbudget einen Abbruch von 50 Millionen Dollar vorgenommen.

Washington, 22. Juni. Der Senat stimmte dem von der Kammer bereits angenommenen Gesetzentwurf zu, nach dem die Stärke des Heeres vom 1. Oktober d. J. an nur noch 154 000 Mann betragen soll. Bis zu dem genannten Tage sind demnach 50 000 Mann zu entlassen.

Die Orientfrage. Drohungen an Ungarn.

Paris, 21. Juni. Wie Paris im Echo de Paris mitteilt, haben sich die Minister Lord Curzon und Briand für die Aufrechterhaltung der Freiheit der Meerengen, die sie für unerlässlich hielten, ausgesprochen. Für den Fall, daß der Vermittlungsversuch zwischen Griechenland und der Türkei erfolglos bliebe, würden die Truppen der Regierung von Ungarn bei einem Eindringen in die von dem Friedensvertrag von Sevres bestimmte Zone, die um das Marmarameer und den Bosphorus lagert, es mit den verbündeten Truppen zu tun haben. In Verbindung damit sei auch die Frage des Oberkommandos geregelt worden, das nunmehr grundsätzlich dem englischen General Harrington für die Dauer von zwei Jahren übertragen worden sei. Ein Franzose übernehme den Vorsitz des Finanzauschusses.

Noch keine Mitteilung an die Türkei.

London, 22. Juni. Wie Reuter erzählt, ist in der Frage der Beilegung des türkisch-griechischen Konfliktes noch keine Mitteilung an die Türkei gerichtet worden, da es als notwendig betrachtet wird, erst abzuwarten, welche Haltung die griechische Regierung zu dem Vermittlungsversuch der Alliierten annehmen wird.

Griechenland zur Annahme der Vermittlung bereit?

Paris, 23. Juni. Einer Radiomeldung aus Athen zufolge hat Ministerpräsident Gounaris sofort nach seiner Ankunft in Athen einen Ministerrat zusammenberufen, um über die Antwort der griechischen Regierung auf den Schritt der Alliierten zu beraten. In politischen Kreisen herrscht die Auffassung vor, daß die griechische Regierung den Alliierten für ihre Bemühungen danken und gleichzeitig erklären wird, daß sie die Vermittlung im Prinzip annimmt, ohne jedoch eine formelle Verpflichtung zu übernehmen, solange die genauen Vorschläge nicht überreicht werden können. In offiziellen griechischen Kreisen wird hervorgehoben, daß es Griechenland vor allem darauf ankomme, den Frieden im Orient aufrechtzuerhalten. Das beste Mittel, diesen Zweck zu erreichen, sei aber die Aufrechterhaltung des Vertrages von Sevres. Griechenland werde sich übrigens vorbehaltlos, geeignete Gegenvorschläge zu machen.

Griechenland fordert eine Demarkationslinie.

Athen, 23. Juni. (DA.) Die Athener Agentur bestätigt, daß die griechische Exzerzierung infolge des gemeinsamen Schrittes der Entente die beabsichtigte Generalsoffensive gegen die türkische Armee um einen Monat verschoben habe. Das griechische Oberkommando ersuchte um Entsendung alliierter Delegationen, welche eine Demarkationslinie zwischen den beiden kämpfenden Parteien feststellen sollten.

England in Smyrna.

Paris, 23. Juni. Wie Intransigeant meldet, ist der englische General Warden mit seinem Generalstab am 20. Juni in Smyrna eingetroffen.

Der Prozeß der indischen Mohammedaner.

London, 22. Juni. Die Times melden aus Bombay, daß ein Ausschuh des Nationalkongresses unter dem Vorsitzenden Ghansi eine Entschlieung angenommen hat, in der es heißt: Wenn die britische Regierung sich in die Feindseligkeiten gegen die Regierung von Ungarn einlasse, dann sei es die Pflicht jedes Inders, sich der Unterstützung aller derartigen Feindseligkeiten zu enthalten. Die indischen Soldaten müßten sich daher weigern, in einem solchen Feldzuge ihre Dienste zu leisten.

Französische Erfolge in Syrien.

Paris, 22. Juni. (DA.) Im Norden Syriens haben sich infolge des Waffenerfolges französischer Truppen, welche bei Ancariss operierten, zahlreiche Stämme unterworfen. Der Hauptchef der unabhängigen Schicki Schicki ist verschwunden. Eine französisch-englische Kommission, an deren Spitze sich ein französischer und ein englischer Oberst befinden, regelt die Grenzfestsetzung zwischen Syrien und Palästina.

Verhaftung von Orgesch-Kämpflingen in Baden.

Nach einer Meldung des Berliner Lokalanzeigers aus Freiburg im Breisgau sind dort verschiedene ehemalige aktive Offiziere unter der Anklage des Hochverrats verhaftet worden. Sie sollen eine Organisation nach dem Muster der Orgesch beabsichtigt haben, die sich über ganz Baden erstrecken sollte.

Nach einer späteren Mitteilung der Presseabteilung der badischen Regierung sind in Freiburg zwei Personen, darunter ein Offizier a. D., wegen Vergehens gegen die Reichsbestimmungen über Geheimbünde und Entwertung durch die Staatsanwaltschaft in Untersuchungshaft genommen worden.

Fasziistenrevollen in Bologna.

DA. Mailand, 23. Juni. Der Präsekt von Bologna hat über die Stadt den Belagerungsstand verhängt, da sich schwere Ausschreitungen der Fasziisten ereigneten. Von 6 Uhr abends an darf niemand mehr die Straße betreten. Auf dem Platz Viktor Emanuel kam es zu Schießereien zwischen Fasziisten und Polizei. 35 Fasziisten wurden verhaftet. In der Stadt sind an verschiedenen Stellen Barrikaden errichtet und Drahtverhaue angelegt worden.

Gewerkschaftsbewegung. Betriebseinschränkung und Lohnabbau!

Während viele Menschen nicht wissen, wo sie das bischen Kohle hernehmen sollen, das sie zur Bereitung ihrer täglichen Nahrungsmittel benötigen, kranken die Bergbauunternehmer ihre Betriebe ein. Der Rote Kurier ist in der Lage, folgendes Dokument zu veröffentlichen:

Völkischer Braunkohlenwerk, Völkisch-Leipzig.
Anschlag der Direktion.
Betriebs- Arbeitsleitung durch Einlegung von Feiertagen. Infolge bereits seit Mai 1921 andauernden verhängten Abwärmangels an Kohle aller Art konnte die Kohlenförderung ab 8. Juni 1921 nur noch durch eine Schicht aufrechterhalten werden. Da keine Besserung der Lage auf dem Kohlenmarkt zu erwarten, im Gegenteil auch noch mit Schwierigkeiten im Abbau mit Rücksicht auf die verhängten Rindigungsfrist zur Streckung der Arbeit Feiertagen einzulegen. Es wird daher der Belegschaft Völkischer Braunkohlenwerke bekanntgegeben, daß der bisherige Arbeitsvertrag durch einwöchentliche Rindigung gelöst wird. Die Rindigung läuft ab 11. bis 18. Juni 1921. Während dieser Zeit bleibt die Belegschaft voll beschäftigt und wird volle Arbeitszeit bezahlt.

Nach Ablauf der Rindigungsfrist am 18. Juni 1921 kann von der Betriebsleitung das Arbeitsverhältnis nur noch unter den neuen Bedingungen der verhängten Arbeitszeit und verhängten Lohnes (s. d. N.) verlängert werden. Es steht jedem Mitglied der Belegschaft frei, unter den neuen Bedingungen weiter zu arbeiten oder nicht. Ob und in welchem Umfange nach dem Ablauf der vertraglichen Rindigungsfrist

Feiertagen eingeführt werden müssen, wird der Belegschaft nach bekanntgeben, der Betriebsrat ist in dieser Hinsicht genau unterrichtet worden.

Leipzig-Völkisch, den 11. Juni 1921.
Gewerkschaft Völkisch-Völkischer Kohlenwerke.
Die Direktion, W. A. H. e., Direktor.

Das Schriftstück zeigt mit aller Deutlichkeit, daß es höchste Zeit wird, den Kapitalisten die Verfügungsgewalt über die Bergbaubetriebe zu nehmen. Die Kohlenproduktion muß über das ganze Reich nach einem einheitlichen Plan geleitet werden, damit es nicht vorkommen kann, daß auf einzelnen Becken sich die Vorräte anhäufen, während anderwärts Ueberflüssen verfahren werden müssen. Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues ist eine dringende Notwendigkeit. Nur dann ist es nur möglich, Lohnreduktionen hintanzuhalten. Um die Sozialisierung zu erreichen und die Vertehrung der Löhne abzuwehren, müssen aber die Arbeiter und Angestellten ihre Organisationen ausbauen und stärken und sich nicht gegenläufige gegenseitige Dinge wegen die Köpfe einschlagen. Nur durch harten Kampf kommen wir zum Ziel.

Um den früheren Lebenslohn.

Die Gewerkschaft Leipzig befaßte sich in ihrer Sitzung vom 20. Juni mit der Frage, ob der Siebenwährerlebenslohn beizubehalten oder durch eine frühere Schlussstufe abgelöst werden soll. Im vorläufigen Reichswirtschaftsrat ist der Antrag eingebracht worden, die Reichsregierung zu ersuchen, auf schnellstem Wege durch eine entsprechende Änderung der Bestimmungen des § 139 f. der Reichsgewerbeordnung den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, durch ortstatutarische Vorschriften nach Anhörung der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer einen früheren als den Siebenwährerlebenslohn herbeizuführen.

Der Berichtsteller der Gewerkschaft wies darauf hin, daß die Gewerkschaften sich bereits im Jahre 1919 mit der gleichen Angelegenheit zu befassen hatte und seinerzeit die Einführung einer früheren Lebenslohnstufe nicht befürwortete, weil diese Körperschaften sich dagegen ausgesprochen hatten und weil auf die Verbraucher Rücksicht zu nehmen sei, denn jede Stunde früherer Lebenslohn vermindere Zeit und Gelegenheit, sich besonders mit Nahrungs- und Genussmitteln, sowie mit Gegenständen für den täglichen Bedarf zu versehen. Auch sollte es vermieden werden, den Handel in der ihm noch gebliebenen Freiheit noch mehr als bisher zu beschränken. Der Vorstand der Kammer empfiehlt, diesen Standpunkt beizubehalten. In diesem Sinne beschloß die Kammer einstimmig.

Mit diesen Gründen sind die Unternehmer auch gegen die Bestrebungen, den Neunwährerlebenslohn zu befestigen, angegriffen. Wenn es nach den Scharfmachern ginge, müßten die Läden Tag und Nacht offenschalten werden. Die Angestellten haben von den Unternehmern in dieser Frage kein Entgegenkommen zu erwarten, sie müssen sich einen früheren Lebenslohn erkämpfen. Dazu ist notwendig, daß sie ihre Kampforganisation stärken. Das ist der Zentralverband der Angestellten.

Unternehmerrückstufung in der Metallindustrie.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten melden: Der Verband der Thüringer Metallindustriellen beschloß mit Rücksicht auf die starke Konkurrenz der württembergischen Metallindustrie die Löhne abzubauen und zwar für die Maschinenindustrie 10—15 Prozent, für die Kleinmetallindustrie um 10—15 Prozent. Der stärkere Abbau soll nur die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen treffen, während die über 24 Jahre alten Arbeiter nur eine ganz geringfügige Lohnabkürzung erfahren sollen.

Der Mitteldeutsche Kommunistenpuls hat die Scharfmacher sehr kühn gemacht. Sie glauben anscheinend, daß die Arbeiterschaft zu geschwächt ist, daß ihr alles geboten werden kann. Darin werden sie sich täuschen. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Kampforganisation der Metallarbeiter, der Deutsche Metallarbeiter-Verband, alles aufbieten wird, um die Absichten der Unternehmer zu durchkreuzen. Dies wird ihm auch gelingen, wenn die kommunistischen „Führer“ endlich aufhören, durch künstlich herangezogene „Leistungen“, durch unsinnige Parolen oder erbärmliche Bruderkämpfe (man denke nur an die Berliner Erwerbslosendemonstrationen vor dem Gewerkschaftshaus) die Schlagkraft des Metallarbeiterverbandes zu schwächen. Das mag sich auch der Rote Kurier gesagt sein lassen.

Ausperrung in einer Offenbacher Lederwarenfabrik. Die Lederwarenfabrik Rudolf Cohn in Offenbach hat 250 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt, weil sie wegen Lohnminderungen passive Resistenz geübt hatten. In einer Verammlung der Vertrauensleute und Betriebsräte des Sattlerverbandes wurde eine Resolution gefaßt, die das Vorgehen der Fabrik als eine Verletzung des Tarifvertrages hinstellt.

Die schlagloshringischen Gewerkschaften gegen Moskau. Wie Savas aus Straßburg meldet, haben die Delegierten der Gewerkschaften den Anschlag an die Internationale von Moskau mit 50 gegen 44 Stimmen abgelehnt.

Die Arbeiter der Elektrizitäts-W.G. vormalig Hermann Böge in Chemnitz sind wegen der Akkordlohnfrage in den Streik getreten. Die Gesellschaft beabsichtigt, den Akkordpreis um durchschnittlich 30 Prozent herabzusetzen.

Streik der tschechischen Bankbeamten. Donnerstag früh sind die tschechischen Bankbeamten fast aller großen Aktienbanken in den Streik getreten. Die tschechischen Bankbeamten wünschen seit langer Zeit bereits die Schaffung eines Tarifs, wie ihn ihre deutschen Kollegen schon seit dem Jahre 1919 besitzen.

Von Nah und Fern.

Schwere Wetterkatastrophe in Japan.
Tokio, 24. Juni. (U.) Wolkenbrüche haben große Ueberschwemmungen in Japan hervorgerufen. 250 Häuser sind zerstört worden. 200 Personen sind ertrunken.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Ernst Frenzel in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Wille, Vordorfer-Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Die Leistungsfähigkeit

des Mannes im Beruf, der Frau im Hause, des Kindes in der Schule stützt sich auf kraftvolle Gesundheit. Continental-Gummiabsätze tragen erheblich hierzu bei. Leichter elastischer Gang, dadurch Schonung der Nerven und Füße, das sind ihre großen Vorzüge gegenüber Leder. Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher

Continental

Absätze

So gut wie Continental-Reifen.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

U.S.P.D. Groß-Leipzig

Sonntag, den 26. Juni, vormittags 9 Uhr:

Außerordentliche General-Versammlung

im Volkshaus (großer Saal).

Tagesordnung:

1. Die Aufgaben der Landeskongress. Referent: Genosse Heinrich Fleißner.
2. Anträge zur Landeskongress.
3. Wahl der Delegierten zu derselben.
4. Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen der Generalversammlungsvertreter ist notwendig.

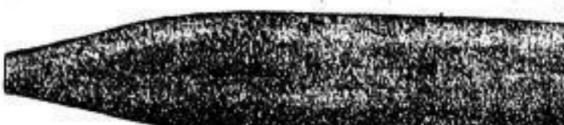
Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches und des Mandates.

Sonnabend, 25. Juni, nachmittags 4 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 9:

Gemeindevertreter = Konferenz.

Jeder Ort muß mindestens durch einen Genossen vertreten sein. Der Hauptvorstand.

Besonders günstig ist unser Sonder-Angebot Nr. 10

	Pillam Sandblatt 50 Stück Mk. 20.— 10 Proben Mk. 4.—
	Vera rein Übersee, Spiegelpressung 50 Stück Mk. 30.— 10 Proben Mk. 6.—
	Cleo Sumatra-Domingo (Spiegelpressung) 50 Stück Mk. 35.— 10 Proben Mk. 7.—
	Flor de Armas pikante Sumatra-Brasil 50 Stück Mk. 40.— 10 Proben Mk. 8.—
	Batavia-Pflanzer hervorragende würzige Vorstenlanden 100 Stück Mk. 100.— 10 Proben Mk. 10.—
	Da Capo sehr beliebte Sorte Sumatra-Java-Brasil 50 Stück Mk. 60.— 10 Proben Mk. 12.—
	Ca Cubesa hervorragende Qualität 50 Stück Mk. 75.— feinste Cuba-Sumatra-Sandblatt 10 Proben Mk. 15.— in schön, hellen Farben.

Im Postversand je 10 Proben gut verpackt zusammen 70 Stück Mk. 60.—, bei Vorherinsendung des Betrages auf unser Postscheckkonto Leipzig 61762 nur Mk. 60.—, Je eine Originalkiste, zusammen 400 Stück Mk. 360.— franko.

Für Wiederverkäufer günstige Posten am Lager, man verlange Engros-Preisliste gratis und franko.

Gärtner & Co., Leipzig, Reichsstr. 24

Telephon 6989.

Sonntag sind unsere Geschäftsräume wegen Inventur geschlossen.

Nachstehende Zigarrenhandlungen geben diese Sorten zum gleichen Preise im Kleinverkauf ab:

- Leipzig, Zeitzer Str. 5, **Paul Dähnert**. Tel. 12102.
- Leipzig, Bayersche Str. 73, am Schenkendorfpl., **Paul Oppert**. Tel. 31577.
- Leipzig, Sidonienstr. 24, Ecke Elisenstr., **Otto Konietzky**.
- Leipzig, Große Fleischergasse 20, **Otto Schmidt**.
- Leipzig, König-Johann-Str. 2, **M. Richter**.
- Plagwitz, Zschochersche Str. 16 n. Sophien-Apotheke, **S. Schütze**.
- Lindenau, Gundorfer Str. 3, **Otto Carl**.
- Gohlis, Lothringer Str. 95, **Martha Lohse**.
- Reudnitz, Wurzner Str. 5, **Karl Wittge**.
- Anger, Zweinaundorfer Str. 26, **Fritz Peschel**.
- Sellerhausen, Edlichstr. 11, **Gebr. Gailwitz**. Tel. 60446.
- Kleinzschocher, Dieskaustraße 57, **Walter Zimmermann**.
- Schönefeld, Stettiner Str. 43, **Albert Pohle**.
- Eilenburg, Leipziger Str. 23, **Fritz Weber**. Tel. 138.
- Mittweida, **Otto Meißner**.
- Ronneburg, Altenburger Str. 3, **Georg Neumeister**.
- Miltitz, **Erich Fließ**.
- Penig i. S., Markt 8, **Georg Kräuter**.

Ortsverein L.-Ost

(U. S. P. D.)

Dienstag, den 28. Juni, abends 7/8 Uhr im großen Saal der „Drei Mohren“

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

Europa und der nächste Krieg. Ref.: Engelbert Graf-Gera.

Freie Aussprache. — Parteiangelegenheiten.

In Anbetracht des äußerst wichtigen und aufklärenden Vortrags ist zahlreicher Besuch erwünscht. Mitgliedsbuch ist am Saateingang vorzuzeigen.

Bibliothek. Vom 1. Juli ab tritt eine Veränderung in der Ausgabe der Bücher ein. Sonntags werden keine Bücher mehr ausgeben. Die Ausgabe an Erwachsende erfolgt Dienstags und Freitags von 7/8 bis 8 Uhr abends, an die Jugend Mittwochs von 3-4 Uhr nachmittags.



Gehacktes Rindfleisch

aus frischen Schlachtungen! Kein Gefrierfleisch!

- Pfund 10 Mk.
- Ger. Leberwurst 9.00
- Ger. Blutwurst 10.00
- Knoblauchwurst 10.00
- Knackwurst 12.00
- Mettwurst 15.00

„Alpezo“
Delikat-Schmalz
hochfein im Geschmack! Fertig zum Gebrauch!
2-Pfund-Dose Mk. 24.00
Spezialfabrikation „Alpezo“

Delikat-Würstchen
in Dosen, Paar Mk. 1.30
Klein- und Groß-Verkauf:
Konserven-Fabrik
Albert Petzold
Leipzig, Springerstr. 33
Ecke Kuehne Halleische Str.
und
Markthalle, Galerie Nr. 98

Wartung, billige Schuhe!
Serrenstiefel, braun 165, 220
— da. Rindboz 105 135 150
— R. Chevreau 140
Damenstiefel, braun
Hochschaff 185 220
— schw. Schick 95 120
Damenstiefel, schwarz
— halbe, braun 145
— halbe, schwarz 95 115
Damenpumpenschuhe 85
— mit hohem Absatz 65
Anabenstiefel 95
Rinderschuhe 60, 95
Babyschuhe 30, 45
Turnschuhe 15, 20
Gordvantsel 17, 20
Ledersportstiefel 40, 50
Billige Sandalen f. S. D. u. A.
Leipzig, Reuterstr. 11, II. W.
Ecke Raimundstraße.

Wanzen
Kühe, Blut, Blatt, Kleber, Kopfläuse, Ratten, Mäuse die ganze Brut bezieht in sich, wirkendes Ungeziefermittel
radikal Feist, Adelsstraße 12, Straßens. 1 u. 8.

Bücher aller Art erhalten die Leser unserer Zeitung portofreih durch unsere Buchhandlung. Wenn Gemüthsruhe nicht auf Kosten ist, wird es schnellstens besorgt. Die Kataloge und die Auszüge der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen. Ferner Zeitschriften werden auch regelmäßig, sofort nach Erscheinen, zugestellt. Es wird gebeten, möglichst vor Beginn des Vierteljahres die Neubestellungen zu machen, damit auch die ersten Nummern des Vierteljahres von uns rechtzeitig zugestellt werden können.

Leipziger Buchdruckerei
Aktiengesellschaft
Witell, Buchhandlung
Hauptgeschäft:
Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Filialen:
Volkshaus Leipzig, Seiberstr. Leipzig-Alt, Ellabettstraße 19
Lindenau, Odenmannstr. 1
Plagwitz, Weigenfeller Str. 1
Kleinzschocher, Dieskaustr. 57
Schönefeld, Stett. Str. 43
Thonberg, Reithen. Str. 84
Stötteritz, Ferd.-Joh.-Str. 1
Connewitz, Bornaische Str. 1
Gohlis, Lindenauer Str. 1
Entzsch, Magdalenenstr. 1
Neuschke, Hauptstr. 87
Böhlitz-Ehrenb., Wettinerstr. 1

Anfertige sind nicht an die Redaktion, sondern an die Expedition zu adressieren

U.S.P.D. Gross-Leipzig

Böhlitz-Ehrenberg. Sonnabend, den 25. Juni, abds. 7/8 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** in der Großen Eide. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Erik Frenzel: Die materialistische Geschichtsauffassung. 2. Aussprache. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. D. V.
Sonnabend, den 16. Juli, **Nachpartie** nach Modelwitz. Abmarsch 7/8 Uhr mit Musik vom Ballerturm aus. Zahlr. Beteiligung steht entgegen. D. V.

Alt-Leipzig, Bezirk Osten. Sonntag, 28. Juni, mit Kinderfest nach der Froschburg in Großschöcher. Abmarsch mit Musik Punkt 2 Uhr vom Johannisplatz. Belustigung für Jung und alt. Gemüthliches Längchen. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. Das Komitee.

Gohlis. Sonnabend, den 25. Juni, abends 8 Uhr, **Mitgliederversammlung** im Ridau-Auskant, Elisabethstraße 15. Tagesordnung: 1. Vortrag über Religion, Staat und Gemeinde. Referent: Gen. B. Blotke. 2. Freie Aussprache. 3. Vereinsangelegenheiten.

NB Am 2. Juli findet unter **Kinder- und Sommerfest** im Neuen Gaitthof statt. Die Einladungskarten liegen noch am 24. und 25. Juni von 6 bis 8 Uhr abends im Ridau-Auskant aus. Dasselbst sind auch die Kinderkarten zu entnehmen à 2.50 Mk. Mitgliedsbücher der Partei oder einer dem Sportfaktell angeschlossenen Organisation sind vorzulegen. Programme sind bei den Bezirksleitern und den bekannten Stellen noch erhältlich. Der Festtag der Kinder stellt 7/8 Uhr am Ridau-Auskant. Der Vorstand.

Holzhausen-Zudelhäusen. Sonnabend, den 25. Juni, abends 7/8 Uhr, **Versammlung.** Vortrag des Gen. Blotke Leipzig. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Wiederitzsch. Sonnabend, 25. Juni, abends 7/8 Uhr, **Mitgliederversammlung** im Restaurant Krell. Tagesordnung: 1. Die politische Lage. Ref.: Gen. W. W. 2. Vereinsangelegenheiten. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet. Der Vorstand.

Glaser.

Montag, den 27. Juni, abends 5 Uhr im Volkshaus, NebenSaal rechts

Versammlung

Tagesordnung:
Bericht und Stellungnahme zu unserer Lohnbewegung.

Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt Pflicht. Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.
Die Lohnkommission.

Metallarbeiter

Verband
Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der Besuche nur 6-1 Uhr Tel. 1781. Vorrausgesetzt entstehen werden Kantverordnungen müssen gegen Zurückhaltung des Verbandes durch innerhalb drei Tagen erfolgen.

Freitag, den 22. Juli, abends 6 1/2 Uhr im Volkshaus

General-Versammlung.

Metallarbeiter-Betriebsräte.
Reproduktions-, Klein-, Landwirtschaftliche Maschinenfabr., Apparate-, Motorenbau, Instrumenten-, Kesselschmiede, Maschinenreparatur, Mittwoch, den 29. Juni, 7/8 Uhr, Volkshaus, Café Mitte, Versammlung. — Sehr wichtige Tagesordnung. Der Gruppenrat.

Bauschlosser. Mittwoch, den 29. Juni, abends 7 Uhr, Versammlung im Volkshaus für alle in Innungsverbänden Beschäftigten. Tagesordnung: Die Regelung unserer Lohnfrage vor dem Gewerbeamt. Die Bauhandleitung.

Familien-Nachrichten

Ihrem schwerem Leiden erliegen ist am 22. Juni unsere langjährige Bundesgenossin

Frau Luise Böhme

Ein ehrendes Andenken wird ihr bewahrt der **Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ Abteilung Nord.**

Die Bundesgenossinnen und -Genossen werden gebeten, recht zahlreich an der Trauerfeier teilzunehmen. Treffen 2 Uhr am Gohliser Friedhof.

Am 22. Juni starb nach langer schwerer Krankheit unsere Parteigenossin

Luise Böhme

Ihre aufopfernde Tätigkeit für unsere Sache, insbesondere in der Frauenbewegung, verdient ihr ein dauerndes Gedenken.

Die Parteigenossinnen und -Genossen des Ortsvereins USPD, Gohlis.
Die Beerdigung findet Sonnabend, nachm. 7/8 Uhr, auf dem Gohliser Friedhofe statt.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 24. Juni.

Parteilangelegenheiten.

Achtung, Gewerkschafts- und Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute und Betriebsräte.

Morgen Sonnabend, den 25. Juni, abends 6 Uhr, im Pausenraum, Dresdner Straße, Versammlung. Tagesordnung:

„Das Werden Russlands“ (Die Entwicklungstendenzen der russischen Revolution.)

Redner: Genosse Dr. Abramowitsch, Moskau.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Kartellauschuss.

Die Funktionäre und Betriebsvertrauensleute der USPD werden eingeladen, obige Versammlung zahlreich zu besuchen.

Der Bezirksvorstand der USPD.

Ortsverein L. Magwih-Vindenu-Schleusig. Alle über 10 Jahre alten Kinder unserer Vereinigung, die sich an der Reigenaufführung zum Gewerkschaftsfest beteiligen wollen, treffen sich Montag, den 27. Juni, nachmittags von 5 bis 1/8 Uhr, auf der Spielwiese des Naturheilvereins III an der Merseburger Straße. Wir erwarten zahlreiche Beteiligung. Der Vorstand.

Knechtensfeld. Morgen Sonnabend, abends 8 Uhr, Funktionärsversammlung im Sophienhöfchen, Konradstraße 20.

Gruppe 12. Heute abend Volkshaus, Nebenfall links, Volkerversammlung, Beginn 7 Uhr.

Gruppenrat 4, Chemie. Heute abend 7 Uhr Sitzung im Kartell, Zimmer 104.

Gruppe 13, Verkehr. Montag, den 27. Juni, abends 7 Uhr, Volkerversammlung im Volkshaus, Café Mitte. 1. Vortrag des Genossen Ingenieur Endmann. 2. Neuwahl des Gruppenrates.

Gruppenrat 3. Montag, den 27. Juni, abends 7 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer 104.

Eisenbahnerbetriebsräte. Die Ausweisarten sind vom 25. Juni ab im Verbandsbüro, Gerberstraße 1, abzuholen. Die Ausgabe erfolgt nur dienststellenweise.

An die Genossen der USPD und die Gewerkschaftsmitglieder!

Auf die Erklärung der Bezirksleitung der USPD über Bildung eines gemeinsamen Ausschusses zur Verhinderung von Ortschaftstransporten usw. (abgedruckt in Nr. 138 der Leipziger Volkszeitung vom 17. Juni), hat die Bezirksleitung der KAPD folgendes erwidert:

Punkt 1: Wir sehen in der Wahl eines Ausschusses nur einen Weg, um am Anfang einer besonderen politischen Epoche, die bestimmt werden kann durch erste Entscheidungen des Proletariats, ein geschlossenes Handeln der gesamten Klasse einzuleiten. Daraus ergibt sich die automatische Auflösung des Ausschusses beim Weiterentwickeln der Bewegung und die Übernahme aller Arbeiten durch die bei Punkt 5 und 6 erwähnten Räte.

Die von der Bezirksleitung der USPD verlangte demokratische Zusammensetzung des Ausschusses entspringt einer rein bürgerlichen Ideologie, da man wohl zahlende eingetragene Mitglieder einer Partei, aber nicht die ungleichmäßig verteilten revolutionären Energien und das vorhandene Maß bewussten klaren Willens zur Fortwärtentwicklung statistisch erfassen kann.

Punkt 2: Wir wissen, daß parlamentarische Vertretungen und ihre Spitzen, die Regierungen im kapitalistischen Staat, auch wenn sie sich „sozialistisch“ nennen, nie zu einer wirklichen vollen Bewaffnung der Arbeiterschaft kommen werden. Die Arbeiter werden die Bewaffnung gegen den Willen der Regierung durchsetzen müssen. Aber die sozialistische Regierung kann und muß fördern die Vorbereitungen der Arbeiterschaft zum Niederrücken konterrevolutionärer Anschläge und zur Verwirklichung ihrer kommunistischen Ziele. Wir überschätzen keineswegs die gegenwärtigen Machtverhältnisse. Gerade deswegen muß das Machtbewußtsein der schaffenden Arbeiter gehoben und so entwickelt werden, daß sie selbst die Macht werden, welche allen Widerstrebenden ihre Lösung der bestehenden Konflikte aufzwingt.

Punkt 3: Da solche Kongresse von den breitesten Arbeitertreuen getragen werden müssen, müssen auch schon die Einladungen und Vorbereitungen dazu durch eine Körperschaft vorgenommen werden, in der diese Kreise vertreten sind. Wir legen deshalb, daß der unter Punkt 1 angeführte Ausschuss unter Mitwirkung der Parteien und Gewerkschaften die Einberufung der auf große wirtschaftliche und politische Gebiete verteilten Delegationen vorzunehmen hat. Formale Bedenken, betreffend die Zuständigkeit, dürfen da nicht in Betracht kommen.

Punkt 4: Da die Arbeiter dieses Kongresses politische Auswirkungen haben müssen, bedarf es keiner Verkleinerung und gilt hierzu das zu Punkt 3 Gesagte.

Punkt 5 und 6: Es geht nicht an, auf einzelne Korporationen und Gruppen die Verantwortung für die Beschlüsse und deren Durchführung abzuwälzen. Der Kongreß muß die zuständigen Körperschaften bestimmen. Nur die Gesamtarbeiterschaft, vertreten durch die Räte, ist imstande, wirksam der Gegenrevolution entgegenzutreten. Ueber die tatsächliche Steigerung der einzelnen Maßnahmen, die systematische Entwicklung des Einflusses der Räte, wird der Kongreß, der in bestimmten Zwischenräumen wieder einzuberufen ist, Rechenschaft von den Räten fordern und ihnen ihre Aufgabe zuweisen.

Nicht der Besitz der politischen Macht ist Vorbedingung der Kontrolle des Verkehrs, sondern der Kampf um die Kontrolle bedeutet eine Phase in der Eroberung der politischen Macht.

Zur Weiterverfolgung der Angelegenheit fand am 23. Juni eine gemeinsame Sitzung zwischen Kartellauschuss, Vertretern der KAPD, der SPD, und der USPD statt.

Der Vertreter der SPD, gab im Auftrage der Bezirksleitung seiner Partei die Erklärung ab, daß die SPD, es ablehnt, mit der KAPD, zusammenzugehen. Die SPD, sei aber bereit, falls sich dies notwendig macht, mit der USPD, und den Gewerkschaften gemeinsam vorzugehen.

Der Vertreter der USPD, erklärte, daß die Parteileitung der USPD, der Meinung ist, es müsse alles versucht werden, eine gemeinsame Front der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen und der proletarischen Parteien herzustellen, um den reaktionären Bestrebungen wirksam entgegenzutreten zu können. Dazu sei erste Voraussetzung, daß die Organisationen des Proletariats nicht zerfallen, sondern gestärkt und ausgebaut werden. Verschiedene Vorkommnisse der letzten Tage machten es notwendig, festzustellen, ob von allen Seiten der ernste Wille vorhanden ist, in diesem Sinne zu arbeiten. Deshalb richtete er an die Vertreter der KAPD, die Fragen, ob sie

1. die in den letzten Tagen erschienenen Aufrufe der Roten Fahne billigen, die darauf gerichtet sind, die Erwerbslosen, gleichviel ob organisierte oder unorganisierte, zu Demonstrationen vor den Gewerkschaftshäusern und zur Befreiung derselben zu bewegen.

2. Durch Abgabe einer öffentlichen Erklärung zu dokumentieren, daß sie die Stellungnahme der Roten Fahne und, falls die Zentrale der KAPD, deren Auffassung teilt, auch deren Auffassung mißbilligen.

Der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates gab eine Erklärung ab, deren Inhalt sich mit der Erklärung des USPD-Vertreters deckt. Der Gewerkschaftsausschuss hatte diese Erklärung einstimmig gebilligt.

Hierauf antwortete ein Vertreter der KAPD. Er erklärte zu:

1. Wir verstehen und billigen das Vorgehen der Berliner Erwerbslosen gegen die Gewerkschaften. Es entspringt der Ueberzeugung, daß die Gewerkschaftsfunktionäre und Angestellten und die sozialistischen Parteien nichts getan haben, um die 10 Punkte des NDGB, zu verwirklichen. Wir billigen auch die Aufrufe der Roten Fahne.

2. Wir lehnen es ab, die geforderte Erklärung abzugeben.

Damit war ausgedrückt, daß die Vertreter der KAPD, die Einheitsfront des Proletariats nicht wollen.

Die Verhandlungen sind darauf als zwecklos abgebrochen worden.

Die Genossen der USPD, und der Gewerkschaften werden sich auch durch diesen Streich der Führer der KAPD, nicht abhalten lassen, den Kampf gegen die Ortschaft und die allgemeine Reaktion zu führen.

Genossen und Genossen! Bleibt weiterhin wachsam, stärkt eure Organisationen und tragt zu eurem Teil dazu bei, daß die Einheitsfront des Proletariats auf der Grundlage des revolutionären Sozialismus zustande kommt.

Der Gewerkschaftsausschuss, Die Bezirksleitung der USPD, J. A.: Heinrich Fleißner.

Serunter mit der Maske!

Die Partei der Kriegsverbrecher, Steuerhinterzieher und Brots- und Fleischwucherer, die Deutschnationale Volkspartei, hielt am Mittwoch im Zoo eine Versammlung ab. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die nationale Phrase zieht immer noch. Obwohl gerade der Mittelstand von der Politik der Deutschnationalen aufs schwerste getroffen wird, sind es gerade Angehörige dieses Standes, die den Saal füllten, wenn ein Deutschnationaler spricht. Viele Angehörige des Kleinbürgertums können von den alten, veralteten Anschauungen nicht loskommen, sie schauen wirklich, die alte Autokratie der früheren Herrscher, die Monarchie, könnte ihnen wieder die alten Zustände verschaffen, unter denen sie sich wohlher fühlten. Sie wollen immer noch nicht erkennen, daß eine neue Zeit gekommen ist, die eine Umstellung der Wirtschaft zum Wohle der Gesamtheit erfordert, und daß die Deutschnationalen, durch ihre Verweigerung der Steuern, durch die krasse Ausnutzung ihrer Monopolstellung als Besitzer der Rohstoffe, der Großbetriebe als Lebensmittelproduzenten den notleidenden Mittelstand noch mehr zum Hungern zwingen. Wenn in der heutigen Zeit die Ziele der Deutschnationalen verwirklicht werden würden, so würde das die völlige Verelendung der weitesten Volksschichten zugunsten einer kleinen Schaar Besitzender und hoher Autokraten bedeuten.

In der Versammlung im Zoo sprach Reichstagsabgeordneter Westarp. In der ersten Revolutionszeit war der Herr zunächst ganz krumm und dann fand er erst allmählich eine Sprache, die sehr gemäßig war. Am Mittwoch schlug er scharfe und „allerhöchste“ Töne an. Neues sagte er nicht. Er feierte die alte Walze deutschnationaler Politik ab, sprach sich für die Wiederherstellung des alten Militarismus aus, nannte die Aburteilung der Kriegsverbrecher eine Schmach, sagte dem „jüdisch durchsehten“ Kabinett Wirth die „allerhöchste Opposition“ an, um sich dann mit dem Problem zu beschäftigen, wie die Deutschnationalen die Massen vor dem sozialistischen Einfluß retten könnten, denn eher sei ein Aufstieg der Deutschnationalen (zur Monarchie, zu ihrer alten Herrschaftstellung im Staat und in der Wirtschaft) nicht möglich.

Damit gestand der Graf ein, daß der größte Feind der Deutschnationalen die sozialistische Arbeiterbewegung ist. Wäre sie nicht, dann wären die Proletarier hemmungslos den Herrschern und Ausbeutungsgelehrten der Großarbiten und Großkapitalisten ausgeliefert. Diese Tatsache sollte auch den letzten Arbeiter, Angestellten, Beamten bestimmen, sich der USPD, anzuschließen und in ihr gegen die Verelendungswelt der Agrarier und Kapitalisten zu kämpfen.

Schon heute versuchen die Deutschnationalen auf dem Lande alles, um den sozialistischen Einfluß zu schwächen. Sie gründen gele Arbeiterverbände, bilden Arbeiter als deutschnationale Wanderredner aus, bevorzugen die Arbeiter, die nicht dem deutschen Landarbeiterverband angehören, maßregeln dafür dessen Vertrauensleute. Wo es ihnen gelungen ist, die Arbeiter für ihre Zwecke einzufangen, wird bereits 14-16 Stunden täglich gearbeitet. Denn das wird nämlich beabsichtigt. Der Arbeiter soll auf diese Weise in die alte Fron zurückgebracht werden. Auf den Arbeiter sollen alle Lasten gewälzt werden, damit die Besitzenden wie bisher an ihrem Wohlstand, an ihrem Luxusleben nichts einzubüßen brauchen. Sie wollen wie früher unumschränkt über die Besitzlosen herrschen. Das ist das wahre Programm der Deutschnationalen. Es wird nur mit einigen nationalistischen Phrasen umhüllt. Arbeiter, sagt das allen denen, die noch den Deutschnationalen nachlaufen! Demaskiert diese Partei!

Das Elend der Tuberkulosekranken und die Tuberkulosebekämpfung im Jahre 1921.

Vom Verband der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten wird uns geschrieben:

Der Deutsche Tuberkulosekongreß in Bad Ems hat gesagt. Von allen Seiten wurde darauf hingewiesen, daß das Hauptgewicht in der Tuberkulosebekämpfung auf das soziale Gebiet — Ernährung, Aufklärung, Wohnungs- und Ernährungsfürsorge usw. — zu legen sei. Dies sind schöne Gedanken, sehr gute Vorschläge. — Aber wie sieht denn die Praxis aus? Dafür ein kleines Beispiel. Der Arbeiter Karl Hugo M. verlor schon 1912 infolge Knochen-Tuberkulose den linken Zeigefinger. Trotzdem wurde er 1916 als „a. v.“ zum Militär eingezogen, wo er sich außer einer Verklammerung seines Leibes ein Nieren- und Hämorrhoidalleiden zuzog. Seit seiner Entlassung im März 1919 bezog M. für sich und seine Ehefrau Er-

werbslosenunterstützung. Am 13. 4. 20 wurde M. infolge Verklammerung seines Leibes — der Arzt schrieb: „Zur Zeit kann M. für irgendwelche Arbeit nicht in Frage kommen, da er wegen der überreichenden Wunden für die Umgehung unmöglich ist. Nach Wiederherstellung wird eine Erwerbsfähigkeit von 90 Prozent zu sehen“ — ins Krankenhaus verwiesen. Vom 20. Mai 1921 an bezog er von neuem Erwerbslosenunterstützung. Da diese Unterstützung zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel war, er aber kräftige Nahrung als Tuberkulosekranker brauchte, wandte er sich an die Bereinigung zur Krankenfürsorge in Leipzig. Diese stellte zunächst — am 20. Mai 1921 — die Verhältnisse des M. durch folgenden wörtlichen Bericht fest: „Die Verhältnisse bei M. sind die ärmlichsten, aber auch die schmutzigen, die ich je angetroffen. Die Wohnung besteht aus einem Zimmer, Größe circa 2,50 x 3,00 Meter und ungefähr 2,50 Meter hoch mit einem Fenster Nordost. Die ehemalige Farbe der Wände ist nicht festzustellen. Die Einrichtung besteht aus einem Bett ohne Matratze, als Deckel dient eine Matratze, einem Tisch, einem Stuhl. Als Wäsche dient eine Bratheringsbüchse, als einziges Kochgeschirr aufweisend eine andere. Spelendoräte: einige Tüten liegen auf dem Tisch. Als Kleidungsstücke hängen an der Wand ein verhältnismäßig alter Damenmantel und ein Militärrock, dessen Ärmelstücke heller als das Futter ist, des Mannes einziges Kleidungsstück. Gewaschen hat der Mann seit seiner Entlassung vom Militär noch nicht wieder. Vorher war er Handelsmann mit Kurzwaren. Er erklärt auch, dazu außerstande zu sein. Er leidet an Knochen-Tuberkulose und ist anscheinend Halbtot.“ Die Bereinigung leitete Hilfe ab mit der Erklärung: „Am hier Abhilfe zu schaffen, müssen die Mittel der Fürsorge als unzureichend angesehen werden.“

Von der jetzt städtischen Fürsorge für Lungenerkrankte erhielt er ab und zu einige Lebensmittel — Haferflocken, Geiß — zu verbilligten Preisen. Am 30. Mai 1921 wurde M. von der Erwerbslosenfürsorge auf Grund seines Gesundheitszustandes ausgeschlossen, da er nicht imstande ist, zu arbeiten. Seitdem erhält er Unterstützung vom städtischen Fürsorgeamt. Ein von M. bereits im November 1919 beantragtes Rentenverfahren schwebt noch heute ruhmlos. Die Ehefrau des M. ist ebenfalls arbeitsunfähig infolge schwerer Nerven- und Herzerkrankheit.

Das ist Theorie und Praxis. — Die Mittel unzureichend! Die finanziellen Verhältnisse lassen es nicht zu! Wir kennen die Worte! Immer und überall, wo etwas für Proletarier getan werden soll, wo es sich um Arbeiter handelt, sind diese Worte zur Hand. In der Heilstätte Beelitz wurde „aus finanziellen Gründen“ die Unterhaltung von 1/2 auf 1/4 Pfund herabgesetzt; die Kinderheilstätte Lichtenberg sowie die Heilstätte Belgig sollten aus „finanziellen Gründen“ geschlossen werden usw.

Dies zeigt uns, daß die jetzige Tuberkulosebekämpfung und -fürsorge gänzlich unzulänglich, völlig unbrauchbar sind. Aufklärung und Untersuchungen allein können den Kranken nicht helfen. Die Tuberkuloseerkrankten sind deshalb, gezwungen durch die völlig unzureichende Fürsorge des Staates und der Gemeinden, auf den Plan getreten, um die Bekämpfung der Tuberkulose selbst in die Hände zu nehmen. Sie fordern mit aller Macht die sofortige Übernahme der gesamten Tuberkulosebekämpfung und Erwerbslosenfürsorge durch den Staat und ihren Ausbau. Insbesondere wird die sofortige Verbesserung des Fürsorgewesens, Befestigung des Wohnungselends, Beschaffung kräftiger, billiger Nahrung sowie ein Rechtsanspruch auf Heilstättenbehandlung verlangt, kurz gesagt: Wir fordern eine Fürsorge, die uns wieder zu vollwertigen Gliedern der Gesellschaft macht, damit auch wir unsern Teil zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft mit beitragen können.

Die Bekämpfung der Tuberkulose ist aber nicht nur eine Angelegenheit der Kranken; die Bekämpfung der Tuberkulose ist Sache der gesamten Arbeiterschaft, denn die Proletarierkrankheit gefährdet nicht so sehr die bereits Erkrankten, sondern sie sucht sich ihre Opfer überall, in den Fabriken, den Kontoren, in den Werkstätten. Es ist deshalb Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, die Tuberkuloseerkrankten in ihrem Kampfe restlos zu unterstützen. Allen Tuberkulose-Erkrankten aber, die den Weg zur Organisation noch nicht gefunden haben, möchten wir nochmals vor Augen halten, daß eine Befreiung und Besserung der jetzigen Verhältnisse nur durch restlosen Zusammenfluß aller Lungen- und Tuberkuloseerkrankten in einer starken Organisation erreicht werden kann.

Ein internationales Bühnenschauspieler veranstaltete der Arbeiter-Turn- und Sportbund aus Anlaß der Durchreise ausländischer Delegationen zur Arbeiter-Olympiade in Prag am Donnerstag im großen Saale des Zoologischen Gartens zu Leipzig. Die Veranstaltung war sehr stark besucht und trug das Gepräge internationaler Solidarität. Das kam auch in den Begrüßungsworten des Bundesvorsitzenden Gellerlitz zum Ausdruck. Er verwies darauf, daß der internationale Arbeiterport im Interesse der Menschheit arbeite. Trotz aller Anfeindungen durch bürgerliche Zeitungsschreiber würde der Gedanke der internationalen Völkerverbrüderung und -verständigung weiter gefördert werden, bis der Sozialismus seine Erfüllung gefunden habe. Nach ihm sprach noch der Sekretär des Internationalen Arbeiterportverbandes, Bredeau, in französischer Sprache einige Begrüßungsworte. Auch der Krieg habe nicht vermocht, den internationalen Solidaritätsgedanken aus ihnen herauszureißen. Unter dem Geleit der Internationale zogen darauf die belgischen Turner auf. Es folgten nun die türkischen Übungen, die an Erathzeit nicht übertriften werden konnten. Die deutsche Delegation zeigte hohes Sonnen besonders an den Geräten. Nicht unerwähnt darf gelassen werden, daß die Übungen der Turnerinnen (Bundeschule) den Beweis erbringen, daß es Proletarierkindern möglich ist, Körperbewegungen und Tanz zu meistern, ohne sich in den modernen Gliederverrenkungen auf den Tanzsälen hinzugeben. Eine einseitige Organisation beherrschte alle Übungen. Nach einem Vererreiben der Radfahrer zogen die Belgier zu ihren Übungen auf, die ebenfalls tadellos ausgeführt wurden. Alles in allem kann gesagt werden, daß die Arbeiterportbewegung alle sportlichen Aufgaben meistert, so daß nur zu wünschen wäre, alle Arbeiter möchten den bürgerlichen Vereinen den Rücken kehren und in den Reihen ihrer Klassen Genossen Sport treiben.

Schulferien und Ferienzüge. Das Schulamt schreibt uns: In Nr. 137 Ihrer Zeitung vom 1. v. M. bringen Sie unter der Überschrift: „Eine unsoziale Verordnung“ in dem Abschnitt Leipziger Angelegenheiten einen Artikel, der sich gegen die Verlegung der Ferienferienzüge für die Rückkehr auf den 13. und 16. August mit Rücksicht darauf wendet, daß die hiesigen Volksschulen bereits am 11. August abließen. Diese letztere Annahme ist irrig. Nach der Verordnung über die Schulferien vom 10. Dezember 1908 enden die Sommerferien der Leipziger Volksschulen bereits seit dem Jahre 1909 erst mit dem 14. August. Gerade mit Rücksicht hierauf dürfte der Rück- und Bergzug auf den 13. August gelegt worden sein, so daß also auch Familien, deren Kinder die Volksschule in Leipzig besuchen, sich dieses Sonderzuges bedienen können.

An die Freigabe der städtischen Friedhöfe für die Verwendung von Holzstreuungen knüpfte das Friedhofsamtl die unausgesprochene Erwartung, daß die hinterbliebenen Verstorbener bei der Auswahl der Grabkreuze auch auf die Schmutzbestimmung der Grabreihen, selbst bei bescheidenen Mitteln, Rücksicht nehmen würden. Leider läßt, wie uns das Friedhofsamtl schreibt, nun die Mehrzahl der behufs Genehmigung zur Verlegung oelanandten Eingaben für hölzerne Grabkreuze das Verständnis für die Schmutzbestimmung der Grabreihen sehr mißsen. Es gelangt fast durchgehend ein und dieselbe Form des Grabkreuzes, schwarz oder braun gezeichnet, zur Ausstellung. Im Interesse der Verschönerung unserer

dieser Wohnungen nebst Mobilien an Obdachlose zu überlassen.

Ein Geschäftsordnungsantrag des Abg. Schnitz (M. Soz.) auf dritte Lesung der Anträge wird von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt.

In der Abstimmung wird der Antrag Kratz auf Unterstützung von Vereinigungen baugewerblicher Arbeit mit bürgerlicher Mehrheit abgelehnt; die übrigen Anträge Kratz gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen. — In dem Abg. Schnitz beantragter namentlicher Abstimmung wird der Antrag fähig (volle Berücksichtigung des freien Baugewerbes) durch bürgerliche Mehrheit angenommen, sowie die kommunistischen Anträge abgelehnt.

Darauf folgt Beratung der Vorlage über die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Hebammen.

Abg. Prof. Dr. Hertwig beantragt sofortige Schlussberatung. Abg. Schnitz (M. Soz.): Die Vorlage entspricht nicht dem Beschlusse des Landtags. Es ist darin kein Wort von der Beamtung der Hebammen und Einführung der unentgeltlichen Geburtshilfe gesagt. Das festgesetzte Mindesteinkommen von 7000 Mark ist viel zu niedrig. Wir widersprechen der sofortigen Schlussberatung und beantragen Ueberweisung der Vorlage an den Rechtsausschuss.

Präsi. Kröpff erklärt, daß der Kammer Vorstand keine Möglichkeit sieht, die Vorlage noch vor Vertagung des Landtages zu verabschieden.

Die Abg. Frau Salinger (Dem.) und Büttmann (Dr.) sehen sich ebenfalls für Schlussberatung ein.

Minister des Inneren Pipinoff: Die Verhandlungen mit dem Reich zur Einführung der Geburtshilfe sind im Gange. Es gilt aber, jetzt die Notlage der Hebammen zu beheben. Deshalb hat die Regierung dieses Gesetz eingebracht und legt Wert darauf, es noch vor der Vertagung zu verabschieden.

Da der Schlussberatung durch mehr als 10 Stimmen widersprochen wird, geht die Vorlage an den Rechtsausschuss.

Ein Gesetzentwurf über die Kosten der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge geht an den Haushaltsausschuss. Die Vorlage betr. Gewährung von Darlehen an den Staat für entlassene Blinde und an die Unterstützungskasse für bettaubte und entlassene Schwachsinrige wird ohne Debatte angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag, 24. Juni, vormittags 9 Uhr: Dringliche Anfragen, Besoldungsplan der Landesbrandversicherungsausschuss.

17. Generalversammlung der Maler.

k. Frankfurt a. M., 18. Juni.

6. Verhandlungstag.

Der Verbandstag nahm heute die Statutenberatung vor.

Die Bestimmungen des Statuts über den Zweck des Verbandes wurden entsprechend den heutigen Verhältnissen erweitert. In das Aufgabengebiet des Verbandes wurden u. a. die Punkte Erweiterung und Sicherung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter in den Betrieben; Förderung aller auf die Sozialisierung der gesamten Wirtschaft gerichteten Bestrebungen" aufgenommen und auch die Worte „unter Wahrung parteipolitischer und religiöser Neutralität" eingefügt. Dagegen erhob zwar die Opposition Widerspruch, die übergroße Mehrheit des Verbandstages stimmte jedoch dieser Fassung zu. Im übrigen wurden keine wesentlichen Änderungen des Statuts vorgenommen. Die Vertretungs- und Unterstützungsfrage wurden befallen. Zu den Ausschlußbestimmungen lag ein Antrag vor, daß diejenigen Mitglieder ausgeschlossen werden sollen, die die Technische Hochschule oder eine Selbsthilfsorganisation unterstützen. Der Verbandstag lehnte jedoch diesen Antrag ab und begnügte sich mit einer Erklärung des Verbandsvorstandes Streine, daß, wer sich in einer derartigen Organisation so betätigt, daß es im Widerspruch mit den Interessen der organisierten Arbeiterschaft steht, aus dem Verband ausgeschlossen wird. Abgelehnt wurden auch Anträge, die verlangten, daß Anwärter zu Verbandstagen nicht wählbar sind und daß ihnen als Angestellte kein Stimmrecht zusteht.

Mit übergroßer Mehrheit wurde auch ein Antrag Berlin auf Übertragung des Hauptvorstandes nach Berlin abgelehnt.

Die neuen Bestimmungen des Statutes treten am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft.

Der Verbandstag nahm ferner ein Referat von Peter Mehren-Frankfurt a. M. über die

Entwicklung und die Tätigkeit der Lehrlingsabteilung entgegen. Dieser verlangte besonders Mitbestimmungs- und

Ueberwachungsrecht der Gehilfen bei der Unterbringung und Ausbildung der Lehrlinge. Er begründete eine längere Resolution hierzu, der der Verbandstag nach einer Aussprache auch zustimmte. Es wird darin ausgesprochen, daß der größte Teil der Lehrlinge im Malergewerbe noch unter außerordentlich ungunstigen und der Verbesserung bedürftigen Verhältnissen leidet. Der Verbandstag ist der Ansicht, daß eine grundlegende Änderung eine unbedingte Notwendigkeit ist und stellte hierfür bestimmte Forderungen auf. Die Organisierung sämtlicher Lehrlinge in der Jugendabteilung des Verbandes wird als notwendig bezeichnet. Die Generalversammlung hält ferner die schleunigste Regelung des gesamten Gebiets der Jugendfragen für eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Sie verurteilt ganz entschieden den Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Arbeitszeit für gewerbliche Arbeiter, in dem für Lehrlinge und Jugendliche eine mit den Pflichtstunden betragende Höchstarbeitszeit von 54 Stunden vorgehoben ist.

Zum nächsten Gewerkschaftskongress werden dem Vorstand und der Redaktion je eine Vertretung zugesandt und als Delegierte außerdem gewählt: Jakobkeit-Berlin, Buch-Hamburg, Buche i. A. Köln und Köhler-Berlin.

Bei der Wahl des Vorstandes, des Redakteurs, der Bezirksleiter und des Obmanns des Ausschusses wurden die bisherigen Funktionäre gegen 6 Stimmen wiedergewählt. Die Kommunisten erklärten, daß sie nicht aus persönlichen Gründen gegen die Wiederwahl des Vorstandes gestimmt hätten, sondern mit ihrer Abstimmung zum Ausdruck bringen wollten, daß sie gegen das von der Leitung betriebene System seien.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Vorsitzender Streine schloß ihn mit der Aufforderung zur weiteren tatkräftigen Mitarbeit für den Verband.

Gerichtssaal.

Schöffengericht.

Der Werber für Lettow-Vorbed.

Im Juni 1910 hatte das „berühmte“ Grenzfürh-Regiment Lettow-Vorbed den Gefreiten Karl Horn, ein Vierzehnjähriger von ganzen 17 Jahren, nach Leipzig geschickt, um hier Anwerbungen vorzunehmen. Er errichtete auch in dem Hotel Kaumburg in der Blücherstraße ein Werberbureau, wo es ihm angeblich gelang, 300 Mann für das Regiment anzuwerben. Obgleich er nur Gefreiter war, beförderte er sich selbst zum Unteroffizier, ließ sich im Hotel 14 Tage lang beschäftigen, wozu er gar nicht berechtigt war, und schädigte dadurch das Regiment um 100 Mk. Vom 3. Juni an kam er seiner Verpflichtung, Berichte über seine Tätigkeit einzulegen, nicht mehr nach und kümmerte sich überhaupt um sein Regiment nicht mehr. Dafür machte er ein wenig Leibeslust, und um sich Geld zu verschaffen, betrog er zwei „Stützen“, mit denen er ein Liebesverhältnis angeknüpft hatte, um 100 Mk. mit dem Vergeben, dafür Butter und Zucker besorgen zu wollen. Auch einen Kellner des Lunaparks schädigte er um 176.50 Mk., weil er „verloren“ die Fische zu Leihen, die er mit zwei von ihm eingeladenen Kameraden und einer Dame gemacht hatte. Schließlich wurde er wegen Fahnenflucht verhaftet, und da die Militärgerichtsbarkeit aufgehoben ist, sollte er vor dem Schöffengericht zur Aburteilung kommen. Es kam aber anders, denn Horn machte geltend, daß er gar keine Fahnenflucht begangen konnte, da er nie verpflichtet oder vereidigt worden sei! Daß er trotzdem Gefreiter geworden ist, zeigt, wie liberal man bei Lettow-Vorbed verfuhr. Das Gericht verurteilte die Sache, bis das Reichwehrministerium Auskunft gegeben hat, ob Horn eigentlich Soldat ist oder nicht. Da er noch minderjährig ist, gehörte ja zum Abschluß des Geschäfts (als solches kennzeichnete neulich ein Schwurgerichtsvorsitzender das jetzige Militärverhältnis) auch die schriftliche Genehmigung des Vaters. Aber so bürokratisch dachte man bei Lettow-Vorbed nicht, wenn man für seine reaktionäre Schutztruppe nur recht viel Landstrolche fand.

Einer, dem das Dummkleinen schlecht bekam, ist der Arbeiter Nischke aus Leipzig. Er hatte im Dezember vorigen Jahres in Kahnsdorf durch einen schweren Einbruch 10 Gänse und 2 Enten, die er gleich an Ort und Stelle abschlachtete, erbeutet und in derselben Nacht in Böden 4 Zuchtgänse gestohlen. Auf dem Bahnhof Kieritzsch war er samt den Säden, in denen sich die geschlachteten Tiere befanden, vom Gendarm dingfest gemacht worden, während sein Komplize, der Koch Otto Meyer, aus Lindenau, entkam. Das Protokoll hatte er mit dem Namen Bertram unterschrieben. In seinem Belege befand sich eine auf diesen Namen lautende Bescheinigung über ein Verwundetenabzeichen, die er im Leipziger

Volkshauses gefunden haben will. In der Voruntersuchung hat er auch hartnäckig behauptet, Bertram zu heißen, bis die Ehefrau Bertram erklärte, daß ihr Mann schon 1920 gestorben ist. In der Hauptverhandlung gab er zu, Nischke zu heißen. Aber sonst wußte er von nichts. „Ich habe nicht gemacht, ich war derheime,“ war alles, was er trotz der Ermahnungen des Präsidenten vorbrachte. Auch sein Bekannter, der Koch Otto Meyer, der aus der Strafanstalt Hoheneck vorgeführt wurde, wußte absolut von nichts, tannie ihn nicht einmal, gab aber doch zu, gemeinsam mit Bertram, der ihm mitgeteilt habe, sein wahrer Name sei Nischke, in Halle aus dem Gefängnis ausgebrochen zu sein!

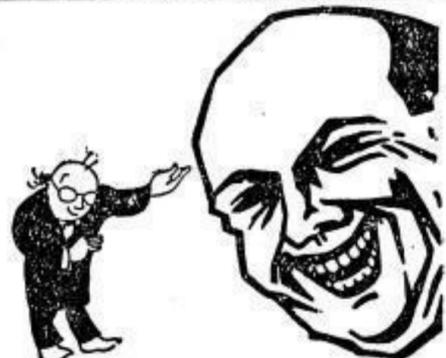
Nischke, der schon in der Haft in Borna abgebrochene Rösseltische verschluckte und das auch in Leipzig noch zweimal tat, um ins Krankenhaus zu kommen, mußte deshalb zu seiner eigenen Sicherheit gefesselt werden. Da er auch die Nahrungsaufnahme verweigerte, war man gezwungen, ihn mit der Sonde die Speise einzuführen. Nach Auslage des Arztes besitzt er hysterische Veranlagung, ist aber geistig durchaus normal. Das Gericht verurteilt ihn, der schon vielfach vorbestraft ist, unter Verljagung mildernder Umstände zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust. Auch die Anrechnung der Untersuchungshaft wurde ihm verweigert.

Reichsgericht.

Was als Nötigung angesehen wird. Vom Landgericht Düsseldorf ist am 20. Januar der Fuhrmann August Biedebach neben zwei weiteren Mitangeklagten wegen Nötigung zu Gefängnisstrafe verurteilt worden. Als während des Transportarbeiterstreiks der Fuhrmann B. sich nicht am Streik beteiligte, sammelte sich um seinen Wagen eine Menschenmenge, man spannte ihm das Pferd aus und wollte den Wagen umwerfen. Um sich der auf ihn eindringenden Menge zu erwehren, zog er einen Revolver aus der Tasche. Ehe er aber zum Schießen kam, wurde ihm der Revolver von dem Angeklagten entziffen. Die Nötigung erblickte das Gericht darin, daß die Angeklagten den B., der sich in Notwehr befand, daran hinderten, sich zu verteidigen. Gegen das Urteil legten die Angeklagten Revision ein, in welcher sie ausführten, daß sie nicht das Bewußtsein der Nötigung gehabt hätten, sondern daß ihnen nur daran gelegen war, Blutvergießen zu verhüten, da B. das Leben vieler Unbeteiligter gefährdet habe. Das Reichsgericht hielt ebenfalls den Tatbestand der Nötigung nicht für erwiesen, hob deshalb das Urteil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht zurück.

Aus der Partei.

Überholts Nachfolger. Der Nachfolger des Genossen Adersholz, der durch den Tod aus dem Reichstage ausscheidet, ist der Genosse Bohl, Braunschweig, der dort als Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes fungiert.



Der I-a-ch-t!!

und ich, der Dr. YPS, sage Ihnen, auch Sie können lachen, wenn Sie die Reform-Solidento * Zahncreme

verwenden. Mit dem köstlich erfrischenden, belebenden Geschmack! Mundgeruch verschwindet! Die Zähne werden schneeweiß, blitzblank und gesund. Es gibt nichts besseres, und dabei so billig. Tube Mark 2.00 und 3.60

* Ich meine Solidento aus den Kombellafabriken, Dresden, die auch die bekannte Kombella-Hautcreme herstellen. Ueberall vorrätig.

LEIPZIGER TEXTILGESELLSCHAFT M.B.H. TUCHGROSSHANDLUNG



LEIPZIG Eberhardstr. 7 Brühl 21

Was wir Ihnen bieten?

Zweifellos soviel Vorteile, daß es sich lohnt, wenn Sie **uns** besuchen, ehe Sie Ihren Bedarf decken!

Herrenanzugstoffe	gestreift und kariert, moderne Farben und Muster . . . Mk. 95.— 85.— 65.— 45.—	35.— per Meter
Homespun	der praktische Anzugstoff, in vielen Farben und Qualitäten Mk. 125.— 110.— 95.— 75.—	65.— per Meter
Marengos Mk. 195.— 160.— 140.— 125.— 95.— 85.—	75.— per Meter
Hosenstreifen	in vielen entzückenden Mustern Mk. 195.— 165.— 150.— 125.— 95.— 85.—	75.— per Meter

Alle anderen Artikel in großer Auswahl zu vorteilhaften Preisen.

Noch kurze Zeit: **5% Rabatt.**

Kein Musterversand!

Keine Musterabgabe!

Leipziger Textil-Gesellschaft, Brühl 21

m. b. H.

Sunger

Roman von Knut Hamsun.

Einzig berechnigte Uebersetzung aus dem Norwegischen von Maria von Borch.

Der Winter war gekommen, ein rauher, feuchter Winter...

Ich hielt mich immer noch unten in Vaterland auf.

Schon vor mehreren Tagen hatte ich meine Schreibe wieder aufgenommen...

In einem Zimmer der zweiten Etage, im besten Gastzimmer...

Ich hegte auch während der ganzen Zeit die Hoffnung, daß ich endlich einen Artikel über dies oder jenes fertig bekommen würde...

Eines Tages sollte ich endlich einen Begriff davon bekommen, wie schwach ich eigentlich geworden, wie träge und untauglich mein Gehirn arbeitete.

Ich setzte mich hin und zählte nach; meine Wirtin sah mir gegenüber und sah mir zu.

„Die Summe stimmt,“ sagte ich. „Nein, sehen Sie mal jede Zahl genau an.“

„Ja,“ sagte die Frau, „die pflegen so zu schreiben. Das ist der Kräutertafel. Ja, — das ist ganz richtig! Fünf sechzehnte! Sind also fünf Lot.“

„Ja, das verstehe ich wohl!“ rief ich, obgleich ich in Wirklichkeit gar nichts mehr begriff.

Ich versuchte aufs neue, mit dieser kleinen Rechnung fertig zu werden, die ich vor ein paar Monaten noch in einer Minute hätte zusammenzählen können.

(Fortsetzung folgt.)

Das städtische Schauspiel.

Unter diesem Titel erhielten wir folgende Zuschrift, die wir zur Diskussion stellen, ohne uns deshalb mit der Ansicht des Einsenders, für so wertvoll wie seine Schlüsse und Anregungen im allgemeinen halten, in jedem Punkte identifizieren zu wollen.

Während Mörsterleigs Theaterleitung haben die Stadtverordneten gelegentlich die Einführung eines städtischen Schauspielabonnements beschlossen.

Es ist in diesem Falle wie so oft: die Entwicklung der Dinge im Stadttheater ist nicht für sich zu betrachten und zu erklären; sie hängt mit der Geschichte des Schauspielhauses zusammen.

gegeben werden. Wie das Schauspielhaus, solange es an der bisherigen Eintrittspreiserhöhung für Nichtmitglieder festhält...

Daß der Andrang der Vereine in letzter Zeit wesentlich stärker geworden ist, merkt auch, wer die Entwicklung des städtischen Schauspiels nicht mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt.

Fassen wir den Begriff Vereinsvorstellung so weit, daß auch die geschlossenen Vorstellungen für Volks-, Fortbildungs- und Realschulen darunter fallen, so wie die Schillervereinsvorstellungen, zu denen ja auch Nichtvereinsmitglieder Zutritt haben...

Es fragt sich: Ist diese Entwicklung zu fürchten oder zu wünschen? Zu fürchten hätten sie, sobald das Alte Theater so gut wie aus dem Verkehr wäre, zunächst diejenigen, die keinem der zugehörigen Vereine oder Verbände angehören.

Zu fürchten wäre die Entwicklung weiterhin, wenn der Spielplan durch die Vereinsvorstellungen ungünstig beeinflusst, wenn er einseitig oder minderwertig würde.

„Eine zusammenfassende Aufstellung zeigt, daß im allgemeinen Vorstellungen nur solchen Verbänden geboten werden, die das Theater nicht ausschließlich als Unterhaltungsstätte ansehen.“

„Hier mag eingeschaltet werden, daß sich einige der im Stadttheater zugelassenen Vereine nur im Operettentheater einstellen.“

„Doch dies nebenbei. Jedenfalls berechtigt der Spielplan der Vereinsvorstellungen, wie er sich im letzten Jahre darstellt, nicht zu der Behauptung, daß die Wünsche der jetzt im Alten Theater vertretenen Vereine die Qualität des Gesamtspielplans wesentlich herabdrücken könnten.“

„Bekanntlich haben die Schillervereinsvorstellungen in der Stadttheatergeschichte der letzten Jahre ihre besondere Bedeutung gehabt, insofern sie für das städtische Schauspiel wesentliche Verdienste geleistet haben.“

„Nun sind im letzten Jahre von den fünf Erstaufführungen, für die der Schillerverein eingetreten ist, nicht weniger als drei von sehr zweifelhaftem Wert.“

„Das Arbeiterbildungsinstitut hat entsprechend seiner Bedeutung den größten Bedarf an Vorstellungen, und es hat offenbar die größten Schwierigkeiten, ihn aus dem vorhandenen Spielplan zu decken.“

„Das städtische Schauspiel hat entsprechend seiner Bedeutung den größten Bedarf an Vorstellungen, und es hat offenbar die größten Schwierigkeiten, ihn aus dem vorhandenen Spielplan zu decken.“

Gartenlaubensprengelismus des Wahnsinns, dessen aufgeblassene Überheblichkeit einen selbstbewußten modernen Arbeiter geradezu anekeln muß.

Hier offenbart sich ein Mangel der bisherigen Organisation der Vereinsvorstellungen, und dieser zeigt sich weiterhin, wenn Calderons Lautes Geheimnis nicht nur für das Arbeiterbildungsinstitut, sondern auch für den Verband für weibliche Jugendpflege, für den Verein Volkswohl, für den Verein ehemaliger Kriegsgefangener, für den Verein Gutenberg und endlich für die kommunistische Jugend gegeben wird.

Es muß ausgesprochen werden, daß der Spielplan des Alten Theaters den Bedürfnissen von modernen Arbeiterbildungsgesellschaften — in unserm Falle namentlich vertreten durch das Arbeiterbildungsinstitut, die Theatergemeinde SPD, und die kommunistische Jugend — nicht im wünschenswerten Maße entgegenkommt.

Vergleicht man, was im letzten Jahre für das Arbeiterbildungsinstitut, die Theatergemeinde SPD und für die kommunistische Jugend gespielt worden ist, so läßt sich immerhin ein Wollen in gleicher Richtung erkennen, ein Verlangen nach Qualität.

Der Schauspielbetrieb kann das auch nur recht sein. Denn heutzutage, wo das Theaterpublikum durch die Vermögensverschlebung in Bewegung geraten ist und einen Umwandlungsprozess durchgemacht, muß jeder Theaterdirektor froh sein, wenn er mit bestimmten Besuchergruppen, die ersten Willen haben, die sich von den „Reigen“ gelöst der Schieber fernhalten und das Theater zugleich ökonomisch stützen können, in engere Verbindung kommt und mit ihnen zusammenarbeiten kann.

Erreichen wir aber das, daß die einzelnen Verbände, die zugelassen werden — von dem jetzt vertretenen könnten einige ausbleiben, andere hinzukommen — sich ihr bestimmtes Programm bilden und es vertreten — und zwar nicht nur die Arbeiterverbände, sondern alle — dann brauchen wir auch keine Angst davor zu haben, daß schließlich einmal eine Gemeinde von Verbänden das Alte Theater besetzen könnte.

Kleine Chronik.

Neues Theater (Tannhäuser). Der Mangel an Tenorsängern, die den hohen Anforderungen, die von Wagner gestellt werden, entsprechen, ist in Deutschland so groß, daß man den Fabel, mit dem das Publikum Otto Wolf aus München als Tannhäuser begrüßt, wohl verstehen kann.

Mitteltage der städtischen Theater-Intendanz. Am Sonnabend, dem 25. Juni, findet die erste Wiederholung der neuentstehenden Oper Don Juans letztes Abenteuer von Paul Gräner statt, und zwar wird der Komponist sein Werk persönlich dirigieren.

Altes Theater. Am Sonnabend, dem 25., findet eine Aufführung der Opernchule des Konservatoriums statt. Zur Aufführung gelangen: Mozart, Vajrien und Bastienne, Singspiel in 1 Akt; Mozart, zwei Sagen aus der Zauberflöte; Weber, Freischütz, 2. Akt. Karten von 60 Pfg. bis 8 Mk. ausschließlich Kartensteuer an der Abendkasse.

Die städtischen Chöre in Weimar und Erfurt. Wie wir allen sozialistischen Blättern Weimars und Erfurts entnehmen, hat der Besuch, den die städtischen Arbeiterchöre den beiden Städten abstatteten, die schönsten Früchte gezeitigt, ihre Darbietungen nicht nur Beifall, sondern auch tiefgehende Anerkennung gefunden.

Reichstag.

Berlin, 23. Juni.

Die Sitzung wird um 2 1/2 Uhr vom Präsidenten Lohde eröffnet. Vor Eingang in die Tagesordnung teilt der Präsident mit, daß der rechtssozialistische Abgeordnete Blas, der von polnischen Jurisprudenz festgenommen worden war, sich seit gestern wieder auf freiem Fuß befindet. Die Bemühungen der Interalliierten Kommission haben also Erfolg gehabt.

Die Erjuden des Reichsministers des Innern, die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abgeordneten Marx (Dn.) und Bogtner (USP.) werden abgewiesen.

Der Gesetzentwurf über Einkommensteuer vom Arbeitslohn, der im wesentlichen bestimmt, daß der Abzug bei Einkommen von nicht über 24 000 Mk. 10 Prozent betragen, und mit diesem Abzug die Steuerpflichtigen des Betroffenen, soweit Einnahmen aus Lohn oder Gehalt in Betracht kommen, erfüllt sein soll, wird dem Steuerentscheid zur Vorberatung überwiesen.

Sodann erfolgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Forderung des Gerichtskostengesetzes.

Abg. Dr. Rosenfeld (USP.): Wenn es sich darum handeln würde, die Kosten zu erhöhen für Prozesse, die Leute führen, deren Zahlungsfähigkeit außer Zweifel steht, läge die Sache einfach. Aber eine Erhöhung aller Gebühren, von der geringsten bis zur höchsten Stufe, würde die unbemittelten Kreise aufs schwerste treffen. In einer Zeit, wo wir nur wenig von Reformen hören, erscheint es uns unmöglich, eine durchgreifende Erhöhung der Gebühren eintreten lassen zu dürfen. Wir lehnen die Vorlage ab.

Abg. Radbruch (Soz.): Auch wir stimmen dem Entwurf nicht ohne Bedenken zu, vielmehr nur in der Erwartung, daß in bald das Gültigwerden eingeführt wird. Ein dementsprechender Antrag liegt vor.

Abg. Dr. Rosenfeld (USP.): Ich kann nicht verstehen, daß Kollege Radbruch für diesen Gesetzentwurf eintreten kann. Seine Hoffnungen auf das Gültigwerden haben nicht die geringste Aussicht auf Erfüllung. Im übrigen ist auch dieses Gültigwerden gar nicht im Zusammenhang zu bringen mit der Erhöhung der Gerichtskosten. Herr Kollege Radbruch bekennt sich doch zu dem Erfurter Programm. Dieses verlangt die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege. Ich kann nicht verstehen, wie jemand, der auf Grund dieses Programms gewählt ist, hier eintreten kann, nicht nur für die Beibehaltung, sondern sogar für die Erhöhung der Gerichtskosten.

Abg. Dr. Herzfeld (Kom.) wendet sich ebenfalls gegen die Erhöhung der Gerichtskosten.

Der Entwurf wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Hierauf erfolgt die Beratung eines neuen Gebührengesetzes für die Auslandsbehörden. Auch dieser Entwurf wird ohne Debatte nach einigen kurzen Ausführungen des Berichterstatters angenommen.

Dann wird in die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über den

Waffengebrauch des Grenzaufsichtspersonals

eingetreten.

Abg. Radbruch (Soz.): Sie haben gestern abgelehnt, daß bei geringfügigen Vergehen von der Waffe nicht Gebrauch gemacht werden darf. Allgemein wird aus dem Recht des Waffengebrauchs die Pflicht zum Gebrauch auf jeden Fall hergeleitet. Es wird dem Beamten eher versichert, wenn er unrechtmäßig von der Waffe Gebrauch macht, als wenn er auf diesen Gebrauch, weil ihm der Anlaß zu gering erscheint, verzichtet. Wir werden in erster Linie die Bestimmung über den Waffengebrauch bei Fälligkeiten ablehnen.

Abg. Aitau (USP.): Wir haben in den letzten Jahren Entropfer genug gehabt. In dem Absatz 3 des § 1 handelt es sich um eine Bestimmung, durch die das Jagen und die Jagd, die Erziehung auf der Flucht, geschlechtlich sanktioniert werden soll. Dagegen müssen wir uns mit aller Schärfe wenden. Das, was uns den Abjeh der ganzen Welt eingebracht hat, soll durch den Gesetzentwurf für Recht erachtet werden, obwohl zahlreiche, u. a. Ziehnacht, Haja Lugemburg, Logisches und viele andre als machende Opfer vor uns stehen. In keinem Lande der Welt wird so auf Menschen wie auf Wild geschossen, wie gegenwärtig in Deutschland. Wir müssen uns auch deshalb gegen die Bestimmung wenden, weil wir gar keine Garantie haben, wie der Inhalt und der Geist der Ausführungsvorschriften gestaltet wird. Ich kann nicht begreifen, wie die Rechtssozialisten gestern gegen unsern Antrag auf Streichung dieser Bestimmung stimmen konnten. Der Antrag Radbruch bringt keine Besserung. Wir können unter keinen Umständen zugeben, daß in den Grenzgebieten irgendein überreicher Beamter zum Herrn über Tod und Leben von Menschen gemacht wird. Wenn schon ein kleiner Pächter beim Mordversuch mit dem Tod bestraft werden kann, was für Strafe muß dann erst ein großer Steuerhinterzieher, der dem Staat um Hunderttausende, vielleicht um Millionen beträgt, bekommen? Und wenn man von Verwilderung der Sitten und Gebrauche redet und damit strenge Schließvorschrift zu begründen sucht, soweit es sich um Betrag handelt gegenüber dem Staat, ist nirgends die Verwilderung so groß, wie in den Kreisen der Besitzenden. Im übrigen: die Kräfte, die die Massenmorde, Diebstahl und alle andern Verbrechen als heilige Pflicht für alle Staatsbürger anordnen haben, dürfen sich heute nicht über die Verwilderung der Sitten, Gebrauche und Rechtsbegriffe beklagen. Wir erjuden Sie dringend, die von mir kritisierte Schließvorschrift zu streichen. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Kries (Kom.) wendet sich ebenfalls gegen das Schließen auf den Fälligkeiten.

Abg. Brodau (Dem.) verteidigt die angefochtene Bestimmung. Zu der darauffolgenden Abstimmung werden die Abstimmungsentscheidungen unserer Fraktion, sowie die der Rechtssozialisten abgelehnt.

Gegen die Klassenjustiz.

Zum Nachtragsetat zum Reichshaushalt erklärt Abg. Kurt Geyer (Kom.), daß seine Fraktion den Etat des Reichspräsidenten ablehnt.

Abg. Rosenfeld (USP.): Die Klagen über die „Rechtspflege“ und die Vorwürfe gegen die Klassenjustiz hören nicht auf. Wir fragen: Was für Maßnahmen sollen getroffen werden, die Rechtspflege zu einer wirklichen Rechtspflege zu machen? Nach wie vor stehen wir auf dem Standpunkt, daß erst die Forderung des Erfurter Programms „Wahl der Richter durch das Volk“ in Erfüllung gehen muß, bevor eine Besserung in der Rechtspflege eintreten kann. In den letzten Tagen wurde die Liste einer Geschworenensanktion veröffentlicht. Sie enthält lediglich die Namen von Kaufleuten, Gutbesitzern und anderen Angehörigen der Besitzenden Klassen. Kein einziger Angehöriger der Arbeiterklasse befand sich darauf. Eine weitere Verbesserung der Rechtspflege durch die Zuziehung der Frauen ist immer noch in Vorbereitung, kommt aber nicht vom Fleck. Der Reichsrat hat gar keine Eile mit der Erledigung solcher Dinge. Und wie steht es um die Rechtspflege der Ausnahmegerichte? Gestern habe ich im Ausschuss gehört, daß die Ausnahmegerichte in den nächsten Wochen verhandeln sollen. Nur in Halle glaubt man noch über den 1. Juli hinaus Ausnahmegerichte haben zu müssen. Aber auch dieser langsame Abbau der Ausnahmegerichte ist nicht etwa, wie es vielleicht erscheinen könnte, eine Abschlagszahlung auf die Forderung der Sozialdemokraten aller Richtungen, sondern er ergibt sich einfach daraus, daß die Ausnahmegerichte dort aufgehoben werden müssen, wo keine Arbeit mehr für sie ist. Das Urteil des Volkes über diese Ausnahmegerichte dürfte Ihnen nicht unbekannt sein. Allein die Tatsache, daß sie in wenigen Wochen auf über 2000 Jahre Zuchthaus und Gefängnis erkannten,

außerdem lebenslängliche Zuchthaus- und sogar die Todesstrafe verhängen, reicht aus, um sie als Ausnahmegerichte gegen die Arbeiter erkennen zu lassen. Der Reichstag hat kürzlich beschlossen, den Reichsanwalt zu ersuchen, die Urteile der Ausnahmegerichte nachprüfen zu lassen, um die bloßen Mitläufer in weitestem Umfang zur Begnadigung zu bringen. Meine Partei hat die Amnestie verlangt. Diesen Antrag haben dann auch die Rechtssozialisten abgelehnt. Gestern im Ausschuss erhielt ich auf Nachfrage die Antwort, daß wahrscheinlich die Nachprüfung dem Gnadenrichter überwiesen werden soll. Wenn das nur geschehen sollte, dann bedurfte es keines Reichstagsbeschlusses. Mit dem Reichstagsbeschluss sollte etwas anderes erreicht werden. Er wollte eine generelle Prüfung aller Urteile erreichen. Der Ausschuss hat auf unsere Anregung beschlossen, eine Statistik über die Ergebnisse der Nachprüfung der Ausnahmegerichte herbeizuführen, wie viele Verfahren anhängig gemacht, wie viel Urteile gefällt sind usw. Wir werden die Tätigkeit der Ausnahmegerichte im Auge behalten. Ueber den Ausnahmegerichten dürfen auch die bayerischen Volksgereichte nicht vergessen werden. Sie sind von derselben Art. Auch gegen ihre Urteile gibt es keine Anfechtung, auch dort sind viele ähnliche Bestimmungen zumungunsten der Angeklagten, wie bei den Ausnahmegerichten. Aber die bayerischen Volksgereichte sind außerdem eine Dauereinrichtung gegen die Arbeiterklasse. Da erwähnt doch die Notwendigkeit für das Reich, nachzuprüfen, ob die bayerischen Volksgereichte mit der Reichsverfassung vereinbar sind. Ich will es dahingestellt sein lassen, ob der Reichsjustizminister den Mut besitzt, gegen die bayerischen Volksgereichte vorzugehen. (Zuruf: Nein, den besitzt er nicht!) Sein Parteifreund Haas hat sich ja auf den Standpunkt gestellt, daß die Volksgereichte gegen die Verfassung verstoßen und ungültig sind. Ich hoffe, daß, wenn ein Demokrat Minister wird, er damit nicht etwa aufhört, Demokrat zu sein.

Der Strafvollzug ist heute noch wichtiger als früher, weil die gewalttätige Zunahme der Kriminalität die Zahl der Inhaftierten der Strafanstalten ungeheuer vergrößert hat. Die Mehrzahl der kurz nach Eintritt der Revolution verurteilten Erleichterungen ist nicht mehr vorhanden. Als ich die Frage nach der Vorbereitung einer Reichs-Strafvollzugsordnung im Ausschuss stellte, wurde mir geantwortet, es werde darüber mit den Ländern verhandelt. Wobin aber soll es führen, wenn in einer Sache, wo alles so klar und einfach liegt, erst lange Erörterungen mit den Ländern gepflogen werden? Es ist dringend notwendig, daß der Reichstag endlich den Strafvollzug in die Hand nimmt.

Nun ein Wort zur Auslegung des Amnestiegesetzes durch das Reichsgericht. Es hält eine Amnestie nicht für notwendig, wo Arbeiter angeklagt sind, um so mehr aber, wenn es sich um Personen handelt, die aus Anlaß des Rapp-Bußches sich gegen die Republik und gegen ihre Gesetze vergangen haben. Trotzdem vor der Breslauer Strafkammer während der Verhandlung gegen die Kusow-Banden festgestellt wurde, daß die schuldigste Bestallität von ihnen begangen wurde, und trotzdem ausdrücklich betont worden war, daß Rechtsdefizite nicht unter die Amnestie fallen, hat sich das Reichsgericht bereit gefunden, den Anlod-Anhängern die Amnestie zuteil werden zu lassen. Sogar den berühmten Traugott v. Jagow hat es amnestiert, trotzdem seinerzeit ausdrücklich ausgesprochen wurde, daß Führer des Rapp-Bußches nicht unter die Amnestie fallen sollten. Trotzdem hat das Reichsgericht das Verfahren gegen diesen Mann eingestellt.

Redner geht sodann auf die „Rechtspflege“ des Reichsgerichts gegen die Kriegsverbrecher ein. Der Oberleutnant Neumann wurde freigesprochen, obwohl festgestellt wurde, daß er ohne Warnung und ohne Untersuchung das Hospitalsschiff Dover Castle in den Grund gehohlet hat, dann zwar noch in der Nähe blieb, nicht aber um zu helfen, sondern um Leute zu machen. Er wurde freigesprochen, weil er nach dem Befehl der Vorgesetzten gehandelt habe. Wer sind die Leute, die Befehle zu solchem schändlichen Tun gegeben haben? Was ist gegen sie unternommen? Wann werden die Leute verurteilt, die diesen Befehl gegeben haben? Die Kleinen klagt man an, die Großen läßt man laufen. Aber die intellektuellen Urheber dieser barbarischen Maßnahmen sind schlimmer als diejenigen, die selbst Befehle ausmühen haben, schlimmer als diejenigen, die selbst Hospitalsschiffe in den Grund gehohlet haben. Was geschieht all denen, die die Städte und Dörfer verheerten, Bergwerke sprengten und ganze Kulturen zerstören ließen? Wir werden unausgesetzt die Bestrafung dieser Leute fordern, nicht ruhen, bis sie wirklich so, wie sie es verdient haben, bestraft sind. (Lebhafte Beifall auf der Linken.)

Reichsjustizminister Schiffer: Das Berufsrichtertum muß beibehalten werden. Für die Beteiligung aller Kreise des Volkes an der Rechtspflege bringt die neue Strafvollzugsordnung weitgehende Verbesserungen. Auch die Reform des Strafvollzugs unterläge nicht. Sie wird in Verbindung mit der Umgestaltung des Strafrechts erfolgen. Für die Klassenjustiz gegen die Arbeiter hat Herr Rosenfeld zwar Behauptungen genug, aber keinerlei Beweise erbracht. Ueber die Angelegenheit mit den Anlod-Deuten kann ich zur Stunde nichts sagen, da mir die Urteile noch nicht zugegangen sind. Die Amnestie zugunsten Jagows ist nicht angenommen worden. Der Reichsanwalt macht sich jetzt über die Anklage schlüssig. Ich nehme an, daß die Anklage bevorsteht. Ueber die Urteile gegen die Kriegsverbrecher wird später im Reichstag noch ausführlich zu reden sein. Den Reichstagsbeschluss wegen der Nachprüfung der Sondergerichtsurteile habe ich nicht ohne Bedenken angenommen. Es findet aber eine Nachprüfung aller Urteile statt. Ein Richter und ein Staatsanwalt wirken zusammen. Wenn einer der beiden sich für Begnadigung ausspricht, geht die Sache zur Entscheidung an den Minister. Hinsichtlich der bayerischen Volksgereichte muß ich dem Abg. Rosenfeld erklären, daß ich tatsächlich den Mut gefunden habe, sie auf ihre Rechtschaffenheit zu prüfen. Ich habe aber gefunden, daß die Verfassungsmäßigkeit der Volksgereichte nicht beanstandet werden kann.

Abg. Herzfeld (Kommunist) wendet sich ebenfalls in längeren Ausführungen gegen die Rechtspflege im allgemeinen, sowie gegen die der Ausnahmegerichte im besonderen. Der Reichspräsident, den die Arbeiter auf seinen Posten gestellt haben, gebe alle Rechtsgarantien auf. Der Strafvollzug ist trotz zwei Jahre Revolution noch nicht gebessert. Er wird auch nicht gebessert, ehe sich die Arbeiterklasse nicht selbst ihr Recht schafft. (Beifall b. d. Kommunisten.)

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.): Der Reichsjustizminister hat mir geantwortet, daß er bezüglich der Zuziehung von Arbeitern und Frauen zu den Schöffen und Geschworenen bereits eine Vorlage dem Reichsrat vorgelegt hat. Am März 1921 erklärte der damalige Justizminister Heine: Mein Vorgänger im Amte hat bereits die Vorlage betreffend Zuziehung von Frauen dem Reichsrat vorgelegt. Dieser Vorgänger war der letzte Reichsjustizminister Schiffer. Heute haben wir wieder von ihm zu hören bekommen, daß die Sache im Reichsrat liegt. (Zuruf: Er muß noch öfter als Justizminister kommen!) Der Reichsjustizminister meinte er bemühe sich, dem Beschlusse dieses Hauses gerecht zu werden indem er die einzelnen der Verurteilten der Gnade der Gnadenrichter überläßt. Der Antrag ging aus von den Rechtssozialisten. Müller-Franken begründete ihn als ein Ersuchen an den Reichsanwalt, eine besondere Stelle zu schaffen, die mit der Vorbereitung der Begnadigung betraut werden soll. Wenn der Reichsrat also so aussage wird, wie die Antragsteller ihn gemeint und begründet haben, dann ergibt sich aus dem Beschlusse des Hauses, daß eine besondere Stelle zu schaffen ist. Darum verlange ich nochmals, daß entsprechend dem Beschlusse dieses Hauses man sich nicht begnügt mit dem Urteil der Gnadenrichter, sondern eine Stelle

schafft, zu der auch die Arbeiter hinzugezogen werden und die eine solche Ausgestaltung erfährt, daß das Volk Vertrauen zu ihr haben kann. (Beifall b. d. U. S.)

Reichsjustizminister Schiffer: Es kommt doch auch darauf an, was die anderen Parteien sich dabei gedacht haben. Der Grund, eine besondere Stelle zu schaffen, ist nicht als integrierender Bestandteil des Antrages zu betrachten. Denn dann hätten wir eine ganz neue Behörde machen müssen. Damit, daß die „besondere Stelle“ nicht in das Gesetz hineingekommen ist, dürfte der Reichstag zum Ausdruck gebracht haben, daß er sich nicht voll hinter den Antrag stellt. Die besondere Stelle ist eben ausgefallen worden. Ueberdies wäre die Nachprüfung nicht von einem Richter oder einem jungen Richter zu erledigen, sondern dazu ist ein ganzer Stab von Beamten nötig. Und die Beamten auch wieder nur aus den Gerichten der Länder genommen werden.

Abg. Rosenfeld (USP.) — mit Narren von der Rechten empfangen: Der Minister hat gar keinen Grund für die Annahme, daß die Antragsteller ihre Absicht aufgegeben haben. Dafür spricht nicht eine einzige Tatsache. Ich appelliere an die Rechtssozialisten, die bisher geschwiegen haben, zu erklären, was sie meinen. Das, was Müller-Franken gesagt hat, oder ob sie es aufgegeben haben. Aus dem Schweigen der anderen Parteien darf man nicht folgern, daß sie etwas anderes gemeint haben, als was Müller-Franken sagte; im übrigen kann die Arbeitslast nicht ins Gewicht fallen, wo es sich um Tausende von Unglücklichen handelt, die sehnsüchtig darauf warten, daß ihnen Gerechtigkeit werde. Wenn der Reichsjustizminister meint, es seien nur Richter und Staatsanwälte da, verweise ich auf das, was ich vorhin gesagt habe. Es entspricht nicht unseren Wünschen, wenn diese Stelle lediglich den Gerichten überlassen bleibt. Wenn wir sie nicht umgeben wollen mit den Garantien, die nötig sind. Die Garantien liegen nicht darin, daß man Juristen damit betraut, sondern indem man weite Kreise, besonders auch die Arbeiterklasse heranzieht.

Justizminister Schiffer: Die Ausführung des Beschlusses erfolgte ganz loyal. Der Vorschlag Müller-Franken ist eben nur als Vorschlag über die Ausführung zu betrachten. Ich habe den Vorschlag geprüft und bin davon abgekommen.

Abg. Radbruch (Soz.): Ich habe mich bereits vor dem Appell des Abg. Rosenfeld zum Wort gemeldet, um zu konstatieren, daß die Annahme Rosenfelds durchaus zutreffend ist. Mit voller Ablicht erjuden wir nicht den Reichsjustizminister, sondern speziell den Reichsanwalt, die Begnadigung in die Wege zu leiten, um damit anzudeuten, daß die Erledigung des Antrages nicht innerhalb der Ressortenteilung erfolgen soll. Diese Absicht war dem Hause bekannt. Somit war der Vorschlag angenommen.

Justizminister Schiffer: Dann war der Antrag verfassungswidrig. Müller-Franken tritt dieser Auffassung entgegen, worauf Schiffer seinen Standpunkt noch einmal verteidigt.

Der Nachtrag wird bewilligt und in einer Resolution die Requirierung erjudet, eine Statistik über die Zahl der bei den Sondergerichten anhängig gemachten Prozesse, über die Art ihrer Erledigung und über die Höhe der verhängten Strafen dem Reichstag vorzulegen.

Veränderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte. Der Entwurf dehnt die Versicherungspflicht auf Einkommen bis zu 28 000 Mk. aus und sieht gewaltige Beitragserhöhungen vor.

Abg. Giebel (Soz.): Der Entwurf hat Entsetzen und Entrüstung hervorgerufen. Die Beiträge werden bis zu 25 Prozent des Gehalts erhöht. Die Arbeitgeber denken an Gehaltsabbau. Dabei sind die Gehälter im günstigsten Falle auf das Sechsfache, die Lebenshaltung aber ist auf das Zwölf- bis Fünfzehnfache gestiegen. Bei Gehältern über 15 000 Mk. soll der monatliche Beitrag 100 Mk. betragen. Entsprechend der Geldentwertung müßte die Versicherungspflicht auf Gehälter bis zu 60 000 Mk. erstreckt werden. Wir werden die Erhöhung der Grenze auf 40 000 Mk. beantragen. Die Verwaltungskosten, die über 13 Prozent betragen, sind mit Schuld an den hohen Beiträgen. Ist es überhaupt notwendig, die Angestelltenversicherung als Sonderversicherung bestehen zu lassen? Sie müßte mit der Arbeiterversicherung verschmolzen werden. Redner beantragt, die Vorlage dem Sozialpolitischen Ausschuss zu überweisen.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Dem Reichstage liegt eine Parallelvorlage zur Invalidenversicherung vor. Es handelt sich nicht um ein grundlegendes sozialpolitisches Gesetz, sondern nur um ein Vorgesetz.

Hierauf wird die Sitzung vertagt. — Nächste Sitzung: Freitag 3 Uhr. Tagesordnung: Anfragen, kleinere Vorlagen, Staatsgerichtshof, Reichsnachrichtendienst, Nachtragsetat, Fortsetzung der heutigen Beratung. Schluß 4 1/2 Uhr.

Aus der Umgebung.

Bezirksverband Grimma.

Die Verordnung des Arbeitsministeriums über Brennholz vom 8. Mai 1920 ist am 31. März 1921 außer Kraft getreten. Eine Erneuerung der Brennholzverordnung für das laufende Wirtschaftsjahr erfolgt nicht. Damit fallen auch die Zuteilungen von Brennholz durch die Bezirkskohlenstelle und die Ortskohlenstelle des Bezirks fort. Jeder Verbraucher hat nunmehr wieder die Möglichkeit, sich seinen Bedarf an Brennholz selbst zu verschaffen.

Machern. Ein höchst bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich vergangener Sonnabend auf der Staatsstraße am Eingange unres Ortes. Ein Automobil kam mit großer Schnelligkeit angefahren. Als es vorüber war, wollte der Schulknabe R. über die Landstraße wegläufen, wurde aber von einem zweiten Auto, das dicht hinter dem ersten herkam, zu Boden geworfen und bis an das andere Ende des Dorfes geschleift. Mit mehrfach gebrochenem Schädel stießen die betreffenden Fahrer den Verunglückten liegen und suchten das Weite. Es wäre wirklich am Platze, daß diesem rasenden Fahren einmal Einhalt geboten würde.

Wie uns mitgeteilt wird, ist der Krabbe Dienstag nacht seine schweren Verletzungen im Wurzer Krankenhaus erlegen, ohne die Bestimmung wiedererlangt zu haben.

h. Ennsdorf. Öffentliche Gemeinderatsitzung. Es wird mitgeteilt, daß die Reichsbahn sämtliche Kosten zur Herstellung der Eisenbahnunterführung übernehmen will. Beschlossen wurde, auf das Eigentumsrecht der Jähne auf Grundstück 240 zu verzichten. Dem Antrag auf Pachtverlängerung von 60 auf 100 Jahre für den Weg von der Schule nach der Baugewerkschaft wird zugestimmt. Als Jahresbeitrag für den Verein Säuglingspflege werden 100 Mark bewilligt. Der 8. Nachtrag zur Gemeindeverordnetenversammlung betr. Hundesteuer, ist vom Bezirksausschuss mit kleinen Veränderungen genehmigt. In die Chaussee- und Lange Straße ist die Wasserleitung eingebaut worden, um den Fabrikneubau Nadeqast & Co. mit Wasser zu versorgen. Als voriges Jahr wegen des geplanten Abbaus der Braunkohlenfelder die Baupläne verzögert wurde, ist sofort Protest dagegen eingelegt worden. Es hat nun nach langem Warten eine Konferenz mit den in Frage kommenden Behörden stattgefunden. Nach schwierigen Verhandlungen ist es gelungen, die Grenze weiter östlich zu legen, so daß auf Engelsdorfer Flur noch 55 Hektar fallen. Wäre die alte Grenze geblieben, so wäre bei einem eventuellen Abbau das kleine Wasserwerk gefährdet. Die Ausschreibungen zu den Wohnhausneubauten sollen vorgenommen werden, da die Zufuhrgeschwindigkeit in den nächsten Tagen geregelt wird. Das an der Baunsdorfer Straße gelegene Bauland soll zum Preise von 8 Mk. pro Quadratmeter gekauft werden. Jegliche Besizerin ist die Leipziger Terringelellschaft, infolgedessen muß auch die Gemeinde die Straße übernehmen. Als Vertrauensmänner für den Ausbau der Straße werden Schöffen und Geschworenen werden folgende Herren gewählt: Hoffmann, Tilscher, Wahren, Richter, Bielefeld, Liebert, Wolf, und Dönnhardt, Gewerkschaftsbeamter, Großschäfer. In verschiedenen Erholungsheimen sollen ungefähr 100 Kinder untergebracht werden. Hierauf eine nichtöffentliche Sitzung, in der eine Anzahl Armenlachen erledigt wurden.

Man verlange „ERDBEER-BUTTER“ in allen Lebensmittelgeschäften.

Wie wir schon in unserem letzten Inserat voraussagten, bedingt der ungünstige Stand der Valuta ein Anziehen der Butterpreise. Dieser Fall ist leider nunmehr schon eingetreten und wir sind gezwungen, den Preis unserer



Feinste, garantiert reine Naturbutter. auf Mk. 12.50 für 1/2 Pfd.-Stück zu erhöhen.

Die billigeren Buttersorten unserer Vertriebsstelle kosten heute
1a Michaelisbutter Mk. 12.00 per 1/2 Pfd.-Stück
feinste Holsteiner Tafelbutter ^{Marka Michaelishandel} Mk. 11.50 per 1/2 Pfd.-Stück

Die Ausgabestellen für die Verkaufsniederlagen sind folgende:
Zentrum: Schloßgasse 16 bei Firma Herm. Bertram (gegenüber von Polich)
Osten: Stötteritzer Straße 8b bei Firma Leonhard Dyck.
Süden: Südplatz 2 bei Firma Bruno Engelberg.
Westen: Zschochersche Straße 22 bei Firma Gebr. Kiessel Na Leutzsch, Hauptstraße 84 bei Firma Karl Hübner.
Norden: Außere Hallische Straße 137 bei Firma E. Kretzschmar, Delitzscher Straße 32 bei Firma Martha Müller.

In diesen Ausgabestellen, die die Butter zu denselben Preisen wie wir abgeben, erhalten die Wiederverkäufer eine Abholervergütung von 5 Pf. per Pfund auf Erdbeer-Butter und 3 Pf. per Pfund auf die anderen Buttersorten.

Erdbeer-Butter-Gesellschaft G. m. b. H.

Engros-Vertrieb durch:
Gotthelf Michaelis & Co., Leipzig, Kohlgartenstraße 1/3.
 Fernsprecher: 4519, 18690. Telegramm-Adresse: Michaelishandel.

Hausfrauen!

Jurgens & Prinzens Margariné-Fabrikate obenon Welt deshalb fordert ein- in der Welt zig und allein deren **Spezial-Marken**

Solo-
 Margarine
 als besten Ersatz für
Butter
 und
 Pflanzen-Butter-Margarine
Cocosa

In allen Molkerei-, Butter-, überhaupt Nahrungsmittel-Geschäften und den Verkaufsstellen des Konsumvereins zu haben.
 Fabrik-Lager: **Eduard Brade, Leipzig.** — Kontor: **Montbésstrasse 4.** — Lager **Brandenburger Str. 4.** — Fernspr. **2263.**



Heute Eröffnung

Schuhhaus ZENTRUM

Sporergässchen 14 zwischen Peters- und Burgstrasse

Neueste Formen! Prima Ausführung! :: Billigste Preise! ::

Sie werden staunen über unsre Leistungsfähigkeit!

Auf der Höhe
 der Leistungsfähigkeit
 Stehen unsere
3 imprägnierten wetterfesten Mäntel
 Harz, Gloriosa, Triumph

Harz aus dauerhaftem tafelförmigen Gewebe in marine reinrot, grün, lila, braun... **198,-**
 Gloriosa aus feinstem Roper- oder Ripengewebe in sport, mode, braun, grün, lila, mar, schwarz... **275,-**
 Triumph aus glanzreich, tafelförmig Gewebe, sehr elegant wirkend in all. Farben u. Größen... **325,-**

Oesterreicher

Landtabak
 Kaiser-Mischung
 Sport, Memphis
 Dames, Haupter
 in Friedensqualität
 Ständia am Lager.
Zigarren-Haus A. Liebig
 Kirchstraße 83
 an der Eisenbahnstraße
 Haltestelle 2, 3 und 17.

Billig!
 Frisches Ochsenfleisch
 (kein Gefrierf.) Pfd. 10 u. 11 Mt.
 Kirchbergstr. 74.
Modern
 vis-à-vis Bahnh

Telephonisch
 Können Ankerate nicht
 angenommen werden.
 Griebelion d. Leipz. Wollsgew.

Bill. Lebensmittel

Schmalz, rein weiß Pfd. 9.80
 1a. Schmalz 10.50
 Kunitzspeisefett 8.50
 Corned Beef 7.50
 1a. Räucherpef. 11.00
 Schwarzfleisch 11.50
 Kalbfed. 9.00
 Margarine von 8.50-10.00
 1a. Marg. Sachsenverle 11.50
 Prima Talg 8.00
 Milch, gesud. una. 7-8.25
 1a. Speisefett Pfd. 12.00
 frische Vaneeier Stück 1.55
Tauschel-Zeltzentrale
 Lindenau, Calvisiusstr. 40
 Niederlage.
Billig!
 Pfefferfleisch u. Kalb Pfd. 8.-
 Erb. Kalbf. Reule Niere 11.-
 1a. fr. Landfleisch 10.-
 Blut, Weber, Salsgen 12.-
 Knackwurst Pfd. 14.-
 Gehacktes a. fr. Rind Pfd. 12.00
 Schmeer u. Fett 17.00
 Curt Hait, L., Markt 16.

Leinölmilch, garantiert rein, bei 5 Kilogr. **14.00**
 Fußbodenfarbe, in reinem Firnis . . . Kilogr. **14.50**
 Fußbodenlackfarbe, selbst angerührt. Kilogr. **19.00**
 Weiße Vorstreichfarbe, rein Kilogr. **15.00**
 Weiße Lackfarbe Kilogr. **19.00**
 Emaille, Kreide, Leime und sämtliche
 Malerartikel, preiswert.

Otto Nehrhorn

Lack- und Farbenhandlung, Dleskaustraße

Gegen Haarausfall

Schuppen, dünnen Haarwuchs, ist und bleibt stets das
Heilemanns Haarbalsam

Flasche **9.50** Mark. — Zu haben in dem Friseurgeschäft
Heilemann, Vauerischer Platz, Ecke Nürnberger

Kinderfestzug

Paternen mit Stab u. Licht,
 rot, mit Aufdruck, Trag-
 stäbe u. Rindermitteln,
 Wischtische u. Waschl-
 komplette Feuerwerke
 Luftballons empfohlen

Rich. Lipinski
 Königsstrasse 12.

la Speck bid, frisch
 ger., Pfd. 1
Schwarzfl. bid, fr. ger. 1
 Pfd. 13.- u.
 Karbonadentüid, Pfd. 12
Rindfleisch 2.35 Pfd. Dole
 Wiederverkauf, bid.
 Schweinefleisch, gel.
 Schmalz, frisch
 Tafel-Margarine
F. Hecht, Kreuzstrasse

Licht-UT-Spiele
 Ab heute **Erstaufführung!** Nur für Erwachsene!
 Ab heute **Erstaufführung!**

Ebbe und Flut oder: Durch Liebe geopfert
 Ein Monumental-Sitten-Groß-Film!
 Eine Schicksals-Tragödie in
 wichtigen und höchst span-
 nenden Akten
6 Ein Gesellschafts- u. Sitten-Drama **6**
 das jeden fesselt
 und erschütter!!
 Ferner: Das glänzende Bolprogramm:
Jedem die Seine
 lustige und humorvolle Akte mit
3 Paul Heidemann 3

6 wichtige Akte **6**

Bericht des Landesvorstandes der USP. Sachsens.

Das letzte Geschäftsjahr, das vom 1. April 1920 bis zum 31. März 1921 lief, war in jeder Beziehung ein Sturm- und Drangjahr. In die Berichtszeit fallen eine Reihe wichtiger Vorgänge, die an die Arbeitslust, Opferfreudigkeit und Ueberzeugungstreue der Parteigenossen und Genossen die größten Anforderungen stellten. Die Aufgaben wurden alle gelöst. Trotz aller inneren und äußeren Hemmnisse, die gerade in diesem Jahr sich einstellten, hat sich die USP. Sachsens nicht nur behauptet, sondern sie ist innerlich stärker und aktionsfähiger geworden.

Der kaum beendete Kapp-Putsch brachte der Partei bedeutenden Zuwachs, sie war auf dem besten Wege, die allumfassende Massenpartei des Proletariats zu werden. Die intensive Kleinarbeit der Genossen und Genossinnen zeitigte bei der Reichstagswahl am 6. Juni 1920 ihre Früchte.

Es entfielen Stimmen auf die USP. im 31. Wahlkreis (Ost-Sachsen) 188 306 (gegen 46 976 bei der Wahl zur Nationalversammlung im Januar 1919), 32. Wahlkreis (Nordwestsachsen) 267 520 (238 994), 33. Wahlkreis (Südwestsachsen) 153 550 (56 069), zusammen also 609 376 (342 039). Damit war die USP. in Sachsen die stärkste Arbeiterpartei geworden, denn die Rechtssozialisten brachten es nur auf 581 778 (1 111 763) und die Kommunisten auf 105 222 Stimmen.

Diese vorherrschende Stellung sollte die USP. jedoch nicht lange einnehmen. In ihren eigenen Reihen entstanden ihr Feinde, die von den russischen Bolschewisten stark beeinflusst wurden und bestrebt waren, die Partei unter allen Umständen zum Anschluss an die kommunistische Internationale zu bewegen. Gleich nachdem die nach Moskau entsandene Kommission zurückgekehrt war, begann das Ringen um die Einheit der Partei. Zahlreiche Versammlungen und Konferenzen beschäftigten sich mit der Frage: Anschluss an Moskau und Unterwerfung unter das kommunistische Diktat, oder Bewahrung der Selbständigkeit der Partei nach den Grundzügen des wissenschaftlichen Sozialismus. Mit aller Demagogie und Rücksichtslosigkeit gingen die Anhänger der kommunistischen Bewegung, die, wie sich jetzt deutlich zeigte, bisher die USP. nur als schützendes Dach benutzten, zu Werke.

Die Parteigenossen Sachsens beschäftigten sich auf der ordentlichen Landesversammlung am 20. und 21. September in Leipzig mit den bekannten Anschlussbedingungen. Nach einem Referat des Genossen Hilferding wurde dort mit 44 gegen 28 Stimmen eine Entschließung angenommen, die dem Parteitag empfahl, die 21 Bedingungen abzulehnen. Damit fanden sich aber die Freunde des bedingungslosen Anschlusses nicht ab, sondern begannen im ganzen Lande einen äußerst rührigen, heftigen und rücksichtslosen Kampf zu führen. In unzähligen Versammlungen beschäftigten sich darauf die Genossen und Genossinnen selber mit der Frage: Die Partei wurde einer sehr harten Belastungsprobe unterworfen. Die kommunistische Agitation hat jedoch nicht den erwarteten Erfolg gebracht. Selbstverständlich splittierten nach dem Halleischen Parteitag auch in der sächsischen Organisation Teile ab. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, haben diese Absonderungen nirgends einen größeren Umfang annehmen können. Immerhin kam in einigen Kreisen vorübergehend die Organisationsarbeit ins Stocken. Das war vor allen Dingen im Chemnitzer Bezirk der Fall, teilweise auch im Dresden- und Zittauer Bezirk. Auch der Leipziger Bezirk blieb nicht ganz verschont. Die junge Organisation des 10. Kreises wurde völlig gesprengt. Die Kommunisten ließen dabei auch Marken und Parteigelder mitgehen. Allgemein konnte beobachtet werden, daß die Abspaltung dort am größten war, wo es sich um eine junge Organisation, demagogische um verhältnismäßig wenig gekulte Genossen handelte. Eine Aufstellung über die ausgeschiedenen Mitglieder, die der Kreisverein Groß-Leipzig gemacht hat, liefert hierfür den bildlichen Beweis. Die unerschulerten Genossen glaubten eben, es genüge allein der gute Wille, um den Sozialismus in kurzer Zeit herbeizuführen. Da dies natürlich nicht möglich ist und sie sich in ihren Erwartungen getäuscht haben, ließen sie den „Führern“ nach, die gewissenslos genug waren, die Schuld an dem Ausbleiben besserer Verhältnisse auf die USP. und ihre Führer zu schieben, die angeblich des revolutionären Willens entbehren. Sie scheuten sich dabei nicht, Beschüsse, die sie selber mitgeführt hatten, als konterrevolutionäre Taten zu brandmarken. Wohlweislich verschwiegen aber die Führer der Neukommunisten, daß sie keinen Anstand genommen hatten, sich kurz vorher mit den USP.-Vertretern auf eine Landtagswahlliste setzen zu lassen.

So schmerzhaft natürlich auch jeder Rückgang in der Mitgliederzahl ist, das Ausschleiden der Neukommunisten hat kaum eine Lücke hinterlassen. Was durch die Spaltung davonfiel, war in der Hauptsache die Spreu, waren die Elemente, die nur wenig sozialistische Schulung aufwiesen und die gerade deshalb leicht sogenannten „radikalen“ Agitatoren ins Garn liefen. Es wurde überall als Enttäuschung angesehen, daß namentlich die sachliche erste Arbeit in den Organisationen an Stelle unfruchtbarer Phrasendreschereien treten konnte. Ueber die Mitgliederbewegung berichten wir an anderer Stelle ausführlich.

Einer großen Belastungsprobe wurde die Partei ausgesetzt durch die kurz nach der Spaltung stattgefundenen Wahlen zum sächsischen Landtag. Die Zeit von der Parteispaltung bis zum Wahltermin war zu kurz, als daß es gelingen konnte, den Parteiapparat wieder reibungslos laufen zu machen. Die Wahlarbeit konnte daher nicht überall zufriedenstellend geleistet werden. Dazu kam das Anwachsen der Interessenslosigkeit als Folge der heftigen Bruderkämpfe in den Reihen des Proletariats. Während es dem Bürgerturn gelang, seinen Anhang fast restlos an die Wahlen zu bringen, vernachlässigten große Teile des Proletariats ihre Wahlpflicht vollständig. Für uns kam noch erschwerend hinzu, daß die Neukommunisten den Namen unserer Partei zunächst beschleierten, um im trüben fischen zu können. Sie stellten als Spitzenkandidaten einen Mann auf, dessen Name beim Proletariat großen Kredit genoss. Dieser Trick hat ebenfalls Verwirrung angerichtet und uns Stimmen gekostet. Wir sind keine blinden Anbeter der Stimmzetteldemokratie und wissen genau, daß im Befreiungskampf des Proletariats das Parlament nur ein Mittel ist, dessen es sich bedienen muß, und deshalb läßt uns auch eine Wahlüberlage nicht verzweifeln. Als Gradmesser des Reifezustandes des Proletariats aber erkennen auch wir die Bedeutung der Wahlen an und insofern können wir wegen des Wahlausfalles vom 14. November 1920 auch keine Jubelhymnen anstimmen.

Auf die USP. entfielen bei der Landtagswahl folgende Stimmen: 1. Kreis (Ostachsen) 66 459 (gegen 188 306 zur Reichstagswahl im Juni 1920 und 58 938 zur Volkstammwahl im Februar 1919), 2. Kreis (Nordwestsachsen) 149 025 (267 520 bzw. 213 515), 3. Kreis (Südwestsachsen) 65 805 (153 550 bzw. 77 616). Was sind zusammen 281 379 Stimmen. Bei der Reichstagswahl im Juni 1920 brachte die USP. Sachsens 609 376 Stimmen auf, bei der Volkstammwahl im Februar 1919 dagegen 350 089 Stimmen. Die Zahl der Mandate, die die USP. erreichen konnte, sank von 15 auf 13. Den Verlust, den die USP. gegenüber der Reichstagswahl buchen mußte, vermochten die anderen beiden Arbeiterparteien nicht als Gewinn aufzuweisen. Die Niederlage der USP. war eine Niederlage des gesamten Proletariats. Diese Niederlage hat jedoch die Parteigenossen nicht mutlos gemacht. Im Gegenteil. Die Wahlüberlage war ein Ansporn zu neuer intensiver Parteiloyalität.

Nach Abschluß der Landtagswahl wachte die Frage der Regierungsbildung in Sachsen wieder auf. Bereits nach dem Kapp-

Putsch nahmen die Parteigenossen Sachsens in einer außerordentlichen Landesversammlung am 23. April 1920 hierzu Stellung, nachdem der damalige Ministerpräsident, Dr. Gradnauer, sein Amt niedergelegt hatte. Mit 56 gegen 3 Stimmen wurde beschlossen, vor Abschluß der Reichstagswahlen und gleichzeitig vorzunehmender Landtagswahlen nicht in die sächsische Regierung einzutreten. Die Rechtssozialisten lehnten es ab, die Landtagswahlen gleichzeitig mit den Reichstagswahlen stattfinden zu lassen. Damit war für uns auch die Frage einer Beteiligung an der Regierung zunächst erledigt. Nach der Landtagswahl am 14. November 1920 jedoch wurde diese Frage erneut akut. Eine Sitzung des erweiterten Landesvorstandes vom 21. November 1920 faßte folgende Entschließung:

„Der Ausfall der sächsischen Landtagswahlen vom 14. November 1920 zwingt die USP., zur Frage der Regierungsbildung und zur künftigen Regierungspolitik in Sachsen Stellung zu nehmen.“

Im Landtag stehen jetzt 40 Vertreter der sozialistischen Parteien 47 Vertreter der bürgerlichen Parteien gegenüber. Bisher war das Verhältnis 57 zu 39. Die Reaktion ist also stark angewachsen, der Einfluß des Sozialismus geschwächt.

Dieses Wahlergebnis ist die Folge der Wahlenthaltung von 360 000 Arbeiterwählern, die durch die schwere Wirtschaftskrise und die inneren Differenzen im sozialistischen Lager verwirrt und entmutigt sind.

Durch die Wahlen ist eine politische Situation entstanden, in welcher die Gefahr der Konterrevolution, die das Bürgerturn mit der Orgeß planmäßig vorbereitet, in greifbare Nähe rückt.

Diese Gefahr kann nur gebannt werden durch die geschlossene Front aller Hand- und Kopfarbeiter in Sachsen und die Beherrschung des Staatsapparates durch ihre Vertreter.

Deshalb hält es die USPD. Sachsens für ihre Pflicht, in dieser außerordentlichen Situation 1. an der Bildung einer Regierung aus allen sozialistischen Parteien teilzunehmen, 2. auch dann die Regierung mit zu übernehmen, wenn eine der sozialistischen Parteien eine Beteiligung ablehnen sollte.

Gegenüber der drohenden Konterrevolution kann nur eine rein sozialistische Regierung in Sachsen das nötige Gegengewicht bilden. Deshalb muß jeder revolutionäre Sozialist sie erstreben.

Es gilt aber zu verhindern, daß die Illusion entsteht, als könnte heute, nach der Annahme der Weimarer Reichsverfassung, noch eine sozialistische Regierung in einem Einzelstaat wie Sachsen die Staatsgewalt benutzen zur unmittelbaren Schaffung der Räte-republik und der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschafts-ordnung — wenn nicht gleichzeitig dasselbe im übrigen Deutschland geschieht.

Die Weimarer Reichsverfassung nimmt den Einzelstaaten einen großen Teil ihrer bisherigen Selbständigkeit und behält dem Reiche und der Reichsregierung die Regelung der wichtigsten Materien vor, wie die des Heerwesens, des Finanz- und Steuerwesens, des Ernährungswesens, des Verkehrs, der Sozialversicherung, des Wohnungsbaues, des Arbeiterrechts, der Erwerbslosenfürsorge, des Aufbaues des Schulwesens, der Trennung der Kirche vom Staat und von der Schule.

In allen diesen Fragen kann Sachsen nicht mehr selbständig vorgehen, es kommt dabei nur als Teil der Reichsverwaltung in Betracht und muß sich im Rahmen der Reichsverfassung halten, wenn es nicht die Reichsregierung gegen sich herausbeschwören will.

Trotz dieser Begrenzung ihrer Tätigkeit ist die Zusammenziehung und die Politik der Regierung für die Arbeiterklasse Sachsens nicht gleichgültig. Die Ausführung der Reichsgesetze, die Geschehnisse im Rahmen der sächsischen Verfassung und die Verwaltung des Landes sind vielmehr gerade jetzt, wo die Konterrevolution so mächtig erstarkt ist und mit der Beherrschung des Staatsapparates eine einschneidende Waffe in die Hand bekommt, in den Händen der Arbeiterklasse von größter Bedeutung.

Die USPD. erhebt deshalb die Forderung der rein sozialistischen Regierung und stellt für deren Tätigkeit in der nächsten Zeit folgendes

Minimalprogramm

a) Entschlossene Einwirkung auf die Reichsregierung in der Richtung der Vergeßenschaft der Produktionsmittel und des Warenverkehrs, insbesondere der Vergeßenschaft der Bodenschätze, der Energieerzeugung und der Wasserkraft.

b) In Sachsen sind die staatlichen Domänen, Forsten, Kohlenabbau, Elektrizitätserzeugung gemeinwirtschaftlich umzustellen, die Domänen zu landwirtschaftlichen Musterbetrieben auszubauen und die Arbeiter zur Mitwirkung an der Regelung der Produktion und Verwaltung heranzuziehen.

c) Staatliche Fürsorge für die Ernährung der arbeitenden Bevölkerung durch ausreichende Lebensmittelzufuhr.

d) Der Wohnungsbau ist nach gemeinwirtschaftlichen und gemeinnützigen Grundsätzen zu fördern; Staatsbehörden sind nur in diesem Sinne zu leisten. Die Staatsforsten sind in den Dienst des Wohnungsbaues zu stellen.

e) Nach Schaffung der Mantelgesetze durch das Reich ist die Trennung der Kirche vom Staat und der Aufbau der Schule so herbeizuführen, daß jedem befähigten Schüler der Aufstieg bis zur höchsten, für seine Berufsstellung erforderlichen Bildungshöhe möglich ist.

f) Beschleunigte Durchführung der Gemeindereform auf der Grundlage freier Selbstverwaltung.

g) Schaffung von Einrichtungen zum Schutze gegen konterrevolutionäre Angriffe.

h) Erlaß eines Amnestiegesetzes für politische Verurteilte, Freilassung der politischen Gefangenen.

i) Um dieses Minimalprogramm durchzuführen und in der Regierung der Konterrevolution wirksam entgegenzuarbeiten zu können, stellt die USPD. die Bedingung, daß sie den entsprechenden Einfluß in der Regierung erhält.

Unter diesen Voraussetzungen ist die USP. Sachsens bereit, zur Wiederherstellung der Gegenrevolution die Verantwortung in der Regierung und für die Regierungspolitik mit zu übernehmen.“

Auf die Einladung der Rechtssozialisten fanden am 2. Dezember in Dresden zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien Besprechungen statt über die politische Situation und die Regierungsbildung in Sachsen. Die von der USP. vorgelegten Richtlinien wurden nach längerer Aussprache als geeignete Grundlage für die Bildung einer rein sozialistischen Regierung anerkannt. Die endgültige Entscheidung der Parteien sollte späteren Verhandlungen vorbehalten bleiben.

An die Landesinstanzen der Kommunisten sind die Fragen gerichtet worden:

- a) ob sie geneigt seien, sich an der Bildung einer rein sozialistischen Regierung zu beteiligen;
b) ob sie für den Fall der Ablehnung dieser Frage bereit seien, für den von den beiden sozialdemokratischen Fraktionen vorgeschlagenen Ministerpräsidenten zu stimmen, um die Wahl eines bürgerlichen Ministerpräsidenten zu verhindern.

Die Kommunisten antworteten auf die gestellten Fragen durch folgenden Brief:

An die Sozialdemokratische Partei Sachsens
A. S. des Herrn Karl Müller.

Chemnitz, Dresden, Straße 38.
Einem von dem sozialdemokratischen Bezirkssekretariat für Ostachsen, Dresden-N., Wittenerplatz 10. ausgefertigten Ansuchen der Sozialdemokratischen Partei Sachsens, betreffs Beantwortung zweier an uns gerichteter Fragen nachkommend, lassen wir Ihnen folgenden Bescheid zugehen:

Frage 1: Ist die kommunistische Partei Sachsens bereit, in eine rein sozialistische Regierung einzutreten?

Antwort: Nein.

Frage 2: Für den Fall der Ablehnung des Eintritts in die Regierung, ist die kommunistische Partei bereit, für den von den beiden sozialdemokratischen Fraktionen vorgeschlagenen Ministerpräsidenten zu stimmen, um zu vermeiden, daß ein bürgerlicher Ministerpräsident gewählt wird?

Antwort: Ja, unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß die Frage 2 sich ebenfalls auf eine rein sozialistische Regierung bezieht.

Nur um jedes Mißverständnis von vornherein auszuschließen, sei nochmals betont, daß die Antwort auf Frage 2 uns zu keiner Handlung verpflichtet, die außerhalb wirklich revolutionärer sozialistischer Politik liegt.

Unsere Stellungnahme für unser zukünftiges Verhalten ist Ihnen aus den Ausführungen Brandlers bekannt. Hoffend, daß obensiehende Antwort Ihnen volle Klarheit gibt, zeichnet sich für die kommunistische Partei

J. K.: Max Bittermann.

Am 6. Dezember fand in Dresden eine außerordentliche Landesversammlung der USP. statt. Sie hatte sich mit den oben abgedruckten Mindestforderungen und den übrigen, mit der Regierungsbildung im Zusammenhang stehenden Fragen zu beschäftigen. Die Genossen billigten die Richtlinien.

Die Verhandlungen, die am 5. Dezember noch zwischen den Vertretern der Rechtssozialisten und der Unabhängigen Sozialdemokratie Sachsens über die Regierungsbildung stattfanden, zeigten ein Abkommen, wonach den Rechtssozialisten vier Ministerposten, darunter die Ministerpräsidentenschaft, zugeteilt wurden, und der Unabhängigen Sozialdemokratie drei. Die Rechtssozialisten beziehen neben dem Präsidentenposten das Finanz-, Justiz- und Wirtschaftsministerium. Die Unabhängigen Sozialdemokratie stellte die Vertreter für das Ministerium des Innern, das Kultusministerium und das Arbeitsministerium.

Die Landesversammlung der USP. Sachsens hat darauf den Genossen Lipinski für das Ministerium des Innern, den Genossen Fischer für das Kultusministerium und den Genossen Jädel (Reichstagsabgeordneter für Chemnitz-Blauen und Vorsitzender des Textilarbeiterverbandes) präferiert.

Die Rechtssozialisten präsentierten als Ministerpräsidenten den bisherigen Inhaber des Postens, Bud, ferner als Justizminister Dr. Harnisch, als Wirtschaftsminister Schwarz und als Finanzminister Held. Auf dieser Grundlage kam dann die sächsische Regierung endgültig zustande.

Landesvorstand und erweitertes Landesvorstand hatten mehrmals Gelegenheit genommen, sich über die politische Situation und damit über den Weiterbestand der sozialistischen Regierung auszusprechen. In voller Einmütigkeit kamen sie zu dem Schluss, daß für die USP. bisher keine Ursache vorlag, freiwillig aus der Regierung auszutreten und das Feld widerstandslos dem Bürgerturn zu überlassen. Der Landesvorstand vertrat vielmehr den Standpunkt, daß alles daran gesetzt werden muß, unsern Einfluß auf die Staatsregierung weiter auszuweiten und soweit dies im engen Rahmen der Landespolitik nur irgend möglich ist, die Gesetzgebung im Interesse des Proletariats zu beeinflussen. Wenn hier und da von den Genossinnen und Genossen mehr von unsern Ministerposten erwartet worden ist, so muß darauf hingewiesen werden, daß auch unabhängige Staatsminister an die Reichsgesetze und Landesgesetze gebunden sind, solange diese bestehen und infolge der politischen Machtverhältnisse nicht in unserm Sinne umgeändert werden können, und daß in der Bureaokratie große Widerstände zu überwinden sind.

Am Ende des Berichtsjahres setzte dann der Kommunismus in Mitteldeutschland ein, der seine Welen auch nach Sachsen warf. Der erweiterte Landesvorstand nahm auch hierzu Stellung und vertrat einmütig die Auffassung, daß im Interesse der Arbeiterklasse dem Bolschewismus energisch entgegengetreten werden muß. Die Entwicklung der Dinge hat dieser Auffassung sehr schnell recht gegeben. Die KPD. ist zu einer anarchisierenden Sekte herabgefallen, ihre Taktik führt die Arbeiterklasse nur von Niederlage zu Niederlage. Deshalb kehren auch viele Genossen wieder zur USP. zurück, sie sehen ein, daß sie sich irreführen ließen.

Seit Beginn des Jahres 1921 begannen sich unsere Reihen wieder zu füllen, bald wird die Scharte, die uns die Parteispaltung gebracht hat, ausgeweitet sein. Die Ergebnisse von einer Reihe Gemeinderatswahlen, die in den letzten Monaten stattfanden, bekräftigen uns in der Hoffnung, daß die USP. Sachsens bald wieder an der Spitze der proletarischen Parteien marschieren wird. Trotz alledem!

Die Agitation unter den Frauen.

Die Zahl der in der USP. Sachsens organisierten Frauen befriedigt nicht. In vergangenen Jahr litt die notwendige Agitation unter den allgemeinen Parteiwirren. Es wäre eine viel verdienstlichere Tat gewesen, die für den Kampf um Moskau verschwendete Kraft in den Dienst der Frauenaufklärung zu stellen. Hier muß in Zukunft bedeutend mehr getan werden. In einigen größeren Orten werden besondere Frauendiskussionsabende mit bestem Erfolg veranstaltet. Diese müssen ausgebaut und auf alle größeren Orte übertragen werden. In Orten, wo die geringe Zahl weiblicher Mitglieder besondere Diskussionsabende verbietet, müssen gemeinsame Diskussionsabende mit den Männern ins Leben gerufen werden.

Die Kämpferin, das Frauenorgan der Partei, wird überall unter den Genossinnen verbreitet. Es ist aber notwendig, daß weit mehr für die Agitation des Blattes geschieht. Die Genossinnen und Genossen dürfen nicht glauben, daß die von den Parteikomitees herausgegebenen besonderen Frauenbeilagen die Kämpferin überflüssig machen. Die Kämpferin dient der Weiterbildung der Genossinnen und soll ein Bindemittel der Genossinnen des ganzen Reichs sein.

Die kommenden Gemeinderatswahlen bieten Anlaß genug, der Frauenaufklärung besondere Sorgfalt zu widmen. In der Wohlfahrtspflege dominieren auch jetzt noch die Vertreter der Kirche. In den zahlreichen Hefereihen hat sich die Kirche einen Apparat geschaffen, der in aller Stille, aber unermüdlich besonders in den Reihen der Frauen wirkt und den Kampf um den Sozialismus erschwert. Es muß angegriffen werden, unsere Genossinnen in ausreichender Zahl als Helferinnen der Wohlfahrtspflege zu gewinnen. Sie eignen sich dazu viel besser, als die hochstehenden Damen, die die Not des Lebens doch nur aus der Theorie kennen.

Auf die Frauen kommt es bei dem Kampf um den Sozialismus nicht in letzter Linie an. Deshalb müssen wir der Frauenaufklärung und Organisierung mehr als bisher Beachtung schenken.

Unsre Arbeit in den Gemeindeparsamenten.

Die Revolution brachte auch für die Stadt der Gemeindeparsamenten das freie Wahlrecht. Damit ist es der Arbeiterklasse endlich möglich geworden, sich einen ihrer Bedeutung etwas mehr entsprechenden Einfluß auf die Gemeindepolitik zu sichern. Trotzdem ist es auch dort, wo eine sozialistische Mehrheit im Gemeindeparsament vorhanden ist nicht möglich, in allen Fällen wirklich sozialistische Kommunalpolitik zu treiben. Die Politik und Steuererschließung des Reichs, wo das Bürgerturn den Ausschlag gibt verhindert dies ferner aber nicht die noch aus der Vorkriegszeit stammende Gemeindeparsament- und Verwaltung einer sozialistischen Kommunalpolitik hindern im Wege. Die Macht der Stadträte vermag jede sozialistische Lösung einer Aufgabe zu verhindern

oder doch wenigstens zu erschweren. Es würde zu weit führen dies hier näher zu erläutern. Die Tatsache selber aber zwingt dazu, daß die Reform der Gemeindeverwaltung und -Verwaltung baldigst verwirklicht wird.

Der Landesvorstand berief für den 29. März eine Konferenz der U.S.P.-Gemeindevertreter Sachsens nach Dresden, um Klarheit über unsere Forderungen zur Gemeindeverwaltung zu schaffen. Die aufgesuchte Konferenz legte eine Kommission ein, die beauftragt wurde, Richtlinien auszuarbeiten. Das ist geschehen. Die Richtlinien sind inzwischen veröffentlicht worden, die Landesversammlung wird endgültig darüber beschließen.

Der Eintritt vieler Genossinnen und Genossen in die Gemeindeparlamente, die sich bis dahin nur wenig mit kommunalpolitischen Fragen beschäftigten konnten, rief das Bedürfnis nach Aussprache, Aufklärung und Beratung wach. Der Landesvorstand hatte die Absicht, eine kommunale Beratungsstelle zu schaffen. Diese Absicht konnte aber aus finanziellen Gründen bislang nicht verwirklicht werden. Deshalb hat der Bezirksvorstand Leipzig einwöchentlich eine behelfsmäßige Beratungs- und Auskunftsstelle geschaffen. Ferner gibt er seit Anfang März 1921 ein nach Bedarf erscheinendes Mitteilungsblatt für Gemeindevertreter heraus. Dieses hat sich sehr schnell einen verhältnismäßig großen Kreis von Lesern aus ganz Sachsen erworben (rund 800) ein Beweis, daß die Herausgabe des Mitteilungsblattes einem dringenden Bedürfnis entsprach. Das Blatt, das kein Konkurrenzorgan der sozialistischen Gemeindeverwaltung ist und darf, sondern nur eine notwendige Ergänzung, soll weiter ausgebaut werden zu einem Informations- und Mitteilungsblatt. Jeder Gemeindevertreter muß daneben die sozialistische Gemeinde abonnieren, um sich in kommunalpolitischer Beziehung weiter zu bilden.

Die Zahl der in Sachsen vorhandenen Gemeindevertreter, Stadtorbneten usw., soweit sie unserer Partei angehören, läßt sich nicht einwandfrei feststellen. Die Zahl 2000 wird wahrscheinlich wesentlich überschritten werden.

• Stand der Parteipresse.

Die sächsische Parteipresse weist einen befriedigenden Stand auf. Das gilt sowohl in bezug auf die Zahl ihrer Abonnenten, als auch in bezug auf die finanzielle Grundlage der Parteipresse. Durch die Parteipaltung war natürlich auch die Zahl der Bezirke zurückgegangen. Der Rückgang habe aber nirgends das Maß des Niederganges der Mitgliederzahlen überschritten. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß zu der Parteipaltung noch die scharfe Wirtschaftskrise mit ihrer ungeheuren Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit getreten ist, darf dieses Ergebnis mit Recht als befriedigend angesehen werden.

Die Leipziger Volkszeitung verfügt über einen Abonnentenstand, der weit über dem der Vorkriegszeit liegt. Die Volkszeitung für das Müdenetal, ein Kopfbblatt der Leipziger Volkszeitung, hat den Vorkriegsstand fast verdoppelt. Hier ist auch nach der Parteipaltung nicht nur kein Rückgang, sondern ein Fortschritt eingetreten. Eine im Frühjahr d. J. veranstaltete allgemeine Zeitungsagitation hat der Volkszeitung für das Müdenetal fast 1500 neue Abonnenten gebracht, ein Beweis, daß bei intensiver Agitation auch Erfolge zu erzielen sind. Das andere Kopfbblatt der Leipziger Volkszeitung, die Chemnitzer Volkszeitung, litt unter dem Umstand, daß der Lokalredakteur, Genosse Bruchardt, als Reichstagsabgeordneter viel außerhalb seines Wirkungskreises war. Hier sind Abmachungen getroffen worden, die die Garantie gewähren, daß in Zukunft bessere Verhältnisse eintreten. Der Abonnentenstand ist bei der Größe des Verbreitungsgebietes nicht ganz befriedigend. Die Schwierigkeiten des Transports üben ihre hemmenden Wirkungen aus. Die dortigen Genossen sind eifrig bestrebt, eine Verbesserung zu lassen. Berücksichtigt muß werden, daß in der Chemnitzer Volksstimme eine sozialdemokratische Presse vorhanden ist, die sich immer äußerst radikal geriert und über einen alten Stamm Leser verfügt, und daß daneben noch der kommunistische Kämpfer existiert, der ebenfalls in eigener Druckerei in Chemnitz hergestellt wird und dem die materiellen Hilfsmittel seiner russischen Parteifreunde zur Verfügung stehen. Trotzdem geht es auch mit unserm Chemnitzer Blatt vorwärts. Die finanzielle Grundlage unseres Leipziger Druckereiuunternehmens ist vorzüglich und kann allen Stürmen trotzen.

Die Volkszeitung für Südwestsachsen wird in eigener Druckerei in Plauen hergestellt. Die Druckerei ist ein Tochterunternehmen der Leipziger Buchdruckerei A.-G. Trotz seiner Jugend steht das Unternehmen in jeder Beziehung gefestigt da. Die Zahl der Leser hat durch die Parteipaltung kaum eine vorübergehende Minderung erfahren. Das ist um so höher anzuschlagen, als Plauen den höchsten Prozentsatz von Arbeitslosen von ganz Deutschland aufzuweisen hat. Fast ein Drittel der gesamten Bevölkerung Plauens hat seit zwei Jahren dauernd unter den Folgen der Arbeitslosigkeit zu leiden.

Die Unabhängige Volkszeitung in Dresden wurde durch die Parteipaltung etwas mehr mitgenommen. Ein Teil der Mitglieder trat aus der Genossenschaft aus und kündigte die Geschäftsanteile. Das war aber ein Schlag ins Wasser. Unserm Dresdner Genossen ist es gelungen, aller Schwierigkeiten Herr zu werden. Die Leserschaft ist nur wenig zurückgegangen. Eine energische Agitation hat die verwüstete und verfallene Arbeit der Kommunisten beiseite weggemacht. Das Dresdner Druckereiuunternehmen ist eine Nachkriegsgründung. Dem Eifer und der geschäftlichen Tüchtigkeit der Dresdner Genossen stellt es das beste Zeugnis aus, daß das Unternehmen in kurzer Zeit so gefestigt dasteht, daß es den schweren Sturm der Parteipaltung ohne nachteilige Folgen überstehen konnte. Die Volkszeitung für Pirna und Umgebung wird als Kopfbblatt in der Dresdner Druckerei hergestellt. Sie bewegt sich in aufsteigender Linie.

Auch im Zittauer Bezirk haben wir ein eigenes Blatt, die Wahrheit, und eine eigene kleine Druckerei, die anfangs Bauer und Co., seit einigen Wochen Druckerei und Verlag Wahrheit G. m. b. H. firmiert. Alle Versuche, in Zittau oder in einer andern Stadt des Zittauer Bezirks eine moderne Druckerei zu kaufen, um eine Tageszeitung herauszugeben zu können, scheiterten. In die Neugründung einer modernen Druckerei konnte der ungeheuren Kosten halber nicht gedacht werden. Deshalb wurde eine kleine Druckerei angekauft und mit Hilfe der Leipziger Buchdruckerei A.-G. ausgestattet. Ursprünglich war nur an die Herausgabe eines wöchentlichen Mitteilungsblattes gedacht. Bald stellte sich aber das Bedürfnis nach einem öfter erscheinenden Blatt ein. Seit 1. Oktober 1920 erscheint die Wahrheit dreimal in der Woche. Sie erfreut sich allgemeiner Beliebtheit. Die Zahl der Leser ist anerkennenswert, bei intensiver Agitation kann sie noch wesentlich gesteigert werden. Bei einer Werbung im Frühjahr 1921 sind allein 500 neue Leser gewonnen worden. Es liegt an den oberläufigen Genossen, neue Beweise ihres Interesses für ihr Blatt zu liefern und die Voraussetzungen für eine weitere Ausgestaltung desselben zu schaffen. Die Druckereistruktur ist, wie eingangs erwähnt, seit einigen Wochen in eine G. m. b. H. umgewandelt worden, bei der die Leipziger Buchdruckerei A.-G. und die Parteigenossen des Zittauer Bezirks durch einen Treuhänder Gesellschafter sind. Gewinn kann und soll das Unternehmen jetzt natürlich nicht abwerfen. Den Kinderkrankheiten, die keinem derartigen Unternehmen erspart bleiben, entging auch das Zittauer Unternehmen nicht.

Bei der Parteipaltung waren die Parteibücher stark umspritzt, jede der Richtungen machte Ansprüche auf sie geltend. Im Parteistreit haben die Redaktionen der sächsischen Parteibücher keinen Augenblick geschwankt. Von Anfang an haben sie sich für die Einheit der Partei auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus eingesetzt. Nicht zuletzt der Haltung der Parteipresse ist es zu danken, daß die sächsische Organisation der U.S.P. stark und kräftig erhalten blieb.

Am Ende des Berichtsjahres hatten die Parteizeitungen einen neuen Ansturm abzuwehren. Was die Kommunisten mit legalen Mitteln nicht erreichen konnten, sollte mit Gewalt erzwungen werden. In Leipzig bestand bei den Kommunisten die Absicht, die Druckerei zu besetzen und die Herausgabe eines kommunistischen Blattes zu erzwingen. Hinterher streiten dies die Kommunisten ab. Das ändert an der Tatsache selber aber nichts. Die Ablehnung erinnert an die Fabel vom Fuchs, dem die Trauben zu hoch hingen und der nun behauptet, sie seien ihm zu sauer. Die Leipziger Parteigenossen haben in den Tagen der Aufregung ihr Eigentum treulich beschützt. Daß dies notwendig war, beweist der Vorgang in Dresden, wo ein Anschlag auf unsere Druckerei verübt wurde, wobei die technische Einrichtung bedeutenden Schaden erlitt. Es ist dies wahrhaftig das traurigste Kapitel! Die Unternehmungen, die von den Arbeitern geschaffen wurden, um als Waffe im Befreiungskampf des Proletariats dienen zu können, müssen gegen die eigenen irreführenden Klassenengenossen verteidigt werden! Biletsch hatte aber gerade dieser Umstand ein

Gutes im Geolge. Mit erschreckender Deutlichkeit zeigte er, bis zu welcher Sinnwidrigkeit die kommunistische Verblendung gediehen war. Diese Vorgänge haben manchem die Augen geöffnet, der mit den Kommunisten sympathisierte!

Die Presse ist die vornehmste und schneidigste Waffe im Befreiungskampf des Proletariats, der Sieg des Proletariats ist untrennbar mit ihrem Ausblühen verbunden. Deshalb werden die Genossinnen und Genossen auch im neuen Geschäftsjahr alles daran setzen müssen, ein immer größeres Heer von Lesern zu sammeln, dadurch unsern Einfluß zu erweitern und neue Anhänger unserer Ideen zu gewinnen.

Die Mitgliederbewegung.

Das abgelaufene Geschäftsjahr brachte der Partei in bezug auf die Mitgliederzahl einen Ausstieg, einen Niedergang und wieder einen Aufstieg. Der eben beendete Rapp-Putsch hatte weiten Kreisen der Arbeiter- und Angestelltenchaft die Augen darüber geöffnet, daß der Kostekurs der Rechtssozialisten praktisch nur auf eine Stärkung der bürgerlichen Parteien und der militaristischen Reaktion hinauslief. Die Folge war ein Abströmen aus dem rechtssozialistischen Lager und ein Anwachsen unserer Partei. Alle Glieder unserer sächsischen Organisation nahmen an Stärke zu. Diese Bewegung wurde unterstützt durch eine vergleichsweise gute wirtschaftliche Konjunktur.

Im Sommer setzte in Deutschland gleich wie in den übrigen Industrieländern der Welt in verstärktem Maße die Wirtschaftskrise ein. Sachsen als dichtbevölkertes Industriestaat mußte darunter natürlich mehr leiden, als andre Gebiete Deutschlands, die wirtschaftlich anders gegliedert sind. Die wirtschaftliche Depression machte sich in der Parteioorganisation bemerkbar durch ein Nachlassen des Zustroms neuer Mitglieder; teilweise mußte sogar von einem Abströmen berichtet werden. Das ist eine Erscheinung, die bisher stets bei wirtschaftlichen Depressionszuständen festgestellt werden konnte und hat nichts Beunruhigendes an sich. Die Gewerkschaften müssen diese Erfahrung ebenfalls machen.

Im Herbst begann dann das Ringen um die Einheit der Partei, das auf dem halleischen Parteitag seinen Höhepunkt und Abschluß erreichte. Durch diese Krisis hat natürlich auch die sächsische Parteioorganisation gelitten. Kleine Teile splittierten von ihr ab. Der geringere Teil der Abgesplitterten ging ins kommunistische Lager über, der größere Teil aber ging der sozialistischen Bewegung zunächst überhaupt verloren. Das Heer der Indifferenten schwoll n. Vorübergehend hatte unter den damaligen Parteimitgliedern auch die Anziehungskraft unserer Partei gelitten. Durch die fortwährenden Bruderkämpfe angeekelt, lehnten viele Arbeiter der Politik überhaupt den Rücken. Doch das hat sich bald wieder geändert. Heute kann gesagt werden, daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Sachsens durch die Parteipaltung nicht wesentlich geschwächt worden ist, daß sie aber durch das Ausweichen der unklaren, sozialistisch wenig geschulten Elemente an innerer Stärke und Schlagkraft bedeutend gewonnen hat.

Mitgliederbewegung, Gemeindevertreter.

Bezirk und Kreis	Mitgliederbestand am 1. 4. 1920				Mitgliederbestand am 1. 4. 1921				Zunahme	Abnahme	Im Kreise sind vorhanden			
	Druckgruppen	männlich	weiblich	Zusammen	Druckgruppen	männlich	weiblich	Zusammen			Gen.-mitgl.-vertreter	Gen.-mitgl.-abst. d. Kreise	Stadtv.-vertreter	Stadtv.-abst.
Bezirk Zittau 1. Kreis	10	892	54	946	49	2 088	165	2 253	1 307	—	46	2	8	2
2. "	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3. "	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bezirk Dresden 4. "	54	7 136	772	7 908	53	5 606	775	6 381	—	1 527	83	—	16	22
5. "	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6. "	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7. "	19	2 579	350	2 929	24	2 002	265	2 267	—	662	44	3	8	9
8. "	53	3 115	299	3 414	64	3 328	280	3 608	224	—	248	18	37	9
9. "	16	938	72	1 010	15	888	95	983	—	—	49	12	—	8
Bezirk Leipzig 10. "	14	1 334	142	1 476	11	635	68	703	—	—	773	3	—	8
11. "	26	3 134	895	4 029	50	4 777	937	5 714	1 685	—	231	5	73	13
12. "	67	45 775	11 487	56 262	59	33 857	9 100	42 957	—	13 305	326	60	55	17
13. "	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
14. "	28	3 198	349	3 547	49	3 533	307	3 840	293	—	161	20	60	22
Bezirk Chemnitz 15. "	11	1 053	81	1 134	5	321	7	328	—	—	806	10	—	—
16. "	4	400	34	434	12	333	20	353	—	—	81	2	—	—
17. "	7	375	75	450	10	600	92	692	242	—	—	—	5	2
18. "	7	404	19	423	9	348	19	367	—	—	66	2	—	7
19. "	5	400	19	419	10	585	38	623	204	—	10	2	—	1
20. "	11	841	6	847	1	25	—	25	—	—	—	—	—	—
21. "	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bezirk Plauen 22. "	20	1 660	240	1 900	41	2 695	338	3 033	266	—	57	4	10	1
23. "	—	2 056	359	2 415	25	1 833	316	2 149	—	—	266	49	2	27
24. "	—	—	—	—	18	2 438	483	2 921	2 921	—	68	1	34	6
Zusammen	352	75 290	5 223	80 513	505	65 873	13 305	79 178	7 162	17 535	1 352	117	356	112

Mitgliederbewegung, Gemeindevertreter.

Bezirk und Kreis	Mitgliederbestand am 1. 4. 1920				Mitgliederbestand am 1. 4. 1921				Zunahme	Abnahme	Im Kreise sind vorhanden			
	Druckgruppen	männlich	weiblich	Zusammen	Druckgruppen	männlich	weiblich	Zusammen			Gen.-mitgl.-vertreter	Gen.-mitgl.-abst. d. Kreise	Stadtv.-vertreter	Stadtv.-abst.
Bezirk Zittau 1., 2., 3. Kreis	10	892	54	946	49	2 088	165	2 253	1 307	—	46	2	8	2
Bezirk Dresden 4., 5., 6., 7., 8., 9. Kreis	142	13 768	1 463	15 231	156	11 802	1 415	13 217	224	2 238	387	21	69	41
Bezirk Leipzig 10., 11., 12., 13., 14. Kreis	135	53 441	12 873	66 314	169	42 802	10 412	53 214	1978	14 078	721	83	196	53
Bezirk Chemnitz 15., 16., 17., 18., 19., 20., 21. Kreis	34	2 632	228	2 860	47	2 215	176	2 391	446	953	24	2	12	5
Bezirk Plauen 22., 23. Kreis	31	4 557	605	5 162	84	6 966	1 137	8 103	3 207	260	174	7	71	11
Zusammen	352	75 290	5 223	80 513	505	65 873	13 305	79 178	7 162	17 535	1 352	117	356	112

Abrechnung des Landesvorstandes der U. S. P. Sachsens für 1920/21.

Ueber die Kassengeschäfte des Landesvorstandes im Berichtsjahr gibt nachstehende Abrechnung Aufschluß. Wir können uns deshalb hierbei auf wenige Bemerkungen beschränken. Die Kassengeschäfte wurden vom Bezirksvorstand Leipzig mit erledigt. Den Gesamteinnahmen von 149 918,60 Mk. stehen Ausgaben in Höhe von 189 938,32 Mk. gegenüber, so daß zur Deckung des Defizits der Bezirksvorstand Leipzig als Geschäftsführender Landesvorstand ein Darlehen von 40 019,72 Mk. aufnehmen und neben dem voll geleisteten Pflichtbeitrag noch zugeflossen werden mußte. Auf die Dauer läßt sich diese Art des finanziellen Ausgleichs nicht beibehalten. Die Belastungsprobe des Bezirks Leipzig ist aber so sehr gelindert, daß der Bezirk für die Zukunft nicht in der Lage ist, Zuschüsse in derartigen Höhe leisten zu können. Es werden deshalb die Parteiorganisationen Mittel und Wege finden müssen, um durch wesentliche Erhöhung der dem Landesvorstand zuzuführenden Mittel Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen, wenn die notwendige Agitation und Unterstützung in dem bisherigen Umfang beibehalten werden soll. Von den Gesamteinnahmen in den letzten drei Geschäftsjahren 1918/19, 1919/20 und 1920/21 in Höhe von 125 284,10 Mk., die als aufgenommenes Darlehen verbucht werden mußten, sollen bisher nur 40 000 Mk. zurück, so daß noch Darlehensposten von 85 284,10 Mk. offen bleiben. Die Einzelkonten der Kassengeschäfte des Landesvorstandes sind aus der Aufstellung ersichtlich.

Einnahmen:		M	h	M	h
Bezirk Plauen, Beitrag		11	350	—	—
Dresden		19	240	—	—
Leipzig		73	160	—	—
Chemnitz		—	—	—	—
Zittau		—	—	—	—
Landtagsfraktion, Verwaltungsmaterial		2	000	—	—
Freiwillige Beiträge		1	588	60	—
Sonstige Einnahmen		2	800	—	—
		40	000	—	—
		149	918	60	—
Vom Bezirksvorstand Leipzig zur Deckung des Defizits aufgenommenes Darlehen		40	019	72	—
Summa		189	938	32	—

Ausgaben:		M	h	M	h
Allgemeine Ausgaben für Agitation, Referate, Versammlungen		297	20	—	—
Delegation		936	60	—	—
Drucksachen		25	938	10	—
Mitteilungen		2	318	50	—
Flugblätter		9	773	—	—
Marken		4	800	—	—
Behalt (Schönung) bis mit September 1920		7	264	—	—
Porto, Telephon, Telegramme		22	—	—	—
Diverses		—	80	—	—
Landeskongressen		2	373	75	—
Gemeindevertreterkonferenz		730	80	—	—
S.-P.-Jugend Unterstützung		300	—	54	754
Bezirk Dresden, Agitation, Referate, Versammlungen		40	—	—	—
Zuschuß an den Bezirk		14	631	98	—
Bezirk Plauen, Zuschuß Sekretariat Zwickau		7	850	—	—
Plauen		2	000	—	—
Bezirk Chemnitz, Agitation, Referate, Versammlungen		700	10	—	—
Flugblätter Chemnitz an Plauen bezahlt		20	000	—	—
Zuschuß, Sekretariat Chemnitz		3	000	—	—
Inferat (Sekretär gefußt)		128	—	23	828
Bezirk Zittau, Agitation, Referate, Versammlungen		1	694	60	—
Zuschuß Sekretariat Zittau		12	813	10	—
für den Bezirk		5	000	—	—
Wahrheit*		4	000	—	—
Behalt (Redakteur)		4	000	—	—
Für verlegte Gelder an den Bezirksvorstand Leipzig zurückgezahlt		—	—	—	40
		—	—	—	171
1/3 Anteil der Sekretariatskosten (Landes- u. Bezirksparteisekretariat)		56	171	37	18
Summa		189	938	32	—

Vom Bezirksvorstand Leipzig mußten neben den voll geleisteten Pflichtbeiträgen zur Deckung des Defizits in den letzten drei Geschäftsjahren an Darlehen 125284.10 Mk. vom Bezirksvorstand Leipzig aufgenommen werden.

Und zwar 1918/19	13 863,82 Mk.
1919/20	71 400,56 "
1920/21	40 019,72 "
Summa	125 284,10 Mk.
Davon zurückzuerhalten	40 000,— "
Bleibt aufgenommenes Darlehen f. d. Landesvorstand	85 284,10 Mk.

Leipzig, den 11. Mai 1921.

Der Landesvorstand der U. S. P. Sachsens. H. Fleißner, Vorf. C. Schrörs, Sekr.

Obige Abrechnung ist am 25. Juni, 8. September 1920, 30. Januar und 13. Mai 1921 revidiert und Bücher, Belege und Kasse in Uebereinstimmung als richtig befunden.

Die Revisoren:

O. Defer, W. Serdie, Traug. Kurze, S. Hoffmann, Herm. Jähnichen.

Die Kassengeschäfte der Kreisorganisationen.

	Gesamt-Einnahme 1919/20		Gesamt-Ausgabe 1919/20		Kassenbestand am 1. 4. 1920		Gesamt-Einnahme 1920/21		Gesamt-Ausgabe 1920/21		Kassenbestand am 1. 4. 1921	
	M	h	M	h	M	h	M	h	M	h	M	h
Bezirk Zittau:												
1., 2., 3. Kreis	2 852	35	533	15	2 319	20	40 253	93	36 006	26	4 247	67
Bezirk Dresden:												
4., 5., 6. Kr. (Gr.-D.)	55 385	12	55 323	62	61	50	41 244	02	33 401	29	7 842	73
7. Kreis	10 729	03	10 201	97	527	06	35 677	63	33 842	23	1 835	40
8. "	25 793	77	24 475	06	1 318	71	76 040	24	71 915	90	4 124	34
9. "	6 785	52	5 455	63	1 309	99	24 028	41	23 136	91	891	50
Bezirk Leipzig:												
10. Kreis	2 285	79	2 378	13	—	—	3 571	25	3 580	25	—	—
11. "	26 180	33	20 602	99	5 557	34	72 284	74	64 707	55	7 557	19
12., 13. Kr. (Gr.-L.)	267 122	58	199 656	97	67 465	61	624 359	30	549 493	48	74 865	84
14. Kreis	14 185	42	9 812	32	4 377	10	22 530	05	22 430	05	130	—
Bezirk Chemnitz:												
15. Kreis	737	46	530	—	207	46	—	—	—	—	—	—
16. "	2 117	61	2 074	16	43	45	—	—	—	—	—	—
19. "	60	85	—	—	60	85	9 376	40	8 043	60	1 332	80
20. "	870	80	841	30	29	50	—	—	—	—	—	—
17. "	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
21. "	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bezirk Plauen:												
18. Kreis	1 786	15	1 666	43	190	72	28 309	43	26 179	20	2 130	23
22. "	8 921	63	7 469	49	1 452	14	25 791	57	24 704	47	1 087	10
23. "	42 965	33	41 350	79	1 614	54	39 653	75	38 855	40	798	35
Zusammen	468 739	74	382 372	01	86 535	07	1043 100	72	636 296	57	106 813	55

Abrechnung der Landtagwahl vom 14. November 1920.

Die Kosten der Landtagwahl vom 14. November 1920 schließen mit einem Gesamtausgabebetrag von 268 358,65 Mk. Wenn die Abrechnung auch nicht in allen Teilen Anspruch auf vollste Genauigkeit erhebt — sich hier und da Verschiebungen ergeben — so muß das der Schwierigkeit zugeschrieben werden, die darin lag, eine einheitliche Abrechnung aus den Bezirken zu erhalten. Wir haben aber trotzdem versucht, in gedrängter und übersichtlicher Form den Parteigenossen einen Ueberblick über die enorm gestiegenen Kosten, die die Wahlen unter den heutigen Teuerungsverhältnissen erfordern, zu geben. Sollen uns doch diese Aufstellungen als Unterlagen für spätere Wahlkämpfe dienen und gleichzeitig den Opfer Sinn der Parteigenossen mit anspornen helfen. Den gesamten Ausgaben von 268 358,65 Mk. stehen an Einnahmen 193 260,94 Mk. gegenüber. Im einzelnen gliedern sich die Einnahmen wie folgt:

In den Bezirken, Wahlkreisen und Ortsgruppen gingen ein: Sammlungen, Wahlmarken, freiwillige Beiträge 99 519,99 Mk.; Stimmzettelerlösgütung 24 057,95 Mk.; Extrabeitrag Groß-Leipzig 20 000 Mk.; Zuschüsse der Bezirke 6 307,25 Mk.; Zuschüsse der Wahlkreise 11 983,40 Mk.; Zuschüsse der Ortsgruppen 3 814,75 Mk.; aus den Wahlfonds zugesprochen 22 577,60 Mk.; Zuschuß des Landesvorstandes 5 000 Mk.; insgesamt 193 260,94 Mk. Das sich ergebende Ausgabenmehr gegenüber der Einnahme, in Höhe von 75 097,71 Mk., ist restlos getilgt teils durch weitere Rückvergütung von Stimmzettelerlösen, teils durch die Bezirkskassen und Bezirkswahlfonds. Die Abrechnung zeigt aber auch, daß nahezu die Hälfte der Wahlkosten für ganz Sachsen mit 115 972,85 Mk. allein auf den Bezirk Leipzig entfallen. Im übrigen sei auf die Abrechnung selbst verwiesen, aus der die Spezialisierung der Einnahmen und Ausgaben nach Bezirken und Wahlkreisen geordnet, ersichtlich ist.

Leipzig, den 25. Juni 1921.

Der Landesvorstand der U. S. P. D. Sachsens. J. A. Heinrich Fleißner, Vorsitzender.

Einnahmen:		M	h	M	h
Bezirk Leipzig:	Bezirkswahlfonds: Zuschuß geleistet	22 577	60		
	Zurückgehaltene Stimmzettelerlöse und Extrabeitrag, Kreisverein Groß-Leipzig	73 395	25	115 972	85
	10. Kreis: Extracinnahmen	796	10		
	Zuschuß der Ortsgruppen	1 323	15		
	Zuschuß des Kreises	880	40	2 999	65
	11. Kreis: Extracinnahmen	7 997	—		
	Zuschuß der Kreisstätte	7 747	50	15 744	50
	14. Kreis: Extracinnahmen	3 100	60	3 100	60
Bezirk Dresden:	Extracinnahmen	9 305	73	9 305	73
Bezirk Zittau:	Extracinnahmen	3 300	15		
	Zuschuß der Ortsgruppen	63	65		
	Zuschuß des Bezirks	32	05		
	Zuschuß des Landesvorstandes	5 000	—	8 395	85
Bezirk Plauen:	Extracinnahmen (Sammlungen usw.)	10 848	15		
	Zuschuß aus dem Bezirkswahlfonds	6 000	—	16 848	15
	18. und 21. Kreis: Extracinnahmen	5 729	11		
	Zuschuß der Ortsgruppen	794	05	6 523	16
	22. Kreis: Extracinnahmen	5 224	45	5 224	45
	23. Kreis: Extracinnahmen	1 763	40		
	Zuschuß der Ortsgruppen	1 633	90		
	Zuschuß des Wahlkreises	3 355	50		
	Zuschuß des Bezirks	275	20	7 028	—
Bezirk Chemnitz:	Extracinnahmen	2 118	—	2 118	—
Zusammen				193 260	94

Ausgaben:		M	h	M	h
Bezirk Leipzig:	Bezirkswahlfonds				
	Flugblätter	38 372	50		
	Drucksachen	19 082	50		
	Plakate, Inserate	26 043	03		
	Veranstaltungskosten	8 088	45		
	Wahlhilfen	1 566	30		
	Diverses	1 795	60		
	Aufwendungen für den Bezirk Chemnitz	970	—		
	Aufwendungen für den Bezirk Plauen	1 060	—		
	Aufwendungen für den Bezirk Zittau	18 994	47	115 972	85
	10. Kreis: Extraaufwendungen			2 999	65
	11. Kreis: Extraaufwendungen			15 744	50
	14. Kreis: Extraaufwendungen			3 100	60
Bezirk Dresden:	Aufwendungen für Groß-Dresden	33 459	—		
	Aufwendungen für den 7. Kreis	6 399	20		
	Aufwendungen für den 8. Kreis	14 188	35		
	Aufwendungen für den 9. Kreis	6 143	—		
	Aufwendungen für den Bezirksvorst. Dresden	6 298	60	66 488	15
Bezirk Zittau:	Aufwendungen: Flugblätter				
	Drucksachen	3 018	20		
	Plakate, Inserate	620	—		
	Veranstaltungskosten	2 336	90		
	Wahlhilfen	1 942	—		
	Diverses	478	75	8 395	85
Bezirk Plauen:	18. und 21. Kreis: Aufwendungen: Flugblätter	19	60		
	Drucksachen	369	00		
	Plakate, Inserate	1 322	35		
	Veranstaltungskosten	1 099	—		
	Wahlhilfen	1 679	80		
	Diverses	846	40	5 337	05
	22. Kreis: Handzettel	733	80		
	Plakate, Inserate	2 463	70		
	Veranstaltungskosten	1 480	—		
	Wahlhilfen	1 066	30		
	Diverses	267	80	6 011	60
	23. Kreis: Flugblätter	31	55		
	Drucksachen	1 045	—		
	Plakate, Inserate	2 836	40		
	Veranstaltungskosten	1 320	80		
	Wahlhilfen	953	90		
	Diverses	765	50	6 953	15
Bezirksvorstand Plauen:	Flugblätter, Stimmzettel	29 654	—		
	Plakate, Inserate	1 231	—		
	Veranstaltungskosten	1 497	20		
	Diverses	2 267	20		
	Zuschuß an die Kreise	587	85	35 237	25
Bezirk Chemnitz:	Aufwendungen	2 118	—	2 118	—
Zusammen				268 358	65

Ämtliche Bekanntmachungen.

Spartkassen Engsdorf-Sommerfeld-Mölkau
Zinssub 3 1/2%. Tägliche Verzinsung.
Erpediert wird jeden Werktag vormittags
in Engsdorf, Sommerfeld und Mölkau.

Sparkasse Paunsdorf.
Geschäftstzeit:
Montags bis Freitags 8—2 Uhr,
Sonnabends 8—1 Uhr.
Tägliche Verzinsung mit 3 1/2 Prozent.
Postkassentonto Leipzig Nr. 41 390.
Kontrollmarken.

Täglich frisch ausgeschlachtetes KOCHFLEISCH
Pfund 6⁰⁰ bis 7⁰⁰
Ernst Krieger, Burgstr. 16

Große Fleisch- und Wurst-Zentrale
Leipzig, Kainstr. 17/19 (Durchgang U. S.)
Immer noch, solange der Vorrat reicht:
Gefrier-Rind- u. Hammelfleisch Pfd. 6.— u. 7.—
Gefrier-Schweinefleisch Pfd. 12.— und 13.—
Großer Vorrat frisch geschlachtetes Hammelfleisch
Pfd. 9.— u. 10.—
Mark: Keulen, Pfd. 11.—
prima beste Ware, Pfd. 11.— und 12.—
Mark: Keulen, Pfd. 13.—
Mark:
ff. feisches Kalbfleisch, von nur besten Sauatälbern
Pfd. 11.— und 12.—
Mark: Keulen, Pfd. 13.—
Mark: zu Pfefferfleisch, Pfd. 10.—
Mark:
Prima Doppelender Kalbfleisch, Ia. Qualität,
Pfd. 15.— u. 16.—
Mark: Keule, Pfd. 17.—
Mark:
Bestes feisches Schweine- und Pöfelfleisch
Pfd. 16.— u. 17.—
Mark: geschnittene Koteletten, Pfd. 18.—
Mark:
Grobes Rantum ff. prima feisches Wurstfleisch, Pfd. 7.—
Mark:
1/4 Pfd. 2.—
Mark:

VI. Reklametag

Konkurrenzlos billige Preise für gute Qualitätswaren

Nessel blauweiß gestreift gute Qualität Reklamepreis . . . Meter	8 ⁷⁵ M	Herrn-Nessel-Hemden Reklamepreis	19 ⁷⁵ M
Perkal für Oberhemden und Blusen Reklamepreis . . . Meter	12 ⁷⁵ M	Herrn-Einsatz-Hemden Reklamepreis	29 ⁵⁰ M
Rohnessel für Bettbezüge u. Betttücher 140 cm br. Reklamepr. Mtr.	17 ⁷⁵ M	Elegant. Perkal-Oberhemden mit Kragen und Umschlagmanschetten	78 ⁰⁰ M
Leinen-Unterröcke bestickt. Reklamepreis	23 ⁵⁰ M	Gesellschafts-Oberhemd. weiß mit Piquébrust	79 ⁵⁰ M
Sticker-Unterröcke sehr elegant Reklamepreis	39 ⁷⁵ M	Strickbinder elegante Muster Reklamepreis	8 ⁷⁵ M
Strickwolle schwarz, grau, braun wunderbar weich Außergewöhnliches Angeb.	5 Geb. 4 ⁹⁵ M	Herrn-Socken sehr eleg. viele Farben	4 ⁹⁵ M

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer
Gebr. Pergamenter
Nur Windmühlenstrasse 32.

Makulatur

hat abzugeben
Leipziger Buchdruckerei Akt.-Ges.
Verlag der Leipziger Volkszeitung
Tauchaer Straße 19/21. — Fernsprecher 4596.
Billige Wurstwaren!
Hauschl. Blut- und Leberwurst Pfd. 18.—22 Mtr.
In Blut- und Leberwurst Pfd. 10.—12 Mtr.
Rindwurst und Polnische Pfd. 14.—16 Mtr.
Metzwurst Pfd. 21 Mtr.
In Brehkopf Pfd. 14 Mtr.
In Tala (kein Ausland) Pfd. 8 Mtr.
Markthalle, Galerie, Stand 67. Beck.

Preiswertes Angebot in Schuhwaren!
Schwarze Boxfall-Damen-Schuhe 95.—
Schwarze Boxfall-Damen-Spannenschuhe 88.—
Rindleder-Herrenstiefel (sehr stark) 165.—
Rindstiefel 70.— u. 75.—
Kirchstraße 55 H. Grönke Wurznor Str. 58

Achtung! Berliner Straße 11
Empfehle dem geehrten Publikum bei Bedarf an
Schuhwaren
mein Lager mit in Augenschein zu nehmen. Dort finden Sie nicht nur billige sondern auch haltbare Auswahl.
Reparaturen werden schnellstens ausgeführt und billigst berechnet.
Friedrich Weber, Berliner Str. 11, pl.
Sofort und billig unter Garantie samt Brut Solort
und Hissen Kopf-, Kleider- und Filz-
gefertigt
gefertigt
für Wunden ungeschädlich
bei Wunden und Tier.
für Wunden ungeschädlich.
Verkauf nur Schletterstr. 12; Gohlis, Neuh. Ball. Str. 57;
Huerwald, Lind., Josephstr. 17; M. Köhler, Kantische Gasse 3;
Georg Janscher, R.-Möckau, Möckauer Straße 22.

